
100% BIO
ÖKO-Rechte
ZuRück zu DEN
WURZELN
Heimatschutz
derrechterand
Das
Antifaschistische
Magazin
Ausgabe 189 März / April 2021 32. Jahrgang 3,50 Euro

# Inhalt und Editorial



Liebe Leser*innen,

Ende Januar wurde das – vorläufige – Urteil im Prozess zum Mordversuch an Ahmed I. in Kassel und dem Mord an Walter Lübcke in Wolfhagen verkündet. Am 19. Februar wurde bundesweit an die neun Menschen erinnert, die vor einem Jahr aus rassistischen Motiven in Hanau ermordet wurden. Für die Angehörigen und Freund*innen der Opfer sowie die Betroffenen, die bei den Taten mit dem Leben davongekommen sind, sind die unaufhörlichen Auseinandersetzungen mit den Taten kaum vorstellbare Herausforderungen. Umso wichtiger ist es herauszustreichen, dass es ihnen – auch dank Unterstützung von Opferverbänden, der Initiative 19. Februar, antifaschistischen Initiativen, Kampagnen und (Online-)Veranstaltungen – gelungen ist, sich im öffentlichen Diskurs den Raum für ihren Schmerz, aber auch ihre Kritik zu nehmen. Ihrer Vehemenz und dem Engagement vieler Initiativen und Gruppen ist es zu verdanken, dass sich die gesellschaftliche und insbesondere die mediale Auseinandersetzung mit rechtem Terror verändert hat.
Die Perspektiven der Angehörigen waren in den seriösen Leitmedien zuletzt präsenter als je zuvor. Einige Forderungen, die aus den Kreisen Betroffener und antifaschistischer Akteur*innen – nicht erst seit dem Auffliegen des NSU – unermüdlich vorgebracht werden, scheinen endlich Gehör zu finden: Deutschland hat ein Rassismusproblem und Gewalttaten werden nicht von isolierten »Einzeltätern« verübt.
Damit einher geht eine zunehmende Anerkennung antifaschistischer Expertisen, auf die engagierte Journalist*innen häufiger zurückgreifen. Auch im Umgang mit der »Alternative für Deutschland« lassen sich Veränderungen beobachten. Während die Partei noch vor drei Jahren medial häufig mit Samthandschuhen angefasst wurde und regelmäßig ihre Hetze zur besten Sendezeit im Öffentlich-Rechtlichen verbreiten konnte, wird sie heute immer wieder als das bezeichnet was sie ist: Tabubrecherin und Stichwortgeberin einer rassistischen Bewegung, die wiederum den Worten Taten folgen lässt.
Zugleich offenbart der Blick auf die Taten von Kassel, Wolfhagen und Hanau, aber auch auf Halle und den NSU 2.0, dass sich innerhalb der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden bestenfalls wenig verändert hat. Beim Anschlag auf Ahmed I. wurde wieder einmal zunächst im Umfeld des Opfers ermittelt. Im Fall Walter Lübcke zogen die Beamt*innen zunächst kein politisches Tatmotiv in Betracht. In Hanau und Halle beklagen Überlebende wie Angehörige der Opfer, bis heute vielfach nicht ernst genommen zu werden.
Im besonderen Fokus der Kritik steht immer wieder das Hessische Innenministerium. Jene Behörde, die zweieinhalb Jahre nach den ersten Morddrohungen des NSU 2.0 immer noch keine Ermittlungserfolge vorweisen kann oder will. Derweil gehen die Morddrohungen weiter.
Trotz aller Wut und offenen Wunden: Die vergangenen Jahre zeigen, dass gesellschaftliche Fortschritte möglich und erkennbar sind. Aber auch, dass gerade die Sicherheitsbehörden den Druck von der Straße, aus den Parlamenten und durch progressive Medien brauchen.

*Titelbild: Mark Mühlhaus / attenzione (natürlich Bio-Kartoffeln)*

*#Erosionen*

# »Interessantes zu Büchern«

## Wie die »Neue Rechte« durch Konservative immer weiter salonfähig gemacht wird.

von Ernst Kovahl

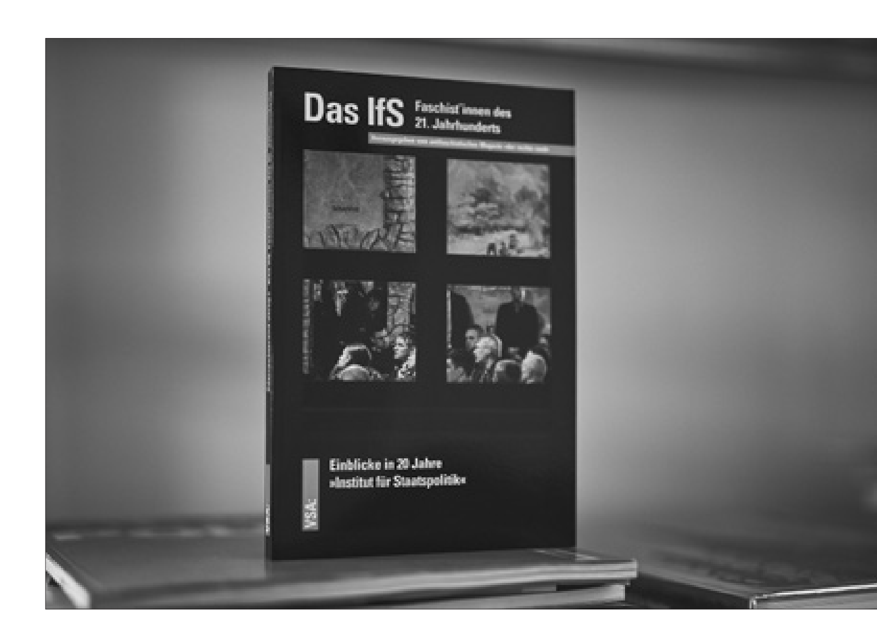
Sie verstehen es einfach nicht. Noch immer glauben deutsche Konservative, man könne die radikale Rechte durch das Einbinden in politische Diskurse bekämpfen. Ihr Glaube, es genüge schon, ihre vermeintlich »bessere« Position und Haltung auf gemeinsamen Podien oder im Internet diskursiv der »Neuen Rechten« entgegen zu stellen, überzeuge die andere Seite schon vom Guten und Schönen, ist nicht einmal mehr naiv, sondern nur noch fahrlässig. Vor zwei, drei Jahren hieß diese Strategie »Mit Rechten reden«. Ihre Wirkungslosigkeit – vielmehr: ihre Wirkung ins Gegenteil – ist inzwischen ausreichend belegt. Statt die radikale Rechte zu schwächen, stärkt jede Einladung auf ein Podium, jede öffentliche Debatte mit Demokrat*innen, jede Erweiterung ihrer Reichweite und jeder Versuch, sie im Diskurs mit ihren hervorgehobenen Vertreter*innen zu stellen, ihre Positionen. Die Bücher aus ihren Kleinstverlagen erhalten so unverdiente Bekanntheit. Ihre randständigen Thesen finden Eingang in die Debatten und die Videos mit ihren völkischen und antidemokratischen Autor*innen werden im Internet vielfach geteilt. So funktioniert die Arbeit der »Neuen Rechten« im vorpolitischen Raum, so funktioniert der Kampf um Hegemonie in den Schützengräben der Zivilgesellschaft.

Patrick Bahners ist eine »Edelfeder« des konservativen Feuilletons. Der Kulturredakteur der großbürgerlichen, konservativen Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) war 2011 mit seinem Buch »Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam« auch einer breiteren Öffentlichkeit aufgefallen. In dieser Streitschrift positionierte er sich gegen islamfeindliche Einstellungen und provozierte damit die radikale Rechte. Über sich selbst schreibt er, er sei Antifaschist und sein »Interesse an den Gedanken der heutigen Neofaschisten« gelte »ausschließlich der Vereitelung ihrer Projekte«. Dennoch verlinkte er am 26. Januar 2021 auf seinem Twitter-Account einen Artikel von Ellen Kositza von der Website der neu-rechten Zeitschrift »Sezession« über den neuen Roman »Krass« des in der Rechten beliebten Autoren Martin Mosebach. Bahners kommentierte, ihr Text sei »eine kluge und gehaltvolle Besprechung«. Kositza, das weiß auch Bahners, ist nicht irgendwer. Sie ist neben Götz Kubitschek die zentrale Akteurin des neu-rechten »Instituts für Staatspolitik«, eine überzeugte Ideologin. Ihre Positionierung hat Gewicht.

Gegen die zahlreiche Kritik auf Twitter verteidigte sich Bahners und wertete das Blatt zu einem legitimen Teil der öffentlichen Debatte auf: »Es finden dort rechtsintellektuelle Debatten statt wie linksintellektuelle Debatten in linksintellektuellen Zeitschriften.« Und er ging noch weiter bei seiner Verteidigung der Zeitschrift »Sezession«: »Meine Meinung: Lass sie ruhig ihre Reichweite haben, ihre Argumente unter die Leute bringen. Dann wird man sehen, wen sie überzeugen.« Zwar kritisierte er auch in dieser Debatte wiederholt die Inhalte und die politische Ausrichtung von Autorin, Institut und Zeitschrift, verteidigte aber immer wieder die Präsenz letztlich faschistischer Positionen in der Gesellschaft. So bezeichnete er das »Aussperren« rechter Verlage von den Buchmessen und das »Verbannen« rechter Bücher aus Buchhandlungen als »illiberale Mittel«, mit denen »nichts zu gewinnen« sei. Die Strategie der »Neuen Rechten«, wie sie die Festungen und Kasematten der Gesellschaft erobern will, hat er nicht verstanden. Allen Ernstes fragte er: »Warum sollen Extremisten nicht Interessantes zu Büchern sagen können?«

Neu ist das alles nicht. Immer wieder fanden Autor*innen der »Neuen Rechte« und ihre Thesen bereitwillig Platz auf den Seiten der FAZ, immer wieder wurden ihre Bücher positiv besprochen. Immer wieder mäandern Mitarbeiter – es sind eigentlich immer Männer – des Blattes zwischen den politischen und publizistischen Milieus von Neoliberalen, Konservativen und der »Neuen Rechten«, zum Beispiel der frühere Leiter des Ressorts Geisteswissenschaften der FAZ Lorenz Jäger, der aktuell in dem neu-rechten Coffeetable-Magazin »Cato« publiziert, oder ihr London-Korrespondent Philip Plickert, der selbst in der »Sezession« und der Wochenzeitung »Junge Freiheit« veröffentlichte.

Was bleibt? Fast nichts. Der Reputation von Patrick Bahners hat seine Empfehlung des Textes aus der »Sezession« nicht geschadet, eine kritische Debatte in seiner Zeitung wurde nicht erkennbar. Der Vorgang ist somit nur ein weiterer Baustein bei der Normalisierung der Rechten, nur ein weiterer kleiner Tabu-Bruch, ein weiterer Twitter-Sturm und irgendwann einmal nur eine weitere Fußnote in einer Studie über den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der radikalen Rechten. Die »Erosion der Abgrenzung«, vor der Anfang der 1990er Jahre der damalige CDU-Spitzenpolitiker Friedbert Pflüger warnte, schreitet voran. Das antidemokratische und völkische Denken der »Neuen Rechte« sickert in die Debatten und die Politik. Es wäre ein Leichtes, ihr das zu verweigern. Doch es sind Konservative und Bürgerliche, die ihr die politischen Landgewinne in der Gesellschaft erst ermöglichen. Wieder einmal.




*Mehr über die Faschist*innen aus Schnellroda gibt es in unserem Buch, das 2020 beim VSA Verlag erschienen ist*

*#AfD*

# Die Hälfte ausgegrenzt

Zu Beginn des »Superwahljahres« 2021 präsentiert sich die »Alternative für Deutschland« in der Öffentlichkeit zerstritten. Die Gräben sind tief, das Misstrauen gegenüber eigenen Parteifreund*innen wächst.

von Kai Budler

Eigentlich wollte die »Alternative für Deutschland« (AfD) auf ihrem Bundesparteitag Mitte April 2021 ihre Spitzenkandidat*innen für die Bundestagswahl wählen. Doch mit welchem Personal die Partei in die Wahl Ende September zieht, bleibt vorerst offen. Knapp zwei Monate vorher beschloss der AfD-Bundesvorstand, die Wahl auf dem Parteitag in Dresden abzublasen, denn Spitzenkandidat*innen könnten erst aufgestellt werden, wenn alle AfD-Landesverbände ihre Landeslisten gewählt hätten. Dies sei jedoch bis Mitte April nicht zu erwarten. Der Bundesvorsitzende Jörg Meuthen schlug stattdessen eine spätere Urwahl vor. Die Reaktionen auf den Beschluss ließen nicht lang auf sich warten. Die Fraktionsvorsitzenden der AfD im Bundestag, Alexander Gauland und Alice Weidel, sprachen von strategischen Fehlern und forderten, den Beschluss auf dem Parteitag zu kippen.

Doch wenigstens ihr Programm zur Bundestagswahl will die Partei in Dresden beschließen. Als dessen zentrale Themen nannte der Bundes-Vize Tino Chrupalla vorab »Grundrechte, Freiheiten und die Corona-Einschränkungen« sowie die Zukunft der Rente. Zumindest im Osten stehe außerdem die Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz (VS) auf der Agenda.

Kein Wunder, denn neben der jetzt bekannt gewordenen Einstufung der Gesamtpartei als Verdachtsfall waren schon zuvor, mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern, alle ostdeutschen Landesverbände von den jeweiligen Landesämtern zu Verdachtsfällen erklärt worden. Vorbeugend hatten die entsprechenden Landesverbände bereits im Oktober 2020 angekündigt: »Wir wehren uns parlamentarisch und mit allen zur Verfügung stehenden juristischen Mitteln gegen die unterschiedlichen Grade der Einstufung unserer Parteifreunde.« Der VS wird mit der Stasi verglichen, um so in Ostdeutschland bewusst Bezug auf Begriffe und Narrative aus der Umbruchzeit des Jahres 1989 in der DDR zu nehmen. Und während Meuthen mit »Whitewashing« eine Beobachtung der Gesamtpartei durch den Geheimdienst abwenden will, reagieren die Landesverbände im Osten mit einer Bestätigung ihres völkisch-nationalistischen Personals. Immerhin stehen in drei der fünf Herzkammern der AfD wichtige Landtagswahlen bevor. Der Thüringer Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzende Björn Höcke kündigte an, er stehe erneut als Spitzenkandidat zur Landtagswahl zur Verfügung. In Sachsen-Anhalt wählte die AfD Rechtsaußen-Politiker aus dem formal aufgelösten »Flügel«-Netzwerk auf die vorderen Plätze ihrer Liste zur Landtagswahl. Auch der sächsische Landesverband ließ Kandidaten aus dem Meuthen-Lager durchfallen und wählte bekennende Rechtsradikale auf die vorderen Plätze der Landesliste zur Bundestagswahl. Aus Schnellroda goutiert Götz Kubitschek, der sächsische Landesverband halte »den Einfluß der VS-Stigmatisierung auf das Wahlverhalten für vernachlässigbar und insgesamt für empörend. Das ist ein souveräner Standpunkt und der einzige Weg, diese widerliche Waffe des Gegners stumpf werden zu lassen«. Auch für Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern bringe »die mustergültige Säuberung der Partei entlang von Kriterien, die man aus den Orakelsprüchen des VS herausdeuten sollte«, nichts.

Die Entscheidung des Bundesvorstandes um Meuthen, auf dem Parteitag keine Spitzenkandidat*innen zu wählen, schürt die Stimmung in der Partei gegen ihren Bundesvorsitzenden weiter. Das parteiinterne Lager gegen ihn sammelt sich bereits, wie ein Treffen in Steinhöfel in Brandenburg im Januar zeigt. Dazu eingeladen hatten Gauland und Chrupalla, um »die Situation der AfD nach Kalkar zu diskutieren«. Dort hatte Meuthen auf dem Bundesparteitag Ende November 2020 Gauland und andere exponierte Parteimitglieder scharf angegriffen, die »nur allzu gerne rumkrakeelen und rumprollen« oder wie Gauland, Begriffe wie »Corona-Diktatur« verwendeten. Seitdem fühlt sich nach Gauland »die Hälfte der Partei ausgegrenzt«. Und so kamen zum Strategietreffen in Steinhöfel die Fraktionschefs der Ost-Verbände und diejenigen aus dem Westen, die Meuthens Kurs kritisch sehen. Nun müsse man sich entscheiden zwischen denen, die zur verhassten Beutegemeinschaft gehören und denen, welche die Partei zusammenhalten wollen. Süffisant wird daran erinnert, dass der Parteivorsitzende bereits im Frühjahr 2020 im Magazin »Tichys Einblick« eine Aufspaltung der Partei ins Spiel brachte. Und just eine von diesem Magazin in Auftrag gegebene INSA-Umfrage kommt zu dem Schluss, dass sich etwa die Hälfte der AfD-Wähler*innen vorstellen könnte, eine neue Partei zu wählen, die sich zwischen CDU und AfD positioniert. Anderseits bedeutet das: Mehr als die Hälfte – knapp 3 Millionen – kann sich nicht vorstellen, eine andere Partei zu wählen.

# »Seit Meuthens Rede in Kalkar fühlt sich die Hälfte der Partei ausgegrenzt«, sagte Gauland.

*Teilnehmerin der Corona-Leugner*innen-Demo in Berlin 2020. Zur möglichen Spaltung der rechtsradikalen AfD sagen wir: Reisende soll man nicht aufhalten.*

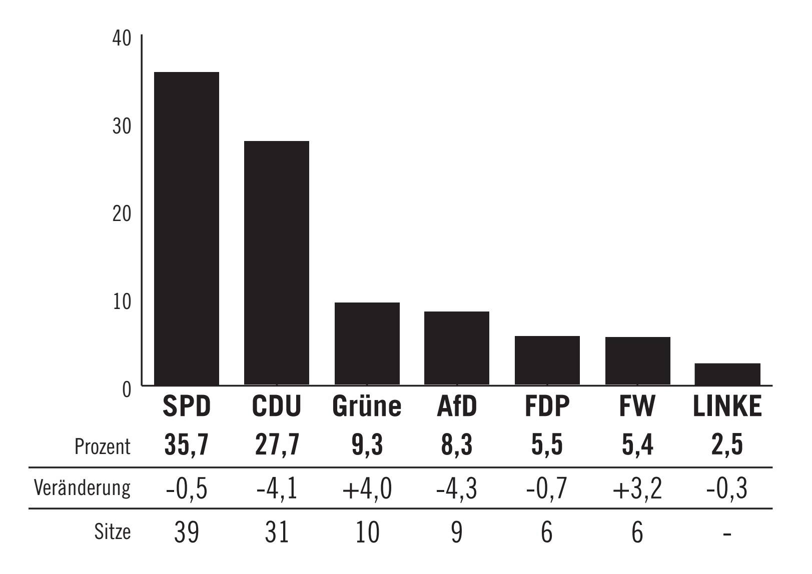


*#RheinlandPfalz*

# Die Partei der elitären Männer

von Josef Müller und Oliver Peters

»Man muss sehen, dass wir damals ein außergewöhnlich günstiges Umfeld hatten, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise«, so analysiert Michael Frisch, der rheinland-pfälzische Spitzenkandidat



| | SPD | CDU | Grüne | AfD | FDP | FW | LINKE |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Prozent | **35,7** | **27,7** | **9,3** | **8,3** | **5,5** | **5,4** | **2,5** |
| Veränderung | -0,5 | -4,1 | +4,0 | -4,3 | -0,7 | +3,2 | -0,3 |
| Sitze | 39 | 31 | 10 | 9 | 6 | 6 | - |

der »Alternative für Deutschland« (AfD) die Verluste seiner Partei. Rheinland-Pfalz wählte am 14. März einen neuen Landtag. Die AfD kommt auf 8,3 Prozent und verliert fast ein Drittel ihrer bisherigen Mandate. Bei der Landtagswahl 2016 war die AfD aus dem Stand mit 12,6 Prozent und 14 Mandaten in den Mainzer Landtag eingezogen. In Zukunft werden es nur noch 9 Abgeordnete sein.

#### Unerwartet an der Spitze der Partei

Spitzenkandidat Frisch, ein ehemaliger Berufsschullehrer, führt seit November 2019 überraschend den Landesverband. Sein Vorgänger Uwe Junge versuchte nach außen das Bild einer bürgerlich-konservativen und geschlossenen Partei zu vermitteln. Der ehemalige Bundeswehroffizier entwickelte sich jedoch zum Sinnbild für die Zerrissenheit des Landesverbandes. Nach dem Mord an der 15-jährigen Mia durch ihren afghanischen Ex-Freund mobilisierten im Frühjahr 2018 extrem rechte Gruppierungen aller Couleur in die rheinland-pfälzische Gemeinde Kandel. Während AfD-Funktionär*innen die Aufmärsche mitorganisierten, zögerten Landesspitze und Fraktion; Junge distanzierte sich gar. Die Parteibasis aber machte Druck, woraufhin der Landesverband den Schulterschluss mit den Demonstrierenden suchte und Junge an Rückhalt verlor. Im Herbst 2019 gab er seinen Rückzug aus der Landespolitik bekannt und kündigte an, für den Bundesvorstand – letztlich erfolglos – zu kandidieren.

Als designierter Nachfolger von Junge galt Joachim Paul, ein »Alter Herr« der extrem rechten »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn«. Doch auf dem Weg an die Landesspitze stolperte der Vorsitzende des Medienausschusses im rheinland-pfälzischen Landtag über seine Abwahl aus dem Gremium. Vertreter*innen von CDU, Grünen und SPD hatten ihn zuvor wegen »rechtsextremen Gedankenguts« als im Amt des Vorsitzenden nicht mehr tragbar bezeichnet. Neuer Landesvorsitzender der AfD wurde der bis dahin unauffällige Michael Frisch. Paul gelang jedoch, was Junge vorbehalten blieb: die Wahl in den Bundesvorstand.

#### Wiederkehrende Grabenkämpfe

Ob die zukünftige Fraktion ein geschlosseneres Bild als zuvor abgeben wird, bleibt abzuwarten. In ihrer ersten Legislaturperiode gab die AfD ein katastrophales Bild ab und schrumpfte von 14 auf 11 Fraktionsmitglieder. Jens Ahnemüller wurde wegen Kontakten zum damaligen NPD-Funktionär Sascha Wagner ausgeschlossen. Weitere Abgeordnete verließen die Fraktion im Zuge von Grabenkämpfen. Diese prägten auch den Wahlkampf.

Immer wieder warfen sich die verfeindeten Lager – nicht grundlos – eine zu große Nähe zum extrem rechten Spektrum vor. Wenige Wochen vor der Wahl veröffentlichte der SWR, ein ehemaliger NPD-Kandidat (später aktiv für die »Identitäre Bewegung«) arbeite für den Trierer AfD-Kreisverband unter der Führung des als bürgerlich-konservativ geltenden Michael Frisch. Schon heute ist abzusehen, dass auch er den Landesverband nicht einigen können wird. Frisch, ausgestattet mit dem biederen Charme eines pensionierten Studienrats und dem Spektrum der christlich-fundamentalistischen Abtreibungsgegner*innen zuzurechnen, konnte kein wahlkampftaugliches Profil liefern.

Während die AfD 2016 auf das Thema Geflüchtete setzte, gelang es ihr diesmal nicht, mit einem emotional-aufgeladenen Thema bestehendes Protestpotenzial von der Straße an die Urne zu bewegen. Dies zeigt die Wahlanalyse: Der Erfolg 2016 basierte auch auf der Mobilisierung von 80.000 Nicht-Wähler*innen. Dieses Potenzial konnte die Partei 2021 nicht mehr abrufen. Hier lag der größte Verlust der Partei: Rund 61.000 AfD-Wähler*innen gaben diesmal keine Stimme ab.

Wie bereits in den vergangenen Jahren wird auch die künftige Fraktion durch Korporierte geprägt sein. Die beiden Burschenschafter Joachim Paul und Damian Lohr (»Germania Halle zu Mainz«, ehemals Bundesvorsitzender der »Jungen Alternative«) ziehen erneut in den Landtag ein. Den Einzug verpasst hat Alexander Jungbluth (»Raczeks zu Bonn«). Passend zum korporierten Seilschaften-Prinzip wurden in den vergangenen Jahren gezielt Fraktionsmitarbeiter aus burschenschaftlichen Kreisen angestellt und regionale Parteifunktionen mit ihnen besetzt – so Karsten Sieling (»Dresdensia-Rugia zu Gießen«) und Michael Büge (»Berliner Burschenschaft Gothia«). Als einzige Frau im Männerbund wird Iris Nieland Teil der Fraktion werden.

#### Klassische extrem rechte Parteien ohne Wahlantritt

Die NPD hat aktuell weder das Personal noch die Strategie, um sich als erfolgreiche Akteurin der extremen Rechten zu behaupten. Auch außerparlamentarisch gibt die Partei ein schwaches Bild ab. Erstmals seit 30 Jahren scheiterte die NPD daran, zur Landtagswahl anzutreten. Auch »Der III. Weg« und »Die Rechte« traten nicht an. Während »Der III. Weg« zumindest über einzelne regionale Verankerungen verfügt, erweist sich »Die Rechte« landesweit als nicht handlungsfähig. Auch »Die Republikaner« scheinen im Schatten der AfD endgültig aufgegeben zu haben.

*#BadenWürttemberg*

# Verlust für die AfD

Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg verlor die »Alternative für Deutschland« Stimmen und Sitze im Landtag. Zwei Parteien der Corona-Leugner*innen scheiterten.

von Lucius Teidelbaum

Am 14. März 2021 wurde in Baden-Württemberg ein neuer Landtag gewählt. Zur Wahl vor fünf Jahren schaffte es die »Alternative für Deutschland« (AfD), das Bundesland mit 15,1 Prozent zu ihrer westdeutschen Hochburg zu machen. Dieses Mal reichte es »nur« noch für 9,7 Prozent der Stimmen. Die 2016 in Mannheim-Nord und in Pforzheim errungenen Direktmandate fielen nun weg. Unter Beachtung der verringerten Wahlbeteiligung verlor die AfD im Vergleich zu 2016 sogar 40 Prozent ihrer Stimmen: Statt 810.000 erhielt sie diesmal nur 473.000. Laut ARD/Tagesschau wechselten knapp 70.000 AfD-Wähler*innen zur CDU, 40.000 zur FDP und 111.000 ins Lager der Nichtwähler*innen.

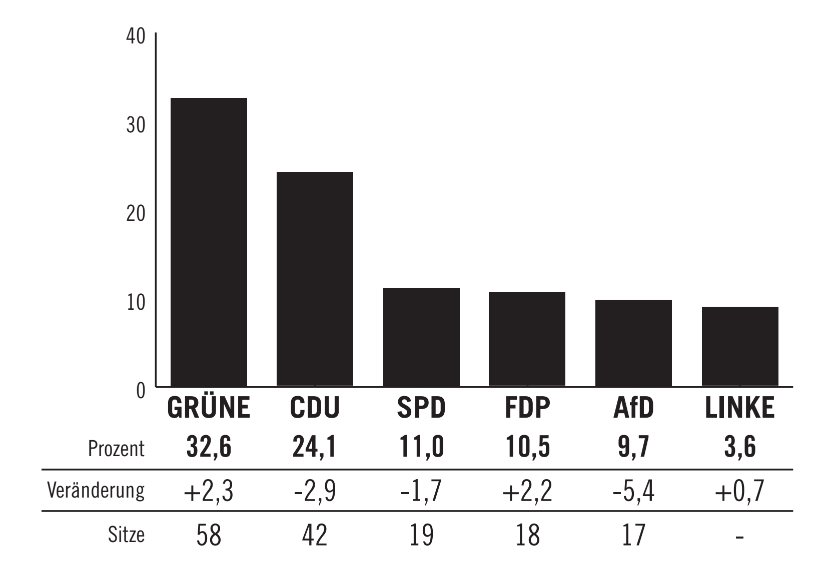
**Neue Fraktion, alte Gesichter**

Von den 17 gewählten AfD-Abgeordneten saßen neun bereits seit 2016 im Landtag. In der neuen Landtagsfraktion finden sich sowohl Anhänger*innen des formal aufgelösten völkischen »Flügels« der Partei als auch des Bundesvorsitzenden Jörg Meuthen. Welches der beiden parteiinternen Lager sich dort nun durchsetzen wird, hängt auch davon ab, wie sich die bisher uneindeutig verorteten Abgeordneten positionieren werden. Konfliktpotenzial ist auf jeden Fall vorhanden. Die AfD bleibt eine Männer-Partei: Von 127 Kandidat*innen und Ersatzkandidat*innen waren nur 18 Prozent weiblich. Von diesen 14 Frauen waren zehn lediglich Ersatzkandidatinnen. Mit Carola Wolle aus Neckarsulm ist nur noch eine Frau in der neuen AfD-Landtagsfraktion vertreten.

**Zäher Wahlkampf**

Nicht nur aufgrund der Corona-Auflagen gestaltete sich der Wahlkampf in Baden-Württemberg zäh, Machtkämpfe und Skandale lähmten die AfD. Erst im Januar 2021 wurde mit knapper Mehrheit der »Zentrist« Bernd Gögel zum Spitzenkandidaten gewählt. Seine verspätete Kür war dem Machtkampf zwischen dem Bundesvorsitzenden Meuthen und der Bundestags-Fraktionschefin und Landesvorsitzenden des Bundeslandes Alice Weidel geschuldet, die sich mit dem »Flügel« um Björn Höcke verbündet hatte. Auch die Wahlkreis-Kandidat*innen wurden zum Teil erst spät gewählt. Zwar schaffte es die AfD in allen 70 Wahlkreisen, Kandidat*innen aufzustellen, zwölf davon mussten jedoch gleich in zwei Kreisen antreten. Politisch war von rechtskonservativ bis unverhohlen faschistisch alles vertreten. Von Kreisverband zu Kreisverband wechselten die Machtverhältnisse, so kandidierte im Wahlkreis Lörrach zum Beispiel erfolglos der Hardliner Dubravko Mandic.

Wahlkampf-Veranstaltungen der AfD in Präsenz waren aufgrund der Corona-Maßnahmen kaum möglich. Stattdessen stellten sich die Kandidat*innen online vor. Neben Wahlkampfständen, kleineren Kundgebungen, Zeitungsanzeigen, Flyern und Plakaten schaltete die AfD massiv Anzeigen bei Facebook. Thematisch konzentrierte sie sich auf die wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns und die angebliche Impfpflicht sowie auf die Rettung des »Autolandes Baden-Württemberg«, die Ablehnung von Fahrverboten und Windrädern. Mit den Themen Pflege, Strompreise, ländlicher Raum und Wohnen versuchte die AfD, sozial zu punkten. Der Ton war anklagend, aber weniger aggressiv als noch im Wahlkampf 2016, als vor allem die Feindbilder »Flüchtlinge« und »Islam« bedient wurden. Politische Erfolge aus der Arbeit von fünf Jahren im Landtag hatte die AfD im Südwesten nicht vorzuweisen, was sie durch ihre Anklagen zu überspielen versuchte. Von 23 Landtagsabgeordneten waren am Ende nur noch 15 übrig, acht verließen die Fraktion.




| | GRÜNE | CDU | SPD | FDP | AfD | LINKE |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Prozent | 32,6 | 24,1 | 11,0 | 10,5 | 9,7 | 3,6 |
| Veränderung | +2,3 | -2,9 | -1,7 | +2,2 | -5,4 | +0,7 |
| Sitze | 58 | 42 | 19 | 18 | 17 | - |

**Erfolglose Corona-Querfront**

Die »Nationaldemokratische Partei Deutschland«, »Die Republikaner« und »Die Rechte« traten zu dieser Landtagswahl nicht an. Stattdessen stellte sich in mehreren Wahlkreisen das christlich-fundamentalistische »Bündnis C« zur Wahl und erhielt im Ergebnis 0,1 Prozent der Stimmen. Aussichtsreicher schienen die Kandidaturen von gleich zwei Parteien aus dem Spektrum der Pandemie-Leugner*innen: »WIR2020« kandidierte in 68, »dieBasis« in 60 Wahlkreisen. Zusammen erhielten sie aber lediglich 1,8 Prozent. Um nur 96 Stimmen verpasste die Partei »dieBasis« aber die 1-Prozent-Marke und damit eine Wahlkampfkosten-Rückerstattung von knapp 50.000 Euro.

**Rechte CDU**

Die CDU in Baden-Württemberg ist in der Union mehrheitlich auf der Linie von Friedrich Merz. So gilt die Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann als Anhängerin des gescheiterten Bewerbers um den Parteivorsitz. Außerdem ist Baden-Württemberg das Stammland des rechten Zusammenschlusses »WerteUnion«, der den rechten Flügel von CDU und CSU sammelt. Trotzdem versuchten die Konservativen im Wahlkampf kaum, mit rechten Parolen zu punkten. Der Versuch des Vorsitzenden der »WerteUnion«, Alexander Mitsch, als CDU-Kandidat aufgestellt zu werden, scheiterte. Die Strömung war zu sehr in Grabenkämpfe verstrickt, um als Stimme im Wahlkampf hörbar zu sein.

*#Interview*

# »Die Öffentlichkeit mit QuatschJura-Argumenten zu beanspruchen«



Der Würzburger Rechtsanwalt Chan-jo Jun klärt in sozialen Medien unter #QuatschJura über fragwürdige juristische Praktiken selbsternannter »Querdenker*innen« auf. Nina Rink hat mit ihm für »der rechte rand« gesprochen.

**drr: Sie sind erfolgreicher Anwalt mit eigener Kanzlei – warum befassen Sie sich in ihrer Freizeit mit »Querdenker*innen«?**
Chan-jo Jun: Ich bin darauf gekommen, als mich der »Der goldene Aluhut« bat, eine Einschätzung zu einer Abmahnung zu geben. »Querdenken 711« hatten sie abgemahnt, weil sie den »Goldenen Aluhut«, also diese satirische Auszeichnung, erhalten sollten. An der Stelle ist mir bewusst geworden, wie die »Querdenker« mit juristischen Mitteln versuchen, Aufklärungsarbeit zu behindern und Menschen einzuschüchtern, insbesondere solche, von denen sie glauben, dass sie keine finanziellen Mittel haben sich zu wehren. Mich ärgert, dass Jura, das eine hohe gesellschaftliche Glaubwürdigkeit genießt, missbraucht wird, um unsinnige Botschaften zu verbreiten.

**Nach welchem Prinzip funktioniert diese Einschüchterung?**
Bei näherer Betrachtung haben wir festgestellt, dass sich beim Prinzip »quer zu denken« durchzieht, wissenschaftliche, aber auch juristische Erkenntnisse zu ignorieren. Wir sehen, dass sich »Querdenker« gegen Schwächere richten, die Angst vor Nachteilen, zum Beispiel persönlicher Haftung, haben.

**Ein Beispiel?**
Dass sie zum Beispiel zum Maskentragen in Geschäften Leitfäden schreiben für ihre Anhänger, die sich juristisch anhören, aber kompletter Unsinn sind. So steht da, wie man Ladenpersonal einschüchtert. Dass dieses sich strafbar machen würde wegen Nötigung. Oder sie schüchtern Lehrer ein, indem sie behaupten, sie würden für Körperverletzungsschäden und Missbrauch von Schutzbefohlenen zivil- und strafrechtlich haften. Allesamt Unsinn, der im Nachhinein widerlegt wird. Aber die »Querdenker« schaffen es erst einmal, die Öffentlichkeit mit QuatschJura-Argumenten zu beanspruchen. Da sah ich Bedarf, rechtzeitig gegenzusteuern und aufzuklären.

**Wie geht das, diesen Erzählungen rechtzeitig entgegenzuwirken?**
Social Media ist schnell, das ist deren Stärke. Die schaffen es innerhalb weniger Stunden über Telegram-Gruppen, ihre Anhänger mit neuen Nachrichten zu mobilisieren. Wenn die ankündigen, morgen mit $CO_2$-Messgeräten vor Schulen Kinder einzuschüchtern, kann ein Faktenfinder der Tagesschau gar nicht so schnell reagieren, um aufzuklären. Da muss man mit gleichen Mitteln, über Social Media, gegensteuern. Schnell sein und die Information so verständlich vermitteln, dass sie sich leicht weiterverbreiten lässt. Da ist Twitter das Mittel der Wahl, oder YouTube als Videoportal – der Kanal für die Verbreitung von Fake News ist aber inzwischen Telegram.

**Sind denn solche Gruppen, in denen ein geschlossenes Weltbild herrscht, noch zugänglich für Ihre Argumente?**
Die erreiche ich nicht. Aber es ist wichtig, dem Ladenbetreiber, dem Lehrer zu sagen: »Lasst euch nicht einschüchtern. In Wirklichkeit ist es anders!« Und ihnen die Rechtsgrundlage zu erklären und Musterschreiben zur Verfügung zu stellen, damit sie vorbereitet sind.

**Was sind die hanebüchensten Fake-Infos, die Ihnen dort begegnet sind?**
Von »QAnon«-Erzählungen, über »Reichsbürger«-Narrative, die These, dass wir in einer Diktatur leben und eine Umvolkung geplant ist – man findet auch die verrücktesten Erzählungen, die aber nicht so weit verbreitet sind. Was aber sehr verbreitet ist, ist die Behauptung, dass ein Motiv der Bundesregierung hinter der Pandemie steckt, um das Volk zu unterdrücken oder eine andere Staatsordnung zu implementieren. Absurderweise glauben sie gleichzeitig, dass sie am besten über ein Selbsthilferecht im Grundgesetz die demokratisch gewählte Regierung durch eine Diktatur ersetzen. Es gab auch Treffen von Ballweg mit dem »deutschen König«, um das gemeinsam auszuloten. Interessanterweise gab es da aber auch intern Gegenwind. Es gibt durchaus Abgrenzungstendenzen innerhalb der »Querdenker«-Bewegung und durchaus Schmerzgrenzen, die sich aber bedauerlicherweise immer weiter verschieben.



**Was meinen Sie mit juristischem Selbsthilferecht?**
Die »Querdenker« berufen sich auf das Widerstandsrecht – das wird in politischen Diskussionen oft angeführt, anwendbar ist es in der Regel nicht. Da sind wir wieder im Bereich QuatschJura. Also Argumente, die sich juristisch anhören, aber Quatsch sind. Die »Querdenker« versuchen immer wieder, sich auf juristische Sachverhalte zu berufen. Das Motto ist ja »Wir für die Grundrechte«, damit sprechen sie einen Konsens an. Was erstaunlich ist, dass das Grundgesetz auch für »Querdenker« mit der Nähe zu »Reichsbürgern« eine akzeptierte Werteordnung darstellt. Sie haben nur ein ganz eigenes Verständnis vom Grundgesetz: Beispielsweise berufen sie sich auf Artikel 2 und sagen aber, es gilt nur meine Freiheit und andere spielen keine Rolle. Das ist deren Auslegung, weil sie nicht weiterlesen, dass dahinter noch ein zweiter Satz folgt.

**Gibt es weitere Beispiele?**
Das Narrativ der Meinungsdiktatur. Sie sind der Meinung, dass ihre Meinungsfreiheit dadurch beschränkt wird, dass andere Meinungen als ihre geduldet werden. Ich stelle das natürlich tendenziös dar, aber sie beschweren sich ja, dass ihre Kritik an den Corona-Maßnahmen kritisiert wird. Ihre Methode ist, Kritikern der »Querdenken«-Bewegung Klagen anzudrohen. Sie sollen mundtot gemacht werden. Das ist das Verrückte: Dass die »Querdenker« alle Rechte und Garantien – Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Freizügigkeit – genießen, aber gleichzeitig behaupten, sie würden eingeschränkt und lebten in einer Diktatur, um letztendlich etwas vorzuschlagen, was einer Diktatur entsprechen würde.

**Es wird selektiv herausgepickt, was die eigene Argumentation bekräftigt …**
Ja. Die Masken, die im Sommer Thema waren, illustrieren diese Unsinnigkeit ganz schön. Die »Querdenker« hatten viel Energie darauf verwendet, ohne Masken in Läden gehen zu dürfen, weil sie der Meinung waren, dies sei eine Nötigung. Ein typisches QuatschJura-Argument. Dann ziehen sie eine Rechtsprechung zur Taschendurchsuchung heran. Weil man keine Taschendurchsuchung in der Hausordnung verankern kann, sei das auch für die Maskenpflicht nicht möglich. Die juristischen Argumente sind an den Haaren herbeigezogen. Das ist blanker Unsinn, aber ein paar Buzzwords reichen, um es juristisch klingen zu lassen.

**Sie sagen »an den Haaren herbeigezogen« – aber scheinbar glauben das Menschen. Wie ist Ihre Einschätzung: Haben wir es mit gefährlichen Fake Facts zu tun oder ist das nur wirrer Quatsch und man sollte diese Leute ihrem Schicksal überlassen?**
Man wundert sich, dass auch intelligente Menschen diese Timelines abonnieren. Aber wenn man erst einmal meint, dass die Bundesregierung die Menschen klein hält und ihrer Rechte beraubt, ist man geneigt, alle experimentellen Erklärungsansätze erst einmal mit Wohlwollen zu betrachten. Auch wenn sie eigenartig und neu erscheinen, passen sie doch ins Weltbild. Andersrum: Derjenige, der diese Ideen hat, bekommt Likes, wird geteilt, kriegt positive Responses dafür, dass er diesen Ansatz gefunden hat. Dafür gibt es Applaus auf dem Marktplatz. Man kann mit jedem Unsinn kurzfristig Punkte sammeln. Natürlich wissen sie, dass ihr Argument keine zwei Wochen übersteht, aber dann bringen sie halt das nächste. Und so halten sie ihre Follower bei Laune und das ist auch notwendig, weil vor allem die Leute, die ihnen viel Geld spenden, weiterhin Futter wollen. Und da kommt dann eine Mischung zusammen aus medizinischen, juristischen Argumenten, Statistiken, die ständig erneuert werden. So findet derjenige, der das glauben will, immer wieder Bestätigung.

**Wer sind die Akteur*innen, wer kriegt diesen Applaus?**
Sicherlich die Gründer aus Stuttgart, ganz vorne Michael Ballweg. An seiner Seite hat er Bodo Schiffmann, einen Arzt aus Sinsheim, nicht mehr praktizierend. Dieser ist für die medizinische Glaubwürdigkeit zuständig, zusammen mit Wolfgang Wodarg, der selbst kein »Querdenker« ist, aber dort zitiert wird. Ich konzentriere mich auf die Juristen: Ralf Ludwig und Markus Haintz sowie Rainer Füllmich. Anwälte, die sich in »Querdenker«-Kreisen sehr profiliert haben. Zusammen mit Viviane Fischer, die unter anderem Namen in Berlin ein Hutmachergeschäft betreibt, aber auch Rechtsanwältin ist. Diese Leute sorgen durch ihren Berufsstand für Glaubwürdigkeit.

**Sie haben schon angesprochen, dass innerhalb der Bewegung viel Geld fließt. Was sind das für Geschäftsmodelle?**
Wir haben einerseits die Schenkungsmodelle: Es ist sehr verbreitet, dass Akteure in ihren Telegram-Channels zur Schenkung aufrufen. Sie nennen es bewusst Schenkung und nicht Spende, da dies ein steuerlicher Begriff ist, der einen gemeinnützigen Verein voraussetzt. Sie schreiben, dass alles unter 20.000 Euro steuerfrei ist – schenkungssteuerfrei. Schenkungen sind in der Regel auch nicht transparenzpflichtig. Solange ich mir Geld für meinen privaten Lebenswandel schenken lasse und das so sage, bin ich auch nicht verpflichtet nachzuweisen, dass das für einen bestimmten Zweck war. Erstaunlicherweise gibt es eine hohe Bereitschaft der Followerschaft, ihre Anführer bei jeder Gelegenheit mit Geld zu bewerfen.

**Was für Gelegenheiten?**
Zum Beispiel als Schiffmann ein Bußgeld bekam, weil er trotz Einreiseverbot nach Mecklenburg-Vorpommern einreiste. Er veröffentlichte das und man fragt sich: »Warum veröffentlicht er so einen Blödsinn?« Die Lösung ist einfach: Die Solidarität der Follower ist so groß, dass er mit der Veröffentlichung mehr Geld einnimmt, als ein Bußgeld jemals kosten kann.

**Über welche Beträge reden wir da?**
Genaue Zahlen sind nicht bekannt, aber Aussteiger berichten, dass

die Geldbeträge, die bei Großveranstaltungen zusammenkamen, reichten, um weit mehr als die Kosten zu decken. Die ja nicht gerade niedrig sind für Bühnentechnik, mit der man auch ein Festival beschallen könnte. Viele Leute sehen den Livestream und spenden 10, 20 Euro, aber es soll auch in der Wirtschaft Akteure geben, die ein Interesse an einer lauten, schrillen Gegenbewegung haben und die »Querdenker« wohl mit nennenswerten Beträgen unterstützt haben. Nach einem Brandanschlag auf einen LKW wurden angeblich innerhalb weniger Tage 200.000 Euro gesammelt. Daran sieht man, dass man sechsstellige Beträge akquirieren kann, wenn man nur ausreichend Zielgruppen erreicht.

**Woher kommt diese enorme Bereitschaft der Follower*innen, für so ziemlich alles Geld zu geben?**

Ein Faktor ist die schiere Menge. Es braucht eine gewisse Zahl an Followern, aber das haben die ja. Das, was immer funktioniert, ist Bedürftigkeit und Ausgrenzung zu signalisieren. Ich muss zeigen, dass ich der Underdog bin, der vom System ausgegrenzt wird. Das erzeugt Mitleid. Und dann brauche ich einen bestimmten Bedarf. Schiffmann hatte zum Beispiel nach Weihnachten eine Botschaft verbreitet, dass seine Existenz vernichtet wird und er einen Unterschlupf im Ausland sucht. Jetzt kann man vermuten, die Reaktion war empathisch. So lange sie ihre Followerschaft mit den Narrativen bedienen, die sie gerne hören wollen, sprudelt auch das Geld. Deshalb ist es auch so schwer, aufzuhören.

**Obwohl sich Vieles als Quatsch herausstellt?**

Selbst als sie gemerkt haben, dass die Pandemie nicht endet und es eine zweite Welle gibt und sich viele Behauptungen vom Sommer als falsch erwiesen haben, haben sie nach neuen Strategien gesucht, um weiterhin Unterstützung zu erhalten. Natürlich auch finanzielle Unterstützung, denn viele dieser Funktionäre haben sich finanziell abhängig gemacht, weil sie ihre bisherige Berufstätigkeit nicht mehr ausüben können.

**Was heißt das für die Jurist*innen unter den »Querdenker*innen«?**

Juristen haben nicht auf Schenkungen, sondern auf juristische Aufträge gesetzt. Als Anwalt hat man dann natürlich nur noch Mandanten aus diesem Spektrum, aber davon genug. Also ein Netz, das einen gut auffängt. Aktuell gibt es da eine Anwältin, die eine Strafanzeige gegen Maskenpflicht in der Schule stellen will. Eltern oder Schüler sollen einen Bogen ausfüllen und 20 Euro zahlen. Früher hat man auch Bettelbriefe dazu gesagt, kann funktionieren. Oder die Corona-Schadensersatzklage. Mir wurde eine Rechnung mit der Rechnungsnummer 1.400 irgendwas zugespielt, die 800 Euro plus Umsatzsteuer ausweist – da kann man überschlagen, dass da rund 1,3 Millionen Euro an Rechnungsbeträgen zusammenkommen. Wir wissen mittlerweile, dass es in den USA keine Sammelklage gibt, obwohl es so kommuniziert wurde.

**Aber was passiert denn damit, was landet vor Gericht, was passiert mit dem Geld?**

Das ist der falsche Blick. Das ist völlig egal. Der Effekt ist erzielt mit der Ankündigung und der Zahlung. Dass man danach noch was macht, darauf kommt es nicht an. Natürlich werden einige Leute merken, dass sie verarscht wurden. Vielen ist es egal, die sind sehr gnädig mit ihren Anführern. Neben der Corona-Sammelklage für 800 Euro gab es auch abgespeckte Angebote. Also für jedes Bedürfnis und jeden Geldbeutel gibt es ein Angebot.

**Also für jedes Töpfchen das passende Deckelchen …**

Ja, man muss fast Mitleid haben – die Leute wollen etwas tun, aktiv sein und mit ihrem Geld helfen. Ich kann mir schon vorstellen, wie man da reingerät. Wenn man aufgefordert wird, etwas zu machen, auch wenn es nichts bringt. Aber mit dieser bloßen Kulisse sind die Leute zufrieden.

**Und ein Misserfolg ist ja auch denkbar leicht zu erklären …**

… das liegt am System! Das ist das Verrückte dabei – dass diese Verschwörung ausgerechnet vom System Justiz aufgeklärt werden soll! Wieso sollte diese so große, weitreichende Verschwörung vor der Justiz Halt machen? Wenn die schon so weit geht, kann es nicht funktionieren, diese mit Hilfe des Justizapparates aufzuklären. Aber gut, manche Leute wollen das trotzdem machen, losgelöst von vorangegangenen Argumenten.

**Welche Reaktionen erhalten Sie aus der Szene?**

Bei YouTube, wo meine Abonnenten teilweise aus »Querdenkern« bestehen, kritisieren sie jedes neue Video. Selbst wenn ich über Open-Source-Software spreche, schaffen die es, einen Bezug zu PCR-Tests herzustellen, was gar nicht so leicht ist. Auf Telegram geht es heftiger zu, bei jedem neuen Video oder Tweet geht die Schlammschlacht los und wird sehr schnell rassistisch. Drohungen gegen mich persönlich sind ganz normal. Ich versuche das herunterzuspielen, obwohl das sehr betroffen macht. Wenn man nicht total selbstbewusst oder abgebrüht ist, zieht man sich aus einem politischen Engagement auch schnell wieder raus.

**Bei Ihnen funktioniert es offenbar nicht. Was hilft Ihnen, weiterzumachen?**

Eine Methode ist radikale Freundlichkeit. Dass man sich auf die personalisierten Diskussionen nicht einlässt und seinem Gegner möglichst noch mit Respekt begegnet. Durch eine extreme Fokussierung auf die Sache kann man die Diskussion sachlich halten. Das reicht nicht immer. Wenn ich ein Video oder Tweet absetze, kann ich nicht verhindern, dass sich jemand allein dadurch beleidigt fühlt, dass ich Vorfahren »nicht-arischer« Herkunft habe. Bei denen hilft Freundlichkeit auch nicht.

**Zum Schluss noch ein Ausblick?**

Ich glaube, dass die »Querdenker« an Bedeutung verlieren werden. Meine begrenzten Ressourcen würde ich daher in Zukunft aufwenden, um Themen wie Impfgerechtigkeit, Maßnahmen aus dem Lockdown, Verfassungsmäßigkeit von Lockerungsmaßnahmen zu kommentieren. Wir haben noch laufende Prozesse: Zum Beispiel Volksverpetzer gegen Wodarg. Da möchte ich unbedingt erklären, wie weit die Presse- und Meinungsfreiheit geht. Unser Rechtssystem ist extrem nachgiebig für selbst die dümmste, unfundierteste Meinung, aber sehr streng für nicht nachweisbare Tatsachenbehauptungen. Rechtspolitisch würde ich mich mit dem Thema der Strafbarkeit von Verschwörungsmythen und Falschnachrichten befassen. Das Thema »Querdenker« ist ein kurzfristiges Thema, das Thema Hasskriminalität, soziale Medien, das ist ein Thema, das ich schon länger verfolge und wo ich dranbleiben will. Insbesondere, weil die Opfer von Hasskriminalität unterrepräsentiert sind. Es gibt viel Lobbyarbeit von den Plattformen und von Bürgerrechtsbewegungen zur Regulierung, dabei werden die Opferrechte oft außen vor gelassen.

**Viel Erfolg und vielen Dank für das Gespräch!**

*#Macherinnen*

# »Wir sind tief verwurzelt mit der Erde!«

von Margarete Schlüter




*Teilnehmerinnen einer »Querdenken«-Demonstration in Berlin 2020*

Seit knapp einem Jahr gehen Menschen verschiedener Couleur auf die Straße, um gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu demonstrieren. Auffällig ist der hohe Anteil der teilnehmenden Frauen. Diese Beobachtung deckt sich mit der an der Universität Basel entstandenen Studie »Politische Soziologie der Corona-Proteste« in Deutschland, der Schweiz und Österreich; der Frauenanteil an der quantitativen Umfrage lag bei über 60 Prozent. Den Ergebnissen zufolge stehen sie esoterischem Denken offen gegenüber, weisen der Impfthematik eine große Bedeutung zu und sind in Sorge um ihre Kinder. Auch wenn die bisherige empirische Datengrundlage relativ dünn ist, ermöglichen die Ergebnisse einen ersten Einblick in das Spektrum der Teilnehmenden an den sogenannten Corona-Protesten.

Der Frage nach möglichen spezifischen Beweggründen von Frauen, an den Protesten zu partizipieren, gehen die Soziologin Nadine Frei und die Philosophin Ulrike Nack in einem bisher noch nicht veröffentlichten Aufsatz nach. Sie stellen die theoriegeleitete These auf, dass mit dem Aufbegehren »die für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft konstitutive vergeschlechtlichte Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre« bejaht werde. Diese These wird anhand der Protestthemen »Impfen« und »Sorge um ihre Angehörigen« diskutiert.

In der generellen Ablehnung des Impfens komme ein romantisiertes Naturverständnis und eine Idealisierung des Weiblichen zum Tragen. Der Vorstellung der Reinheit der Natur mit ihren Selbstheilungskräften wird die Künstlichkeit der Medizin gegenübergestellt. Diesem Verständnis folgend, stellt der vermeintlich drohende Impfzwang einen Angriff auf die Natur dar. Darüber hinaus sehen sich die Frauen durch sämtliche staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie daran gehindert, der generellen Sorge um Angehörige nachzukommen. Doch warum werden eben jene Maßnahmen abgelehnt, die die Angehörigen schützen sollen? Frei und Nack leiten aus ihren Ausführungen ab, dass die Sorge der Protestierenden nicht Aufgabe des Staates, sondern die der Frau sei. Es sei eben jene Rolle, die Frauen in patriarchalen Gesellschaften zugeschrieben und ihnen nun zum Teil abgesprochen werde. Damit wohne der Verteidigung der privaten Sphäre ein die Gesellschaft gefährdendes Moment inne. Dass die ausgeführten antiquierten Ideen von Frauen vertreten werden, soll im weiteren Verlauf anhand einiger Beispiele veranschaulicht werden.

Der sogenannte »Multikulturelle Frauenmarsch« – »Kulturalistischer Frauenmarsch« wäre eine passendere Bezeichnung –, an dem am 28. Februar 2021 in Berlin circa 500 Frauen und wenige Männer teilnahmen, wurde im Vorfeld mit folgenden Worten beworben: »Wir [Frauen] sind tief verwurzelt mit der Erde! Und es ist unsere Aufgabe, sie zu schützen und daran zu erinnern. Die Kinder bilden unsere nächsten Generationen und es ist unsere Pflicht, alles dafür zu tun, ihnen eine lebendige und sichere Zukunft zu ermöglichen. […] Kontaktbeschränkungen und Abstand sind nicht nur schädlich für [sic!] Ausbildung des Immunsystems [sic!] sondern verhindern auch eine freie und gesunde Entwicklung.« Organisiert wurde die Demonstration von Frauen, die laut eigenen Angaben im »kreativen und heilenden« Bereich tätig sind. Und so wurden auf der Abschlusskundgebung unter anderem esoterische Rituale vollzogen; Reden gehalten, in denen zum Beispiel ein Systemwechsel »hin zu den heiligen Gesetzen des Lebens« gefordert und der »heilige Atem« gegen die Maskenpflicht angerufen wurde.

Auch mit der sogenannten »Frauen Bustour« wollten Frauen aus der »Querdenken«-Bewegung Ende letzten Jahres den coronabedingten Maßnahmen ihre »weibliche Energie« entgegensetzen. Eine der Verantwortlichen, Eva Rosen, gab dem rechten »Compact«-Magazin ein Interview. In diesem stellte sie unter anderem die Gefährlichkeit des Virus infrage – »eine milde Grippe« –, wetterte in verschwörungsideologischer Manier gegen die Maßnahmen, welche sie als einen »unmenschlichen Vorgang bezeichnete«, durch den »Kinder psychisch traumatisiert« würden. Großer Erfolg war der Bustour nicht beschieden. Entweder stieß sie an den jeweiligen Stationen auf eine geringe Resonanz oder wurde vom Gegenprotest begrüßt.

Eine weitere Protagonistin innerhalb der Szenerie ist die YouTuberin Miriam Hudson alias »Hope«, deren Videos in der Vergangenheit immer wieder gesperrt worden sind. Nun ist sie auf Telegram ausgewichen. Hudson sieht sich im ‹Widerstand› tätig. Sie sprach auf Veranstaltungen gegen die coronabedingten Maßnahmen, hinter denen sie einen geheimen Plan vermutet – einen »Great Reset«, demzufolge »die Finanzeliten« die Weltwirtschaftsordnung zurücksetzen wollten. Ihrer Meinung nach würden die Menschen in Deutschland in einer Diktatur leben, in der keine freie Meinungsäußerung möglich sei. Letztlich dienen solche Aussagen der eigenen Viktimisierung und lassen jeglichen Bezug zur Realität missen. Und ob die Anfang dieses Jahres getätigte Aussage, der »Impf-Holocaust« habe angefangen, von der freien Meinungsäußerung gedeckt ist, ist zu bezweifeln.

Es ließen sich an dieser Stelle noch weitere Beispiele für das Agieren von Frauen im Corona-Protest-Milieu anführen. Sei es, dass Vergleiche mit während des Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Frauen bewusst oder unbewusst herangezogen werden, um sich als Opfer zu stilisieren. Oder Antifeministinnen wie Birgit Kelle, die in der aktuellen Situation eine positiv gedeutete Chance der Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse in der privaten Sphäre sehen.

*#Glaube*

# Sind Verschwörungsgläubige Sektierer?

von Christoph Grotepass



»Das Virus existiert gar nicht. Das Ganze ist eine riesige Verschwörung, um die Bevölkerung mit der 5G-Technologie und Mikrochips durch Zwangsimpfungen zu kontrollieren.«»Eine satanistische Elite fördert aus dem Blut gefolterter Kinder die Droge ›Adrenochom‹. Präsident Trump befreit sie nun.«

Dies ist nur eine kleine Auswahl an Aussagen, die im Jahr 2020 Gegenstand vieler Beratungsgespräche waren. Verschwörungstheorien sind oft Bestandteil von Gruppenideologien und gehören daher fest zum Themenbereich der weltanschaulichen Beratungsarbeit. Insbesondere eine gruppenspezifische Abgrenzung von der Gesellschaft begünstigt eine Verschwörungsmentalität. Einer feindlich gesinnten Außenwelt beziehungsweise böswilligen Agent*innen außerhalb der schützenden Glaubensgemeinschaft werden dabei finstere Machenschaften unterstellt. Der Glaube bietet die für den Schutz notwendigen Normen und Verhaltensweisen.

Krisenzeiten sind gute Zeiten für Verschwörungstheorien; sie kommen auch ohne religiöse Bezüge aus. Populistisch bieten sie »alternative« Erklärungen für die aktuellen Ereignisse an. Auf komplexe Problemstellungen werden einfache Antworten gesucht und angeboten. Es scheint schwer aushaltbar, dass »zufällige« Ursachen solche dramatischen Folgen haben können; es muss eine Absicht, ein böser Plan dahinter stecken. Sündenböcke werden benannt und so kann die eigene Sorge in Empörung über die Schuldigen gewandelt werden.

Verschwörungstheorien stellen sich nicht selbst als solche dar und sind für Unkundige nicht immer leicht zu erkennen. Es sei denn, es soll auf diese Weise eine Frontstellung zum unwissenden Mainstream betont werden. »Für die ›Schlafschafe‹ sind wir natürlich die ›Aluhutträger‹ – aber sie werden schon sehen!« Diese Argumentationsweise kennen wir auch von konfliktträchtigen weltanschaulichen Gemeinschaften, sogenannten »Sekten«: »In den Augen der verlorenen und von Satan verführten Welt sind wir eine Sekte. Die wahren Gläubigen werden immer Anfeindungen ausgesetzt!« Auch Umdeutungen werden gern vorgenommen: Wenn radikal bedeute, dass man sich auf die – wahlweise – christlichen, islamischen, germanischen oder andere Wurzeln beziehe, dann sei man gerne radikal. »Wenn unser festes Fundament uns zu Fundamentalisten macht …«. Diese Selbstbeschreibung hebt die Gläubigen einer Gemeinschaft und auch Anhänger*innen einer Verschwörungstheorie von der Masse ab. Mit der Sonderstellung können positiv – mit besonderem Wissen – und zugleich negativ – durch die Selbststilisierung zum ungerecht behandelten Opfer – verschiedene »Andockpunkte« präsentiert werden. Gerade auch mit einer Selbstviktimisierung können sich etwa Menschen mit vermeintlichen und tatsächlichen Opfererfahrungen identifizieren.

**Religiös motivierte Gruppen**

Bei den Demonstrationen im vergangenen Jahr gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie beteiligten sich auch weltanschaulich geprägte Gruppen. Die »Christen im Widerstand« machten dabei mit Holzkreuzen auf sich aufmerksam. Ihr Selbstverständnis: »Als Christen sind wir explizit dazu berufen, den Plänen und dem Wirken Satans zu widerstehen (Epheserbrief 6,13): ›Deshalb ergreift die Waffenrüstung Gottes, damit ihr an dem bösen Tag Widerstand leisten und alles überwinden und das Feld behalten könnt.‹« Daneben wird Aufklärungsarbeit angeboten zum »Unsinn der PCR-Testungen und den Gefahren einer m-RNA Impfung«. Außerdem scheint der Rückbezug auf die wörtlich verstandene biblische Schöpfungsgeschichte wichtig zu sein: »Daher lehnen wir die Evolutionstheorie ab.«

Wichtigstes Mittel zum Verbreiten der Botschaften ist auch hier das Internet. Beispielhaft dafür steht die »Organische Christus Organisation«, die mit ihrer Internetplattform »Klagemauer-TV« enorme Reichweiten zur Verbreitung von Verschwörungstheorien hat.

Weltweit konnte beobachtet werden, dass insbesondere fundamentalistisch geprägte Glaubensgemeinschaften an der Infektionsdynamik Anteil hatten, indem – teils trotz Verbot – Gottesdienste stattfanden, bei denen die Hygienebestimmungen nicht eingehalten wurden. In Südkorea kam es durch die auch hierzulande stark missionierende »Shinchonji Gemeinschaft« zu einer massiven Verbreitung des Infektionsgeschehens. Sich selbst sahen die Anhänger*innen durch ihren Glauben geschützt. Die Infektion wurde von Vertreter*innen mehrerer religiöser Gemeinschaften als göttliche Strafe für gesell-






*Corona-Leugner*innen demonstrieren in Düsseldorf am 23. Mai 2020.*

schaftliche »Fehlentwicklungen« wie zum Beispiel die »Homo-Ehe« angesehen.

**»QAnon«**

Vielfach war der Buchstabe »Q« zu sehen, Erkennungsmerkmal von »QAnon«. Der mysteriöse Informant »Q« nutzt in seinen kryptischen Botschaften fundamentalistisch-christlich geprägte Sprachbilder. Die kommende »große Erweckung« hat insbesondere konservative christliche Wähler von Donald Trump angesprochen. Trump kokettierte mit diesen Vorstellungen und verschaffte ihnen mit seinen Twitter-Botschaften enorme Reichweiten. Die in der Fan-Szene geglaubte Vorstellung, Regierungsmitglieder zapften Kindern durch satanistische Folterrituale eine Verjüngungsdroge ab, stellt eine modernisierte Form der Jahrhunderte alten antisemitischen Ritualmordlegende dar, derzufolge Juden Christenkinder für rituelle Zwecke getötet hätten.

Insbesondere »QAnon« wird oft als »Sekte« bezeichnet. Der Religionswissenschaftler Michael Blume bezeichnet »QAnon« beispielsweise als »Digitalsekte«. Auch andere Weltanschauungsgemeinschaften sind in Umbruchzeiten im 19. Jahrhundert entstanden und existieren noch heute, wie die »Siebenten-Tags-Adventisten« oder Mormonen.

Bei »QAnon« hat sich eine Szene entwickelt, die neben einem Kanon an religiös aufgeladenen Verschwörungstheorien auch entsprechende Symbole und »Rituale«, wie die Auslegung von »QDrops« genannten kryptischen Botschaften, etabliert hat. Sofern diese die Selbstbeschreibung und das Alltagshandeln definieren, ist es nicht auszuschließen, dass sich auch nach einer Bewältigung der Corona-Krise eine kleine fanatisierte Rest-Anhänger*innenschaft zu einer sogenannten »Sekte« konsolidiert.

Bisweilen werden der »Querdenken«-Bewegung insgesamt und Verschwörungsgläubigen allgemein »sektiererische« Züge zugesprochen. Dies kann auf fanatisierte Verhaltensweisen einzelner Protagonist*innen und deren Anhänger*innen zutreffen. Die höchst heterogenen Gruppen innerhalb der Bewegung verbindet, vom gemeinsamen Misstrauen abgesehen, jedoch wenig. Und die breite öffentliche Beschäftigung mit diesem Thema zeigt, dass viele Verschwörungstheorien die Menschen auch unabhängig von religiösen und weltanschaulich ideologischen (sektiererischen) Gruppen beschäftigen.

**Was bleibt**

Nach einer Überwindung der Krise werden für viele Mitläufer*innen wieder andere Themen den Alltag dominieren, die Geschehnisse und die eigene Rolle dabei bleiben episodisch. Viele, die spezifische Themen in die heterogene Protestbewegung mitgebracht haben, werden sich wieder in ihre jeweiligen Gruppen zurückziehen. Das kurzzeitig verbindende Misstrauen gegenüber den Eliten ist als einzige Positionsbeschreibung angesichts der ansonsten divergierenden Themen nicht tragfähig.

Verschwörungstheorien können traditionell religiöse Sinnangebote erweitern oder ersetzen. Auch sie bedienen die Sehnsucht nach Orientierung, ermöglichen Angstbewältigung und bieten Zugehörigkeit. Der Glaube, die Pläne der Verschwörer zu erkennen, macht die Welt erklär- und vorhersehbarer und bietet eine Identifizierungsmöglichkeit. Als »Aufgewachte« sind die Gläubigen der Normalbevölkerung beziehungsweise den »Schlafschafen« überlegen und haben zudem die Aufgabe diese zu missionieren. Das Gefühl von Kontrolle und Teilhabe an einer Widerstands-Macht, welche die Ordnung wiederherzustellen vermöge, fördert die Polarisierung und Radikalisierung. Diese auch bei sogenannten »Sekten« anzutreffenden Merkmale sind jedoch allgemein bei Fanatisierung und Radikalisierung zu beobachten. Ein Kanon von Glaubenssätzen mit transzendentem Bezug und Erlösungsvorstellungen muss damit jedoch nicht verbunden sein. Generell kann daher in Bezug auf Verschwörungstheorien nicht von »Sekten« gesprochen werden.

*Christoph Grotepass arbeitet bei der Sekten-Info Nordrhein-Westfalen e. V.*

#Geschichte

# Braune Ökos

## Rechte Positionen im Natur- und Umweltschutz. Eine lange Tradition.

von Andreas Speit

Sie pflegen Fauna und Flora, hüten Land und Vieh, bemüht ökologisch und artgerecht. Sie bieten Biogemüse und -obst auf Biomärkten und in Bioläden an oder leben nachhaltig und konsumfrei. Im Gespräch mit ihnen kann der Kältestrom der modernen Gesellschaft, des Waren- und Kapitalverkehrs beklagt werden, die Entfremdung von uns selbst und die Entfernung zum Wahren. Am Wochenende können sie aber auch bei einer »Querdenken«-Demonstration oder an einem NPD-Infostand zu sehen sein: braune Ökos.

Seit Beginn der Proteste gegen die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie fallen alte Affinitäten wieder auf. Die Differenzen zwischen ökologischen Konzepten von Links und Rechts verschwimmen. Verschwörungsnarrative über Zwangsverchippung und -impfung offenbaren: »lechts und rinks« kann »velwechsert« werden – wie Ernst Jandel mahnte. Mit »Die Kehre« versucht Chefredakteur Jonas Schick, der aus der »Identitären Bewegung« kommt, in den anhaltenden Diskurs über Ökologie einzugreifen. 2020 erschien die erste Ausgabe des Viermonatsmagazins, das eine Webpräsenz flankiert. Die »Zeitschrift« will die »Ökologie aus ganzheitlicher Perspektive betrachten«, heißt es, um »der aktuell stattfindenden Verengung auf den ‹Klimaschutz›« entgegenzuwirken. Eine »Lehre von der gesamten Umwelt« müsse »Kulturlandschaften, Riten und Brauchtum, also auch Haus und Hof« mit einschließen. Kurz und knapp skizziert Schick den Vierklang von rechter Ökologie: Umweltschutz = Naturschutz = Tierschutz = Volksschutz.

Schon in der Lebensreformbewegung des 19. Jahrhunderts beklagten Publizisten und Philosophen die Industrialisierung und Urbanisierung. Das Reflexivwerden der Moderne löste gerade im aufkommenden Bürger*innentum eine »Entzauberung der Welt« (Max Weber) aus. In der Kritik an dem sich anbahnenden Kapitalismus, der Mensch und Natur verwerte und entwerte, wurden Rationalismus und Säkularisierung verstärkt hinterfragt. Doch nicht die Macht- und Besitzverhältnisse wurden als ursächlich für die Ausbeutung des Menschen, der Tiere und Natur ausgemacht. Vielmehr lehnten Teile des Bürger*innentums den Materialismus als Ideologie, die Rationalität und Ökonomisierung aller Lebenssphären vorantreibe, ab und wendeten sich einer Verzauberung der Welt durch Spiritualität, Naturmystik und Volksmythos zu. Die »Moderne als unvollendetes Projekt« (Jürgen Habermas) erschien damals schon als vollendet und gescheitert. Im Selbstbild sahen sie sich als die »letzten Menschen«, dem gegenüber der »Fachmensch ohne Geist« und »Genußmensch ohne Herz« (Max Weber) aufgekommen sei. Die Moderne machten diese Publizisten und Philosophen in der radikalsten Abwehr als »jüdisches Projekt« (Shulamit Volkov) aus.

**Ernst Rudorff**

Bereits 1897 setzte Ernst Rudorff Naturschutz mit Heimatschutz gleich. Der Komponist, Musikpädagoge und Naturschützer prägte in zwei Artikeln im »Grenzbote« unter dem Titel »Heimatschutz« und »Abermals Heimatschutz« den Begriff nachhaltig mit, der durchaus auch kulturelle Bedeutung erhalten sollte. Rudorff lieferte quasi das Programm für die Heimatschutzbewegung. 1904 gründete er den »Bund Heimatschutz«, den Vorläufer des heutigen »Bund Heimat und Umwelt in Deutschland« mit etwa 500.000 Mitgliedern. Im Aufruf von 1903 zur Gründung hieß es: »Schaffen wir also einen sich über ganz Deutschland erstreckenden Bund aller Gleichgesinnten, denen es darum zu tun ist, deutsches Volkstum ungeschädigt und unverdorben zu erhalten und was davon unzertrennlich ist: die deutsche Heimat mit ihren Denkmälern und der Poesie ihrer Natur vor weiterer Verunglimpfung zu schützen«. 233 Personen des damaligen öffentlichen Lebens unterzeichneten. Frauen sowie Jüdinnen und Juden lehnte Rudorff als Unterzeichnende ab. Der »romantische Geist«, wie Rudorff im rechten Diskurs verehrt wird, beklagte stets die Verunglimpfung des »Vaterlandes« durch Verkuppelung, Flurzusammenlegung und Grundstücks- beziehungsweise Bauspekulationen. Den Tourismus verachtete er, weil dieser das menschliche Bedürfnis des Naturgenusses zu einem »geschäftlichen Betrieb« mache. Rudorff betont: »Die Natur ist zur Sklavin erniedrigt, der ein Joch abstrakter Nutzungssysteme, das ihr völlig fremd ist, gewaltsam aufgezwängt, deren Leistungsfähigkeit ausgepreßt wird bis auf den letzten Tropfen«. Das entspreche der »Gesamtstimmung unserer Zeit, die ohne jedes Verständnis für ideale Bestrebungen ausschließlich in dem Jagen nach äußerem Glanz und Effekt, nach Bequemlichkeit und materiellem Genuß befangen« sei. Natur und Kultur werden als organische Einheit gedacht, in der eine ursprüngliche Natur und ureigene Kultur angenommen wird. Das sittlich Gute der Natur- und Kulturlandschaft möchte Rudorff dann auch gleich vor fremden Menschen und Sitten bewahren. So fragt er: »Kann man denn Dinge und Menschen nicht lassen, wo sie hingehören?«. Und er antwortet selbst: »Den Ideen eines heimatfremden Internationalismus« würde »mit unserer Gleichmacherei geradezu in die Hände« gearbeitet. Die Grundsteine einer völkischen Ökologie sind früh gelegt. Im Gegensatz zur Moderne wird eine vorindustrielle Welt mit Ständen und Bauernschaft entworfen. In ihr ist der Mann auch noch Mann und die Frau noch Frau.

**Martin Heidegger**

Dieses vormoderne Idyll schwebte auch Martin Heidegger vor. Jonas Schick, der Herausgeber von »Die Kehre«, bezieht sich mit der Namenswahl auf den zutiefst antisemitischen Philosophen. In dem 1951 veröffentlichten Vortrag »Die Technik und die Kehre« beklagt Heidegger die Wirkung der Technologie, in der er eine fatale Gefahr sah. Am Horizont erkennt er aber die Möglichkeit einer Kehre. Im Nationalsozialismus sah er eine Möglichkeit zur Umkehr, zur Befreiung von der Moderne. Und war später enttäuscht, da diese radikale Kehre nicht kam. Viele Naturschützer*innen begrüßten aber den Natio-




nalsozialismus bis zum Ende. Eine »hohe Zeit« des Naturschutzes, schwärmte Hans Klose, Leiter der »Reichsstelle Naturschutz«. Denn am 26. Juni 1935 erfüllt sich mit dem Reichsnaturschutzgesetz eine ihrer Hoffnungen. Klose schrieb die Vorlage, nach 1945 leitete er die »Zentralstelle für Naturschutz und Landschaftspflege«.

In »Die Kehre« greift Alexander Gauland mit dem Verweis, dass »Ökologie« nicht alleine »Naturschutz, sondern auch (…) Denkmalschutz« sei, die alte Argumentation wieder auf. Im Sommer 2020 verweist der Bundestagsfraktionsvorsitzende der »Alternative für Deutschland« im Interview auch auf die lange Tradition einer »konservativen Ökologie« und möchte zwischen »konservativem Umweltschutz« und »linkem Klimaschutz« unterscheiden. Mit Bezug auf Rudorff betont »Die Kehre« ebenso, dass »Naturschutz, Heimatschutz, ökologische Technikkritik« einst »Kernthemen der Rechten gewesen« waren. In den 1970er Jahren hätte die »grüne Bewegung« die »zu Technokraten verkommenen ‹Konservativen›« aber »ihrer ‹Kronjuwelen›« beraubt«.

**Herbert Gruhl**

Bei der Gründung der Partei Die Grünen hofften rechte Naturschützende allerdings neuen Einfluss zu gewinnen. Der »ökologische Verrat« begann für sie aber mit dem Herausdrängen von Herbert Gruhl. Der Autor des Umweltbestsellers »Ein Planet wird geplündert« von 1975 sowie früherer Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND), ehemaliger CDU-Bundestagsabgeordneter und Gründer der »Grünen Aktion Zukunft« war ein Star der grünen Bewegung. In seinem Bestseller schrieb er jedoch schon, dass die Einwanderungspolitik der »europäischen Völker« eine »sagenhafte Dummheit« sei – was wohl viele Linksgerichtete lange überlesen haben müssen. Ein Jahr vor seinem Tod warnte er 1992 in seinem Buch »Himmelfahrt ins Nichts« davor, dass »viele Kulturen in einem Raum zusammengemixt werden«. Der Wert des Gemisches sinke »mit zunehmender Durchmischung«. In einer »RTL Plus«-Show führte Gruhl am 14. April 1992 im Streitgespräch auf die Vorhaltung aus, ob das nicht die These vom »unwerten Leben« sei: »Das ist ein Gesetz der Entropie, das wir besonders in der Ökologie haben, und dieses Gesetz gilt auch für menschliche Kulturen.«. Die alte Sorge von Rudorff vor dem »Fremden« klingt durch. Gruhl schätzen rechte Ökolog*innen heute immer noch gerade wegen des Verbindens von Naturschutz und Einwanderung.

Heft 4, die Winter-Ausgabe 2020 von »Die Kehre«, hat als Schwerpunkt: »Migration«. »Kaum ein Phänomen wird im insbesondere von den Grünen geprägten ökologischen Diskurs in der Bundesrepublik derart ausgespart wie die ökologischen Auswirkungen allgemein angestiegener Mobilität und Massenmigration«, heißt es auf der Webseite und »das beginnt bei der IKEAisierung der Einrichtungen (…) und endet bei der Anhebung des Konsumniveaus der Millionen ›Flüchtlinge‹, die seit dem Sommer 2015 nach Europa strömten, wodurch sich ihr ökologischer Fußabdruck erheblich vergrößerte«. In diesem Kontext auch nicht selten: Ein »Schrumpfen der Gesamtbevölkerung« wird befürwortet und sofort der »Verzicht der Deutschen auf Nachwuchs« beklagt. Das Idyll einer vormodernen Gemeinschaft statt moderner Gesellschaft bleibt das Ideal – Allianzen zwischen »Blut & Boden« liegen nah.

#Anthropophie



# »Die weiße Rasse ist (...) die am Geistigen schaffende Rasse«

## Rassismus, Antisemitismus und Verschwörungsdenken als Grundlagen der Anthroposophie

von Peter Bierl

Die Anthroposophie ist ein Zweig der Naturschutz- und Umweltbewegung in Deutschland, seit ihr Begründer Rudolf Steiner (1861-1925) beschloss, nicht nur sein Karma-Konto zu pflegen, sondern praktisch tätig zu werden. Daraus entstand die biologisch-dynamische Landwirtschaft, deren Vertreter*innen später mit dem Nationalsozialismus kollaborierten bis hin zu Experimenten in der Kräuterplantage im Konzentrationslager Dachau. Anthroposophische Kreise um Joseph Beuys gehörten dann Ende der 1970er Jahre zu den Gründungszweigen der Grünen. Im »Collegium Humanum« in Vlotho von Werner Georg Haverbeck (1909-1999), einem Altnazi und vormaligen Pfarrer der anthroposophischen »Christengemeinschaft«, fanden dazu erste bundesweite Koordinationstreffen statt. Heute gehören Unternehmen wie Hauschka und Weleda, die GLS-Bank und demeter, der Verband der biologisch-dynamischen Landwirtschaft, Waldorfkindergärten und Waldorfschulen sowie Einrichtungen für Alte und Behinderte zur anthroposophischen Subkultur.

**»Menschheitsführer«**

Die Methode, mit der Steiner dieses Paralleluniversum begründete, war schlicht. Er griff Reformideen auf, kombinierte sie mit seiner okkulten Weltanschauung und präsentierte das Ergebnis als Frucht seines »geistigen Schauens«. So schuf er 1924 die biodynamische Landwirtschaft, indem er Warnungen vor zerstörerischen Tendenzen der industriellen Landwirtschaft mit Obskurantismus paarte und über »Offenbarungen des Stickstoffs« oder »geistigen Mist« aus Kuhhörnern schwadronierte. Seine Getreuen feierten ihn als »Menschheitsführer«, als Reinkarnation von Aristoteles und Thomas von Aquin. Zunächst leitete Steiner die deutsche Sektion der »Theosophischen Gesellschaft«, überwarf sich aber mit der internationalen Führung. Vor dem Ersten Weltkrieg spaltete er die Sektion ab und gründete die »Anthroposophische Gesellschaft«. Seine Lehre sampelte er aus Versatzstücken von Hinduismus und Buddhismus wie Karma und Wiedergeburt, dazu Evolutionsideen plus christliche Elemente. Daraus entstand etwa die Idee von Christus als inkarniertem Sonnengeist.

**Völkischer Nationalismus**

Den völkischen Nationalismus samt Antisemitismus und Rassismus saugte Steiner bereits in seiner Kindheit und Jugend in Österreich auf, als Student in Wien schrieb er für deutschnationale Zeitungen. Aus dieser Zeit stammt sein Diktum, das Judentum habe »keine Berechtigung innerhalb des modernen Völkerlebens, und dass es sich dennoch erhalten hat, ist ein Fehler der Weltgeschichte, dessen Folgen nicht ausbleiben konnten. Wir meinen hier nicht die Formen der jüdischen Religion allein, wir meinen vorzüglich den Geist des Judentums, die jüdische Denkweise«.

Nach seiner Wende zur Esoterik übernahm Steiner von den Theosoph*innen die Lehre von den Wurzelrassen. Demnach treten auf diesem Planeten sieben Wurzelrassen mit je sieben Unterrassen auf, in denen sich die spirituelle Evolution des Individuums und der Menschheit ausdrückt. Spirituell hoch entwickelte Wesen inkarnieren (»verkörpern sich«) in fortgeschrittenen Rassen, entwicklungsunfähige Wesen in niederen Rassen. Jüdinnen und Juden inkarnieren immer wieder als Jüdinnen und Juden, solange sie sich weigern, Christus anzuerkennen.

In einigen Jahrtausenden würden die Rassen verschwinden, wenn alle Wesen spirituell so weit fortgeschritten seien, dass sie aus dem Jenseits ihre Körper selber formen, prognostizierte Steiner. Diese Stelle zitieren Anthroposoph*innen gerne, wenn sie mit dem Vorwurf des Rassismus konfrontiert werden. Nicht zu Unrecht, denn der anthroposophische Rassismus unterscheidet sich dadurch fundamen-

tal vom nazistischen Rassismus. Den Nationalsozialist*innen ging es in Theorie und Praxis immer nur um die Versklavung sogenannter minderwertiger Rassen und die Vernichtung der Jüdinnen und Juden. Anthroposoph*innen hingegen wollen mit ihrer Lehre alle Menschen von der Bindung an die Materie erlösen.

**Rassistisch und kolonialistisch**

In einem Bericht in einem internen Waldorf-Rundbrief von 1997 über die anthroposophisch orientierte Teeplantage Sekem, die hierzulande von Medien als Musterprojekt gefeiert wurde, heißt es, die Ägypter*innen lebten ganz in der »Empfindungsseelenzeit« wie fast alle Völker und Kulturen im Sonnengürtel der Erde. Sie ließen sich treiben, lebten nicht zielgerichtet, deswegen sei der Autoverkehr in Kairo chaotisch und alles überall unglaublich dreckig. Im Unterschied dazu sei es in Sekem ordentlich und sauber, es herrsche eine arbeitsame, sinnerfüllte Atmosphäre. Der Verfasser führt dies darauf zurück, dass die Führungsstruktur einer der Empfindungsseele der Einheimischen angemessenen »pharaonischen Hierarchie« gleiche und die »meist europäischen Mitarbeiter die Verhältnisse aus der Bewusstseinsseele heraus zielvoll führen«. Diese Bewusstseinsseele ist nach Steiner ein höheres geistiges Wesensglied, über das nur Europäer*innen verfügen.

Selten kommt die Herrenmenschenattitüde so unverblümt zum Ausdruck, die sich hinter ätherischem Gutmenschentum verbirgt. Anthroposophischer Rassismus ist nicht eliminatorisch, aber paternalistisch, er konserviert die kolonialistische Ideologie seiner Entstehungszeit um 1900, als Europäer*innen bis weit hinein in die Sozialdemokratie von der »Bürde des weißen Mannes« sprachen, um die Aufteilung der Welt, das Plündern, Foltern und Morden zu rechtfertigen. Es geschehe zum Wohle der »Wilden« und »Barbaren«, denen man die Segnungen der »Kulturvölker« bringe, hieß es damals.

Mit Liebe zum Detail schilderte Steiner die Eigenschaften vermeintlicher Rassen und bewertete diese. Chines*innen, Japaner*innen oder Koreaner*innen schmähte er als entwicklungsunfähig, andere Gruppen als spirituell minderwertig oder dekadent. Schwarze diffamierte er als von der Hitze der Sonne gesteuerte Triebwesen, was rassistisch-sexistischen Stereotypen entspricht. Slaw*innen wertete er als kindlich und roh ab, ihnen müssten die Deutschen erst Kultur und Zivilisation beibringen.

**»Rassenlehre«**

Eine Grundregel dieser evolutionär-okkulten Rassenlehre besagt, dass »Rassen« bestimmte Aufgaben haben. Ist deren Mission erfüllt und ihre Zeit abgelaufen, haben diese »Rassen« keinen Wert mehr für die weitere spirituelle Evolution. In diesem wahnhaften Schema sollten die Jüdinnen und Juden den Monotheismus schaffen und ein Gefäß, einen Körper für die Reinkarnation von Christus hervorbringen. Demnach wäre ihre Mission mit dem Jahr Null der christlichen Zeitrechnung zu Ende gegangen. Aufgrund dieser wirren Logik gelangte Steiner zu dem Verdikt, das heutige Judentum sei erstarrt und überlebt. Während Steiner die Weißen als »am Geistigen schaffende Rasse« pries, wies er den Deutschen die wichtigste Mission im Weltenlauf zu: Sie seien von höheren Mächten ausersehen, die Respiritualisierung der Welt voranzutreiben. Vor diesem Hintergrund behauptete Steiner, der Erste Weltkrieg sei ein geheimes Manöver angloamerikanischer, freimaurerischer, jüdischer und theosophischer Kreise, die sich gegen Deutschlands Mission verschworen haben. Diese Verschwörungsideologie wurde von Renate Riemeck, einer Galionsfigur der Ostermarschbewegung, Anthroposophin und Ex-NSDAP-Mitglied, 1965 wiederholt.

**Antisemitismus**

Marie von Sivers, Steiners zweite Ehefrau, glaubte an eine jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung. Der Gründer der Christengemeinschaft »Erzoberlenker«, Friedrich Rittelmeyer, verdammte Internationalismus und Pazifismus als abstrakte und blutlose Produkte des jüdischen Geistes. Er verlangte wie die nationalsozialistischen deutschen Christen eine »Reinigung« des Christentums vom »semitischen Wesenscharakter« und predigte ein »germanisches Christentum«, das seinen »semitischen Wesenscharakter« abstreift. Der Anthroposoph Karl König, Begründer der Camphill-Bewegung, behauptete 1965, der Holocaust sei ein karmischer Ausgleich für den Gottesmord, den die Jüdinnen und Juden begangen hätten. In vielen Waldorfschulen führen Schüler*innen sogenannte Oberuferer Weihnachtsspiele auf, die Steiner bearbeitet hatte. Im Dreikönigsspiel treten drei Juden auf, Kaiphas, Pilatus und Jonas, hohe Priester, die König Herodes die Geburt des Kindes in Bethlehem deuten, woraufhin dieser den biblischen Knabenmord anordnet. Den Regieanweisungen Steiners zufolge werden die Juden stereotyp, servil und schmeichlerisch dargestellt.

**Anti-Aufklärung**

Gegen Aufklärung sind Anthroposoph*innen immun: »Daß es verschiedene konstitutionelle Merkmale einerseits zwischen den Rassen gibt, andererseits dann aber auch innerhalb der einzelnen Rassen, lehrt die schlichte Anschauung«, schrieb der Waldorffunktionär Stefan Leber 1993 in einem Standardwerk der Waldorfpädagogik. Er verwies »auf die Leiblichkeit und die darin eingebundenen seelischen Eigenschaften« und meint, es gebe »vom evolutiven Gesichtspunkt Merkmale, die einem früheren oder späteren Entwicklungsstadium angehören; in dieser Hinsicht gibt es dann auch eine Wertigkeit von höher oder niedriger, von fortgeschritten und zurückgeblieben«.

In einer Broschüre der anthroposophischen Zeitschrift »Info 3« hieß es 2007: »Grundlage ihres Weltverständnisses ist die Vorstellung einer immerwährenden Höherentwicklung.« Darum sei Anthroposophie nach Steiner eine »evolutionäre Spiritualität«, das bedeute, »dass es ein Vorne, eine Mitte und ein Hinten gibt, ein Oben und Unten, fortschrittliche und rückständige Zustände«. Alle diese Zustände hätten ihren eigenen Wert: »Sie sind jeweils Bedingung für den nächsten Zustand.« Entwicklung bedeute nicht nur, »dass die Menschheit vom Einfachen und Grundlegenden zum Speziellen und Bedeutsamen fortschreitet. Es bedeutet auch, dass viele der Entwicklungsstadien gleichzeitig existieren können. Nicht die ganze Menschheit und alle Menschen entwickeln sich im Gleichschritt«.

In der »Stuttgarter Erklärung Waldorfschulen gegen Diskriminierung« von 2007 wird unterstellt, Anthroposophie als »Grundlage der Waldorfpädagogik richtet sich gegen jede Form des Rassismus und Nationalismus«. In Steiners Gesamtwerk fänden sich »vereinzelte Formulierungen«, die »nach dem heutigen Verständnis nicht dieser Grundrichtung entsprechen und diskriminierend wirken«. Dieser »Persilschein« zielt darauf ab, Steiner als Kind seiner Zeit darzustellen, was peinlich ist für einen Hellseher. Die Ausrede ist aber vor allem irreführend: Denn es gab damals schon klügere Köpfe als diesen Scharlatan, etwa den Anthropologen Franz Boas oder Rosa Luxemburg, die solchen menschenfeindlichen Ansichten widersprachen.




*#Konsum*

# Einkaufskorb

Lebensmittel, Kosmetik, Bankdienstleistungen, Arzneimittel: Die anthroposophische Subkultur deckt fast alle Lebensbereiche ab – und spült so Geld für Jobs und Infrastruktur in die ideologischen Strukturen. Drei Beispiele.

von Charles Paresse

»Im Bereich Baby-Pflegeprodukte ist WELEDA baby die Nr. 1 bei Hebammenempfehlungen«, wirbt die 1921 gegründete Firma für anthroposophische Pflegeprodukte, Kosmetika und Arzneimittel. Hört man sich unter Eltern um, wird das bestätigt. Die Calendula-Cremes werden gern verwendet. Fürs Kind soll es das Beste sein. Und ohne Chemie darin drohen nun einmal seltener Ausschläge. Was man damit aber zugleich einkauft, steht auch auf der Website des Konzerns: »Weleda ist ein von der Anthroposophie inspiriertes Unternehmen. Nicht nur, weil der Gründer von Weleda, Dr. Rudolf Steiner gleichzeitig Begründer der Anthroposophie war – sondern weil uns seine Ideen zu einer Erneuerung des Heilens und zur biologisch-dynamischen Landwirtschaft nachhaltig beeinflusst haben.« Die Creme ohne passende Ideologie gibt es also nicht. Die Wirkung der Produkte wird mit Hokuspokus erklärt. 2019 setzte das Unternehmen weltweit 430 Millionen Euro um.

Wer sein Geld nicht zu einer Bank bringen will, die es in Waffen oder Autos anlegt, stößt schnell auf die »Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken« (GLS). Sie fördere ein »friedliches Zusammenleben«, ökologische Landwirtschaft, alternative

Energie oder bezahlbaren Wohnraum, heißt es. Wer will das nicht unterstützen? Auch linke Initiativen führen ihre Konten gern dort. Die Gründer*innen der Bank waren anthroposophisch orientierte Menschen, »die Ende der 50er-Jahre eine der ersten Waldorfschulen des Ruhrgebiets gegründet und gemeinschaftlich finanziert hatten, weil keine der örtlichen Banken einen Kredit für eine freie Schule gewähren wollte.« Das Geld der Bank geht bis heute gern als Kredite an Steiner-Schulen, demeter-Höfe oder andere anthroposophische Einrichtungen. Explizit heißt es in der Selbstdarstellung, die Gründer*innen hätten »ideell an Rudolf Steiner angeknüpft.« Immerhin erklärt das Unternehmen, bei Steiner gebe »es einige Stellen, die wir als rassistisch einstufen« und von denen man sich heute distanziere. Doch Steiner als Guru oder sein ideologisches Gedankengebäude in Gänze – dem der Rassismus und das Anti-Rationale nun einmal immanent ist – werden nicht kritisiert. 280.000 Kund*innen hat die Bank und 2019 eine Bilanzsumme von 6,7 Milliarden Euro.

In Deutschland bewirtschaften etwa 1.700 Landwirt*innen etwa 93.000 Hektar Fläche nach den demeter-Richtlinien. Zu dem Verband gehören 320 Hersteller*innen, 100 Hofverarbeiter*innen sowie 140 Partner*innen aus dem Großhandel. demeter ist eine der ganz großen Marken im Naturkostbereich und wuchs zuletzt noch einmal deutlich in der Zahl der Betriebe, der bestellten Flächen und beim Umsatz. Auch Supermarktketten führen die Produkte. Strenge Auflagen und ein asketisches Image sorgen für Glaubwürdigkeit. 2020 wurde das Bio-Siegel zur »nachhaltigsten Marke des Landes« gewählt. Doch anders als zum Beispiel der unideologische Verband »Bioland« wird bei demeter Ideologie mitverkauft. Jeder Cent unterstützt anthroposophischen Irrglauben. In den aktuellen Richtlinien des Verbandes heißt es: »Inspiriert werden wir [...] von den Anregungen der Anthroposophie Rudolf Steiners« und dessen »Landwirtschaftlichen Kurs« von 1924. In seiner Satzung schreibt der Verein, er trete »rassistischen, verfassungs- und fremdenfeindlichen Bestrebungen und anderen diskriminierenden oder menschenverachtenden Verhaltensweisen entschieden entgegen«. Und auch in einer 2020 veröffentlichten kurzen Stellungnahme distanziert sich der Verband. Er reagiert damit aber ebenso dürftig auf Kritik, wie fast die gesamte anthroposophische Szene in den letzten Jahrzehnten. Es gebe nur »einige wenige diskriminierende und damit aus heutiger Sicht inakzeptable Aussagen im umfangreichen Werk Rudolf Steiners«. Eine»Nähe zu rassistischem und völkischem Gedankengut« werde dem Verband nur »unterstellt«. Und über die nicht zu leugnenden Verbindungen von »einzelnen Protagonisten der frühen biodynamischen Bewegung mit dem nationalsozialistischen Regime und der völkischen Bewegung« habe man im Verband »kein kontextualisiertes und gesichertes Wissen« – kein Wunder, denn es interessierte ja auch lang genug kaum jemanden. Für 2024 kündigt demeter nun eine Studie zum Thema an – und wäscht im gleichen Atemzug den Guru rein. Angaben zu Umsätzen der Betriebe in Gänze sind nicht möglich. Aber allein der deutsche Dachverband demeter e. V. hatte 2019 Einnahmen von über 7,3 Millionen Euro.

Die absolute Mehrheit der Käufer*innen von anthroposophischen Produkten sind genauso wenig wie die Produzent*innen und Mitarbeiter*innen der Betriebe und Einrichtungen rechtsradikal oder explizit rassistisch. Dennoch sind sie nicht in der Lage, sich von Steiner und dessen Ideologie, in die nun einmal Rassismus, Antisemitismus und vor allem irrationaler Irrglaube fest eingeschrieben sind, glaubwürdig zu distanzieren. Eine Anthroposophie ohne Steiner kann es nicht geben. Der Guru und sein von Hellseherei, Wiedergeburt und Astrologie getränkter Hokuspokus sind nun einmal weiterhin die Grundlagen für den Umgang mit Kindern, Landwirtschaft, Wirtschaftsweise und den Umgang mit erkrankten oder pflegebedürftigen Menschen – da helfen keine halbgaren Distanzierungen von den übelsten Sätzen im Gesamtwerk.

*#Nostalgie*

# Der braune Entrepreneur

Ob Urlaub auf dem Gutshof am See oder Bio-Rindfleisch, »Manufactum«-Lichtschalter oder Bücher der neuen Rechten. Der Unternehmer Thomas Hoof hat mit seinem Firmengeflecht Millionen gemacht.

von Sören Frerks




Wer ad hoc nach »Manuscriptum« gefragt wird, könnte zunächst an das hochpreisige Edel-Kaufhaus »Manufactum« denken. Ein wohl einkalkulierter Marketingaspekt des neu-rechten Verlags, um seine Bücher unters Volk zu bringen. Als Nischenanbieter bleibt der 1948 geborene Firmengründer Thomas Hoof eher im Hintergrund. Der einstige Grüne, der Anfang der 1980er Jahre sogar deren Geschäftsführer in Nordrhein-Westfalen war, avancierte in den letzten Jahrzehnten zum nationalen Öko. Wo die Reise hingehen sollte, war schon vor 18 Jahren abzusehen, als er sich im Wirtschaftsmagazin »Brand Eins« als konservativ beschrieb. 2012 dann attestierte er in der Zeitschrift »Sezession« den Deutschen eine wertegeleitete Wirtschaftsweise im Gegensatz zur Prinzipienlosigkeit der angelsächsischen Ökonomie (s. drr Nr. 157). Nachhaltigkeit wird bei ihm so zur Kultur- und Identitätsfrage. Dies ist Hoofs ideologischer Bodensatz.

**Widerlegter Klimawandel**

Auf diesem fachsimpelte er 2019 im Interview mit dem neu-rechten Magazin »Cato« (5/2019) über die »energetischen Grundlagen der Moderne« und den materiellen wie geistigen Werteverfall. Darin bringt er zwar wenig neue geistige Ergüsse zusammen – schließlich wirkt es an vielen Stellen wie ein Nachdruck seines »Brand Eins«-Gesprächs von vor zwei Jahrzehnten –, doch ist es aufschlussreich hinsichtlich seines verklausulierten Rechtsdralls. In durchaus querfrontlerischem Duktus plädiert er darin für »weniger Billigprodukte« und einen Protektionismus zum »Neuaufbau von Heimatmärkten«. Sein Ziel: Die Umstellung auf »ortsbezogene statt entortete Lebens- und Wirtschaftsweisen« über die Rückbesinnung auf wahre menschliche Arbeitskraft statt staatlich subventionierter erneuerbarer Energien. Dabei rechnet Hoof auch mit seiner einstigen Partei ab, nicht ohne den »Naturschutz« in Opposition zum »Klimaschutz« zu stellen. Die Grünen seien heute »einer der vielen Tentakel des globalistischen Kraken«, der menschengemachte Klimawandel sei wissenschaftlich längst widerlegt. Letzterer sei dazu da, die weltweite Herrschaft zu stützen, um die »Individuen und sozialen Einheiten stillzuhalten«. Die »globalistischen Machenschaften« sähen es auf eine »unipolare Weltordnung« ab. Solch pseudowissenschaftlich und antisemitisch konnotierte Weltsichten finden bei Anhänger*innen von Verschwörungstheorien reißenden Absatz. George Orwell, der laut Hoof die »globalen Stillsteller« in seiner Dystopie »1984« bereits prognostiziert habe, würde sich wohl im Grabe umdrehen.

**Der Verlag**

Seit der Aufregung von 2015 um PEGIDA-Redner Akif Pirinçci, der bei »Manuscriptum« seine homophobe Hetzschrift »Die große Verschwulung« veröffentlichte, ist es in der Öffentlichkeit ruhig geworden um den Verlag. Gegenüber dem Tagesspiegel hatte sich dieser damals sogar halbgar von seinem Autor distanziert, um »keineswegs in die rechte Ecke gerückt [zu] werden«. Was das wert war, verrät ein Blick in den Online-Shop: Dort wird Pirinçcis Buch noch heute vertrieben. Alles nur opportunistischer Schein, um die Wogen zu glätten und weiter Kasse zu machen. Denn in den letzten Jahren hat sich »Manuscriptum« zum Haus- und Hofverlag der »Alternative für Deutschland« (AfD) gemausert. Dort publiziert der persönliche Referent und Texter von Alexander Gauland, Michael Klonovsky. Der einstige »Focus«-Journalist fabulierte in der Vergangenheit nicht nur über die »Tatsache, dass es unproduktive Unterschicht, Sozialschmarotzer, ja dass es Plebs gibt«, sondern macht als Ursache für den Zehnfachmord von Hanau den »Multikulturalismus« aus. Auch Gauland selbst veröffentlicht im Hause Hoof. So zum Beispiel »Die Deutschen und ihre Geschichte« oder seine »Anleitung zum Konservativsein«.




*Stand des Verlags auf der Frankfurter Buchmesse 2019*

Am bekanntesten im Portfolio von »Manuscriptum« dürfte Björn Höckes 2018 veröffentlichter Interviewband »Nie zweimal in denselben Fluß« sein. Darin phantasiert der Faschist über den »Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch« und »wohltemperierte Grausamkeiten« bei der »Rückführung nicht integrierbarer Migranten«. Für Hoof hat sich das Geschäft mit Höcke sicherlich gelohnt, zumindest hat er eine bislang dreibändige Reihe mit ähnlichen Titeln aufgelegt. So erschien im Jahr darauf die deutsche Ausgabe von »Ich bin Matteo Salvini: Der italienische Staatsmann im Gespräch«, in dem der Ex-Präsident des Mittelmeerlandes zum historischen Staatsmann stilisiert wird. Für dieses Frühjahr ist nun eine Monographie angekündigt, die ähnlich daherkommt: »Make Europe Great Again. Die neurechte Politikergeneration« heißt der Titel, der Viktor Orbán, Marine Le Pen und Co. zu kleinen Trumps kürt. Geschrieben von Petr Bystron – jenem AfD-Bundestagsabgeordneten, gegen dessen Mitarbeiterin aktuell wegen Kriegswaffenschmuggels ermittelt wird.

**»Degenerierte Natur und Gesellschaft«**

Darüber hinaus bietet »Manuscriptum« die schöngeistig daherkommenden neu-rechten Hefte »Tumult« und »Cato« an. Und passend zu Hoofs Selbstbeschreibung, sich mit Land- und Waldwirtschaft zu befassen, kann man bei ihm Nachdrucke vom »Ratgeber für den praktischen Landwirt« aus den Fünfzigerjahren und des »Naturkundlichen Wanderbuchs« von 1963 erstehen. Nur einen Klick weiter bekommt man »Das Migrationsproblem« des einstigen Umwelthistorikers Rolf Peter Sieferle präsentiert, der vor seinem Tod den »Nationalsozialismus, genauer Auschwitz« zum »Mythos« erklärte. Für Hoof ist er offensichtlich dennoch bis heute ein Vorbild, zumindest hat der Verleger sein Gesamtwerk neu herausgebracht, sogar mit persönlichem Nachwort. Außerdem erhält man im Onlineshop die rechte Öko-Zeitschrift »Die Kehre« aus dem Umfeld der »Identitären Bewegung«. Sie erscheint seit Anfang 2020, just nachdem das NPD-nahe Magazin »Umwelt & Aktiv« zum Vorjahresende eingestellt wurde.

Gleich daneben findet sich eine Schrift von Michael Beleites mit dem klingenden Titel »Lebenswende. Degeneration und Regeneration in Natur und Gesellschaft«, versehen mit einem Geleitwort des Verlegers. Ein Umstand, der sicher kein Zufall ist. Schließlich hat Beleites ausgehend von der DDR-Umweltbewegung einen beachtlichen Rechtsschwung vollzogen. Als einstiger Bürgerrechtler, Berater von Greenpeace und den Grünen sowie sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen verkörpert er nunmehr die Öko-Rechte. Einerseits betreibt er sein Bio-Unternehmen »Blankensteiner Blumen GbR«, andererseits trat er auf der Winterakademie des »Instituts für Staatspolitik« auf, lieferte das Vorwort zum Buch »Pegida. Spaziergänge über den Horizont« und schreibt für »Die Kehre«. Eine ideologische Liaison, wie sie nicht besser zu Hoofs Stoßrichtung passen könnte.

In eben dieser Weise adressiert Hoof seine Kund*innen auch großflächig im »Compact«-Magazin von Jürgen Elsässer – dessen Buch »Nationalstaat und Globalisierung« er verlegt – mit mehrseitigen von ihm signierten Annoncen und der Botschaft: »Bleiben Sie geistig immun«. Neben einschlägigen Werken wie »Beschränkt souverän. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland als ‹Weststaat›« werden Titel wie »Die tätige Landlust« oder »Der Küchen- und Blumengarten« beworben. Außerdem gibt es Anzeigen mit Kugelschreibern »für Kopfarbeiter« aus seinem Hause.

Ein insgesamt wohl lukratives Geschäft unter dem Dach der »Thomas Hoof Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG«. Deren Online-Auftritt bringt das zusammen, was das Herz rechter Ökos und völkischer Siedler*innen mit dem nötigen Kleingeld höherschlagen lässt: Ferien auf seinem »Gut Manhagen« bei Kiel als Urlaubsdomizil, Fleisch von der »Essbare Landschaften GmbH & Co. KG« und Lichtschalter, die an das frühe zwanzigste Jahrhundert erinnern. Auch »Manuscriptum« mit der zweideutigen Anspielung »Lebenspraktisch Querdenken« darf nicht fehlen.

**Geschäfte mit der »Otto Group«?**

Genug Grund zur Aufregung möchte man meinen. Doch den letzten Trubel um Hoof gab es 2018, nachdem die in Nordrhein-Westfalen ansässige »Manuscriptum Verlagsbuchhandlung« von Waltrop ins benachbarte Lüdinghausen zog. Damals gab es Proteste von der Zivilgesellschaft bis zum Bürgermeister des Städtchens. Dabei kam ein pikantes Detail ans Licht, das Zweifel an den Distanzierungsbemühungen vom »Manufactum«-Warenhaus gegenüber Hoof nährt. Denn dieser hat beim millionenbringenden Verkauf seines Nobelshops an die »Otto Group« im Jahr 2008 nicht nur den Verlag »Manuscriptum«, sondern die einstige Entwicklungsabteilung behalten, die heute als »Thomas Hoof Produktgesellschaft mbH & Co. KG« firmiert. Und mit dieser pflegt er offenbar Verbindungen zu den neuen Eignern von »Manufactum«, online bieten sie augenscheinlich eine Duscharmatur sowie Retro-Lichtschalter und -Steckdosen aus seiner Produktschmiede an.

*#KeinZufall*

# Die extreme Rechte und Esoterik

von Moritz Maurer

Wir alle haben die Bilder noch vor Augen: Ein Mann in einem bizarren Fellkostüm, Jake Angeli, stürmt mit anderen das Kapitol in Washington. Menschen auf »Querdenken«-Demos meditieren über das Grundgesetz. Andere sind fast schon wieder vergessen: Burghard Bangert, der sich Burgos von Buchonia nennt, in seinem Druidenkostüm, Xavier Naidoos Rede auf einer »Reichsbürger«-Demonstration. Immer wieder wird von massenmedialer Seite ein flüchtiger Blick auf die Verbindung zwischen extremer Rechten und Esoterik gerichtet, schnell gerät das Thema dann aber auch wieder in Vergessenheit. Die Reaktionen ähneln sich häufig: Von seltsamen Querfronten zwischen den vermeintlich unpolitischen oder zumindest harmlosen Esoteriker*innen und Rechtsradikalen ist die Rede. Oder davon, dass sich solche Einstellungen plötzlich massenweise unter einer Bevölkerung verbreiten würden, die weder mit dem einen noch dem anderen gewöhnlich viel zu tun hätte. Gleichzeitig bieten die genannten Beispiele ein leichtes Ziel für Spott und Hohn. Bizarr erscheinen die Auftritte und Vorstellungen. Dem komplexen Problemfeld der rechten Esoterik wird man aber nicht dadurch gerecht, dass man sich an Äußerlichkeiten abarbeitet. Die vielfältigen Verbindungen sollen hier anhand einiger wichtiger Personen und Gruppen beispielhaft besprochen werden. Denn um die Verbindungen der beiden zu verstehen hilft ein Blick in die Geschichte.

**»Theosophische Gesellschaft«**

Esoterik als Begriff ist nur schwer zu fassen. Im allgemeinen Sprachgebrauch versteht man darunter eine kaum überschaubare Masse an Gruppen, spirituellen Strömungen, Geheimlehren und okkulten Praktiken. Eine Gemeinsamkeit, die diese mit rechten Vorstellungen teilen, ist ihre weite Verbreitung in der deutschen Bevölkerung. Allein statistisch scheint es also naheliegend, unter allen politischen Strömungen Menschen zu finden, die sich auf die eine oder andere Art und Weise mit Lehren oder Praktiken aus diesem Feld befassen. Aussagen in diesem Text können deshalb nie die gesamte Bandbreite der esoterischen Szene abbilden.

Auch wenn viele Gruppen die Geschichte der eigenen Lehre oft in graueste Vorzeit zurückführen, ist die moderne Esoteriklandschaft eigentlich ein Produkt der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In dieser Zeit entstand mit der »Theosophischen Gesellschaft« eine der bedeutendsten Bewegungen der neueren Religionsgeschichte, deren Einfluss weit in die heutige esoterische Landschaft reicht. Gegründet wurde sie 1875 von Henry Steel Olcott und Helena Petrovna Blavatsky. Die »Theosophische Gesellschaft« trat an, das geheime Wissen der Menschheit zu offenbaren und den Menschen damit einen Weg zur eigenen Vervollkommnung aufzuzeigen. Politisch spielte sie vor allem in Südasien eine bedeutende Rolle, wo führende Theosophen und Theosophinnen sich in der antikolonialen Unabhängigkeitsbewegung engagierten. Gleichzeitig wurde die theosophische Rassentheorie, die Lehre von den sogenannten Wurzelrassen, von den verschiedensten Gruppen aufgenommen. Auf dieser Grundlage entwickelte Rudolf Steiner seine eigene Rassenlehre. Steiner hatte 1912 die »Anthroposophische Gesellschaft« gegründet, die im deutschsprachigen Raum große Teile der dortigen Theosophie in sich aufnahm. Aus ihr entwickelten sich Strömungen wie die Waldorfpädagogik und die »Christengemeinschaft«. Allgemein war die Esoterik nicht mit einer bestimmten politischen Strömung verbunden, Anhänger*innen fanden sich im gesamten politischen Spektrum.

**Reaktion auf die Moderne**

Allerdings war die Epoche geprägt durch ein weit verbreitetes Unbehagen bezüglich der Folgen des Kapitalismus. Die gefundenen Lösungsansätze wurzelten oft nicht in einer Kritik der materiellen Bedingungen, sondern in regressivem Antimodernismus und Antimaterialismus. Verschwörungsglaube lag insofern in allen diesen Strömungen als Erklärung nahe. Steiner selbst machte zum Beispiel schwarzmagische Logen für die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg verantwortlich. In diesem Kontext entstanden auch Sozialdarwinismus und moderner Antisemitismus. Bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts waren solche Vorstellungen sowohl bei Vertreter*innen aller politischen Lager als auch in der Esoterik zu finden. Mit dem Aufkommen der völkischen Bewegung liegen hier auch die Anfänge der modernen extremen Rechten im deutschsprachigen Raum. Man muss also keine besondere Wesensverwandtschaft zwischen rechter Ideologie und Esoterik behaupten. Beide schöpften aus einem Vorrat weitverbreiteter Vorstellungen und Ideen. Durch dieses geteilte Erbe bestehen immer wieder gegenseitige Anknüpfungspunkte. Ein Beispiel ist das Verhältnis zur modernen Medizin. Materielle Erklärungen für Krankheiten werden zugunsten »ganzheitlicher« Deutungen verworfen. Ein bekanntes Beispiel ist die antisemitische »Germanische Neue Medizin« Ryke Gerd Hamers. Die Muster bleiben gleich: Wie Steiner die Niederlage Deutschlands nicht materiell begreifen konnte, erklären »Querdenker*innen« heute die Ausbreitung des Corona-Virus mit einer Verschwörung dunkler Kreise. Hier knüpft wiederum die »Alternative für Deutschland« (AfD) an, wenn zum Beispiel Alexander Gauland im November letzten Jahres im Bundestag vor einer »Gesundheitsdiktatur« warnt und führende Politiker*innen auf Corona-Demonstrationen sprechen.

**»Ariosophie«**

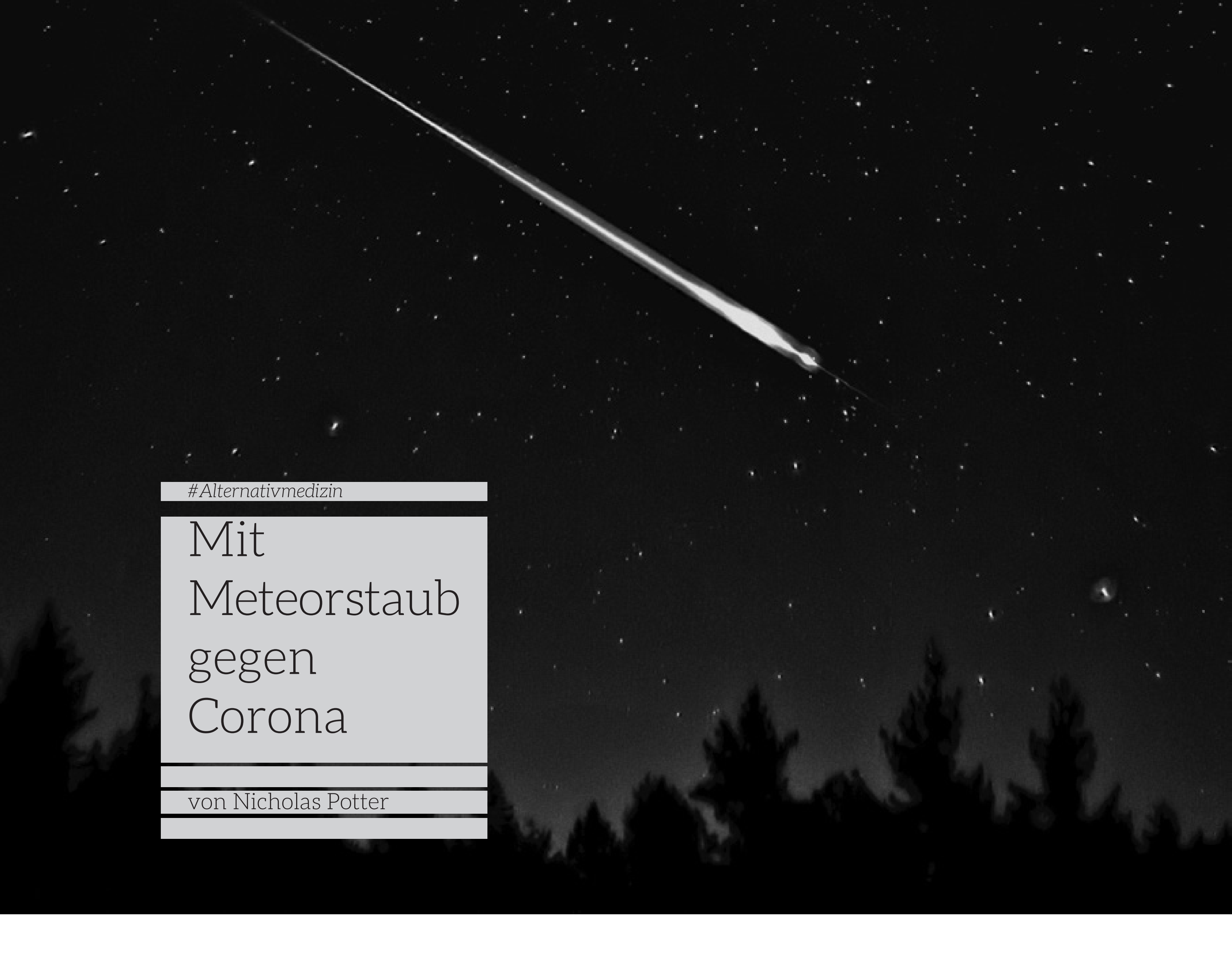
Zu Ende des 19. Jahrhunderts entstand eine besonders einflussreiche Form rechter Esoterik, die »Ariosophie«. Populäre Vorstellungen über die rassische Höherwertigkeit der Deutschen und Antisemitismus verbanden sich hier mit Vorstellungen unter anderem

> »Wie Steiner die Niederlage Deutschlands nicht materiell begreifen konnte, erklären »Querdenker*innen« heute die Ausbreitung des Corona-Virus mit einer Verschwörung dunkler Kreise.«

der Theosophie. Die beiden Hauptströmungen wurden von Guido List und Adolf Josef Lang, der sich selbst Jörg Lanz von Liebenfels nannte, in Österreich-Ungarn begründet. Oft wird sie als angeblicher okkulter Hintergrund des Nationalsozialismus (NS) bemüht. An der Entstehung dieser Idee war zumindest Liebenfels selbst beteiligt, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg als eine Art Ideengeber Adolf Hitlers darstellte. Viel diskutiert wird auch der vermeintliche Einfluss der »Thule-Gesellschaft« des Okkultisten Rudolf von Sebottendorf, die 1918 in München gegründet wurde.
Spätestens seit Nicholas Goodrick-Clarkes »Die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus« kann als gesichert gelten, dass der ideologische Einfluss dieser Zirkel auf den Nationalsozialismus vernachlässigbar war. Vielmehr bezogen sowohl Okkultist*innen als auch Nationalsozialist*innen ihre Ideen aus dem gängigen Pool antimoderner und antiaufklärerischer Narrative. Goodrick-Clarke nennt die »Ariosophie« deshalb »Symptom« und nicht Ursache des NS. Vorstellungen aus der Esoterik spielten für wenige führende Nationalsozialisten eine Rolle. Während zum Beispiel Heinrich Himmler und Rudolf Heß gewisse Sympathien für sie hegten, lehnten Hitler und Joseph Goebbels sie ab. Die meisten Vereinigungen, unter anderem auch die »Anthroposophische Gesellschaft«, wurden im Laufe der nationalsozialistischen Herrschaft verboten – was jedoch für viele Anthroposoph*innen kein Hindernis war, sich selbst als Nationalsozialist*innen zu sehen. Mag ihr Einfluss auf den historischen Nationalsozialismus auch gering sein: Vorstellungen der »Ariosophie«, zum Beispiel Lists Runenlehre, wirken bis weit in die moderne esoterische und neopagane Szene fort.

**»Vril-Energie«**

Nicht erst seit Corona greifen Esoteriker*innen Themen und Debatten der Populärkultur auf. Bereits im 19. Jahrhundert hatte Blavatsky das heute bei Neonazis beliebte Konzept der »Vril-Energie« aus einem Unterhaltungsroman übernommen. In den 1940ern griff man das Thema UFOs auf. So etwa auch die Mitglieder des sogenannten »Wiener Zirkels«. Diese Gruppe, teils ehemalige SS-Angehörige, popularisierte und synthetisierte Ideen der »Ariosophie« mit Hohlweltvorstellungen, dem Bild von geheimen Nazibasen am Südpol und den damals populären UFOs in Gestalt sogenannter »Reichsflugscheiben«. Diese Unternehmungen wurden zunächst von der »Tempelhofgesellschaft« und heute von der Gruppe »Causa Nostra« weitergeführt. Personen aus diesem Umfeld waren in verschiedenen rechten Organisationen und Parteien Mitglied. Hier findet sich auch der Ursprung des Symbols der »Schwarzen Sonne«. Diese geisterte bereits vorher durch Schriften der Gruppe, wurde jedoch erst 1991(!) mit der heute bekannten Form verbunden. Von dort trat das Symbol seinen Siegeszug durch die Naziszene an. Auch weit darüber hinaus glaubte man plötzlich, es mit einem uralten Symbol zu tun zu haben. Die Wahnvorstellungen aus diesem Umfeld werden mittlerweile in der Populärkultur persifliert – zum Beispiel in den Wolfenstein-PC-Spielen oder Iron-Sky-Filmen – andererseits haben sich diese Mythen in Teilen der neonazistischen Subkultur etabliert.
Bereits die Theosophen und Theosophinnen nutzten erfolgreich Druckmedien, um über den stetig wachsenden Markt an Leser*innen ihre Ideen weit über die Reihen ihrer eigentlichen Mitglieder hinaus zu popularisieren. Bis heute spielt der Buchmarkt eine bedeutende Rolle in der Verbreitung esoterischer Lehren und Praktiken. Werke wie »The Secret« von Rhonda Byrne verkaufen sich millionenfach. Eine wichtige Rolle bei der Vermittlung esoterischer und rechter Inhalte kommt in Deutschland dem »Kopp Verlag« aus Rothenburg am Neckar zu. Geschickt verbindet der Verlag Publikationen zu pseudomedizinischen Themen, Geschichtsrevisionismus und Verschwörungstheorien – und das sehr erfolgreich. »Alte« Weisheit, ökonomisches Geschick und moderne Technik schließen sich anscheinend nicht aus. Besonders online boomt die Vernetzung von esoterischer und rechter Szene. Es wird für kleine Gruppen einfacher, über ihren direkten Mitgliederkreis hinaus zu wirken, zugleich sind Informationen und die Bestätigung des eigenen Weltbilds für die User*innen leicht zugänglich.
Die extreme Rechte und Esoterik finden also nicht schicksalhaft, aber auch nicht zufällig zusammen. Vorstellungen wie Kollektivismus, Irrationalismus oder Rassenlehre müssen nicht von allen Akteur*innen geteilt werden. Auch werden sie in beiden Szenen nicht gleich verhandelt. Doch teilen sich beide ein Repertoire an Vorstellungen, auf das sie immer wieder zurückgreifen können, und die gegenseitig anschlussfähig bleiben.



*#Alternativmedizin*

# Mit Meteorstaub gegen Corona

von Nicholas Potter

In Deutschland gibt es 14 stationäre Einrichtungen der anthroposophischen Medizin, die den Lehren des esoterischen Philosophen und selbsternannten Hellsehers Rudolf Steiner folgen – darunter neun Akutkrankenhäuser. Diese anerkannten medizinischen Kliniken ergänzen konventionelle Behandlungen mit anthroposophischen Ansätzen. Ob und wie Menschen dort behandelt werden, soll ihre freie Wahl sein. Aufgrund der Covid-19-Pandemie ist das Gesundheitswesen am Limit: Jedes Intensivbett zählt. Daher werden manche Patient*innen mit einem schweren Verlauf des Virus in anthroposophische Krankenhäuser eingeliefert – auch ohne ihre Einwilligung. So kann es in kritischen Fällen dazu kommen, dass sie nicht mehr zustimmen können, ob sie mit pseudowissenschaftlichen Medikamenten wie Meteorstaub und Ingwerwurzeln behandelt werden wollen.

Zu den größten anthroposophischen Krankenhäusern in Deutschland zählen die Filderklinik nahe Stuttgart sowie die Gemeinschaftskrankenhäuser Havelhöhe in Berlin und Herdecke in Witten-Herdecke. Dort kommen neben konventionellen, wissenschaftlich entwickelten ärztlichen Behandlungen auch anthroposophische Ansätze zur Anwendung, deren Wirksamkeit medizinisch nicht belegt ist.

**»Jüdisch-marxistische Schulmedizin«**

Die Unterscheidung von »Schulmedizin« und »Alternativmedizin« ist aus mehreren Gründen problematisch. Zum einen unterliegt die Medizin wissenschaftlichen Prinzipien. Das macht sie inklusiv: Wenn eine neue Behandlung, ein neues Medikament, nachweislich wirksam ist und zugelassen wird, gehört es ebenfalls zur medizinischen Praxis. Schon deshalb ist der Begriff »Alternativmedizin« äußerst bedenklich. Niemand würde von »alternativer Physik« oder »alternativer Mathematik« sprechen. Ein Ansatz, der wissenschaftlicher Überprüfung nicht standhält und dennoch praktiziert wird, ist eine Ideologie – eine gefährliche. Eine solche faktenresistente und nicht evidenzbasierte Denkweise bietet einen fruchtbaren Boden für Verschwörungsideologien. Es zählt, was man fühlt und glaubt, nicht was mit Fakten und experimentellen Prüfungen bewiesen werden kann. Wo eine solche Wissenschaftsskepsis im schlechtesten Fall hinführen kann, sieht man in den verschwörungsideologischen »Querdenken«-Protesten seit dem Ausbruch der Pandemie. Wenngleich sich in der Anthroposophie viele von den Coronaleugner*innen distanzieren, fallen die jeweiligen Botschaften vermehrt auf fruchtbaren Boden.

Da wissenschaftliche Evidenz in der Anthroposophie so wenig wert ist, sind in dem Milieu auch viele Impfgegner*innen zu finden. Rudolf Steiner äußerte sich häufig zum Thema Impfen. 1917 schrieb er, dass Impfungen künftig dazu führen könnten, dass der »menschliche Leib nicht zu dem Gedanken kommt: Es gibt eine Seele und einen Geist«. 1924 schrieb er: »Der Mensch kann sich nicht mehr erheben aus

einem gewissen materialistischen Fühlen. Und das ist doch eigentlich das Bedenkliche an der Pockenimpfung.« Anthroposophische Zeitschriften wie die Erziehungskunst kritisieren, dass gegen »relativ harmlose Krankheiten« geimpft wird – und stuft Röteln, Grippe und die potenziell lebensbedrohlichen Masern als »entwicklungsfördernde Krankheiten« ein.

Waldorfschulen standen schon mehrfach im Zentrum von Masernepidemien. Eine Studie des Journal of Infectious Diseases konnte zeigen, dass zwischen 2005 und 2009 sechs der neun größeren Masernausbrüche in Deutschland, Österreich und der Schweiz an Waldorf-Einrichtungen auftraten. Das Gesundheitsamt stellte 2013 nach einem Masernausbruch in einer Waldorfschule in Nordrhein-Westfalen fest: Nur 25 Prozent der 400 Schüler*innen hatten ausreichenden Impfschutz. Dieser Trend ist angesichts der aktuellen Covid-19-Pandemie besonders alarmierend.

Interessant ist aber auch, woher der Begriff der »Schulmedizin« stammt: Er stammt vom deutschen Homöopathen und Arzt Franz Fischer, der 1876 das Wort erfand, um mit diesem Kampfbegriff die evidenzbasierte Medizin zu diskreditieren. Diese Stigmatisierung führten die Nationalsozialisten fort: Die »jüdisch-marxistische Schulmedizin« stand den Ansätzen der »Naturärzte« gegenüber. Anstelle der »verjudeten Schulmedizin« sollte eine »neue deutsche Heilkunde« treten, die auf Volks- und Naturheilverfahren basiert. Dennoch benutzen bis heute nicht nur Organisationen wie der Verband Anthroposophischer Kliniken e. V. den Begriff »Schulmedizin«, sondern beispielsweise auch die Techniker Krankenkasse.

Die »Alternativmedizin« genießt in Deutschland – anders als in vielen anderen Ländern – ein besonderes Ansehen. Anthroposophische Medizin, zu der auch Homöopathie zählt, gilt in der Bundesrepublik als »besondere Therapierichtung« – eine Sonderrolle, die bedeutet, dass homöopathische Arzneimittel und anthroposophische Therapien nicht denselben gesetzlichen Anforderungen unterliegen wie die übrigen Medikamente und Behandlungen. Das heißt: Anthroposophische Medikamente müssen in der Regel nicht zugelassen, sondern lediglich registriert werden. Ein Nachweis der Wirksamkeit wird nicht gefordert, auch nicht, wenn ein homöopathisches Mittel doch ein Zulassungsverfahren durchlaufen muss. Bislang wurde noch kein homöopathisches Mittel zugelassen, bei dem sich der Hersteller auf eine Studie berufen hätte.

**Ein boomendes Geschäft**

Die »Alternativmedizin« ist ein lukrativer Markt: Der jährliche Umsatz der Homöopathie-Branche allein beträgt 670 Millionen Euro. Die Kosten für einen stationären Aufenthalt und die Behandlung in einem anthroposophischen Krankenhaus übernehmen in Deutschland allerdings die gesetzlichen Krankenkassen. Auch in Italien, Schweden, Großbritannien und in der Schweiz gibt es anthroposophische Kliniken, in der Regel müssen sich allerdings Patient*innen in diesen Ländern selbst an den Kosten beteiligen.

Während der aktuellen Pandemie wurde unter Aufsicht der Berliner Charité ein Netzwerk aus 16 Krankenhäusern etabliert, die Covid-19-Erkrankte in kritischem Zustand intensiv betreuen können. Dazu gehört unter anderem das AnthroMed-zertifizierte Gemeinschaftskrankenhaus Havelhöhe. Laut eigenen Angaben werden Covid-19-Patient*innen in solchen anthroposophischen Krankenhäusern unter anderem mit homöopathischen Zuckerkügelchen mit stark verdünnten Meteoreisenfragmenten und warmen Brustkompressen mit Ingwerwurzelstock behandelt. Selbst eine Sprecherin des Gemeinschaftskrankenhaus Havelhöhe, wo diese Behandlungen laut dessen ärztlichen Leiter ergänzend zu konventionellen Covid-19-Behandlungen durchgeführt werden, bestätigte gegenüber dem britischen Observer, dass bislang keine wissenschaftliche Studie die Wirksamkeit dieser Behandlungen nachgewiesen habe.

Im Oktober 2020 behauptete Prof. Dr. med. Harald Matthes, ärztlicher Leiter und Geschäftsführer des Gemeinschaftskrankenhauses Havelhöhe, im Interview mit der anthroposophischen Zeitschrift Erziehungskunst, im Krankenhaus seien zu diesem Zeitpunkt keine Covid-19-Patient*innen gestorben. Dies spreche für einen Erfolg der anthroposophischen Behandlungen, so Matthes. Im Gespräch mit dem Observer sagte Matthes, die Letalitätszahl liege mittlerweile bei 12,4 Prozent unter Patient*innen mit Covid-19 im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt von 24 Prozent – was ebenfalls für die Wirksamkeit der anthroposophischen Behandlungen spreche.

Diese statistische Diskrepanz wertet die Charité allerdings anders: Auf Anfrage des Observer sagte eine Sprecherin, dass die schwersten Verläufe des Corona-Virus im eigenen Krankenhaus behandelt werden, nicht in Havelhöhe. Ähnlich sieht es Prof. Dr. med. Stefan Kluge, Klinikdirektor des Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf: »Solche Behauptungen mitten in einer Pandemie zu machen, ist höchst unprofessionell und birgt das Risiko, Patienten*innen zu verunsichern«, sagte er ebenfalls dem Observer. Die Letalitätszahl in einem Krankenhaus sei immer von der Schwere des Zustands der Patient*innen abhängig, die dort eingeliefert werden, so Kluge weiter.

**Kügelchen und Herzenskräfte**

Die pseudowissenschaftlichen Covid-19-Behandlungen, die in Krankenhäusern wie der Havelhöhe praktiziert werden, wurden erstmals im März 2020 auf Anthromedics veröffentlicht – eine anthroposophische Internetplattform der School of Spiritual Science in Dornach in der Schweiz, die als Hauptsitz der globalen anthroposophischen Bewegung gilt. Im Artikel heißt es, die Substanzen Phosphor, Quarz und Meteoreisen, die in Meteoriten vorkommen und in extrem verdünnten Mengen in den Kügelchen präsent sind, »zeigen eine starke Beziehung zu Licht«. Diese »innerliche Licht-Beziehung« im menschlichen Körper werde durch die Kügelchen verstärkt, so die anthroposophische Medizin. Und so werden Covid-19-Erkrankte angeblich wieder gesund. Im Interview mit dem anthroposophischen Magazin Erziehungskunst sagt der Havelhöhe-Leiter Harald Matthes, dass anthroposophische Therapiekonzepte eine »Steigerung der Selbstheilungskräfte« bewirken würden. In anderen Worten: Die anthroposophische Medizin geht davon aus, dass Menschen sich mit etwas Meteorstaub durch ihre eigenen Gedanken selbst heilen könnten.

Geliefert werden die Meteorstücke von der Wala Heilmittel GmbH, einem anthroposophischen Arzneimittelhersteller: Für 11,51 Euro kann man 20 Gramm »Meteoreisen Globuli Velati« bei Online-Apotheken kaufen. Auf Anfrage des Observer sagte eine Sprecherin des Unternehmens, die Kügelchen enthielten zermahlene Überreste von Meteoriten, die nicht vollständig verglüht seien, nachdem sie durch die Erdatmosphäre gefallen seien. Und so wird aus Sternschnuppen ein vermeintliches Heilmittel gegen das tödliche neuartige Corona-Virus.

Falls die Kügelchen doch nichts bringen, wovon auszugehen ist, hilft womöglich auch etwas Liebe. Das glaubt zumindest Prof. Dr. med. Harald Matthes, leitender Arzt in Havelhöhe: »Ein risiko-stratifizierter angemessener Umgang mit der Pandemie ist nur durch verstehende Herzenskräfte möglich«, sagt er im Interview mit der Erziehungskunst. Was er damit meint, steht sprichwörtlich in den Sternen.



*#Interview*

# Grenzen verschwimmen

Über die Verbreitung der Anthroposophie im Alltag und schwindende Grenzen zur radikalen Rechten sprach Paul Wellsow für »der rechte rand« mit Oliver Rautenberg. Auf seinem »anthroposophie.blog« berichtet der freie Journalist über »Wirres aus der Welt der Anthroposophie«.

**drr: Anthroposophische Einrichtungen bieten ein Rundum-Sorglos-Paket: Die Kinder gehen in die Waldorf-Schule, das Gemüse kommt von demeter und das Geld liegt bei der GLS-Bank. Welche Verbreitung hat die Anthroposophie heute?**
Oliver Rautenberg: Man kann sein gesamtes Leben in diesem Kosmos zubringen. Die Anthroposophie ist verbreitet und wirkt in die Gesellschaft. Oft macht sie es zu Recht, weil viele Ziele aus den Praxisfeldern nachvollziehbar sind: Wir wollen alle besseres Essen, wir wollen alle bessere Schulen ohne Druck, eine sanfte Medizin oder ein ethisches Bankwesen. Da kommt man schnell an die Anthroposophie, die zum Beispiel im Bio-Sektor Vorreiterin und Marktführerin ist. Die Schwierigkeit ist aber, dass man nicht nur die Vorteile, sondern das Gesamtpaket inklusive der Esoterik einkauft.

**In welchen Schichten der Gesellschaft ist die Anthroposophie verbreitet?**
Es ist ein Klischee, dass die Anthroposophie aus einem links-grünen Spektrum kommt. Dafür gibt es zwar auch Gründe, so war zum Beispiel eine Gründungsströmung der Grünen die Anthroposophie. Inzwischen zieht sie sich aber durch alle Gesellschaftsschichten und politische Spektren. Wer schickt heute seine Kinder zur Waldorf-Schule? Das sind nicht nur Grüne, es waren auch Helmut Kohl oder Gerhard Schröder. Besonders Akademikerinnen und Akademiker fühlen sich angezogen. Und eher wohlhabendere Menschen tendieren dazu, sich hochwertiges Bio-Essen oder eine Privatschule zu leisten. Das sieht man auch bei den »Querdenkern«: Da sind viele dabei, die einen wohlhabenden oder akademischen Background haben, die sich eher für links-grün halten, aber in ihren Handlungen und Entscheidungen für künftig zu wählende Parteien nach rechts tendieren. Weniger verbreitet ist die Anthroposophie in den unteren Schichten der Gesellschaft.

**Waldorf-Eltern oder Käufer*innen von demeter-Produkten argumentieren gerne, die esoterische und teils rassistische Ideologie vom Gründer der Anthroposophie, Rudolf Steiner, spiele im Alltag keine Rolle. Geht das überhaupt: Waldorf ohne Steiner oder demeter ohne Anthroposophie?**
Ich halte das nicht für denkbar. Ich finde es naiv von Waldorf-Eltern zu glauben, dass die Anthroposophie und ihr religiöser oder auch sektenhafter Charakter in der Schule keine Rolle spielen würden. Es kann keine Steiner-Schule ohne Steiner geben, weil diese Reformpädagogik in ihren Kernelementen seit 100 Jahren unverändert geblieben ist und ein starker Bezug zum Schulgründer festzustellen ist. Der Lehrplan für die Waldorf-Schulen in Österreich steht zum Beispiel frei im Netz. Da kommen Dinge wie Seelenbilde-Kräfte oder Äther- und Astralleibe vor, da wird 200 Mal Steiner zitiert. Da geht es um Anthroposophie, auch wenn sie kein Schulfach ist. Wichtig ist mir zu betonen, dass die Praxisfelder – zum Beispiel Medizin, Schule oder Landwirtschaft – mit Steiners Rassismus nichts mehr zu tun haben. Die Waldorf-Schule ist keine rassistische Schule. Aber es fehlt die grundsätzliche Distanzierung vom Rassismus des Schulgründers. Und wenn es Ansätze der Distanzierung gibt, dann wird die Ideologie Steiners oft als »zeittypisch« verklärt oder es wird behauptet, er werde nur vereinnahmt und habe das alles nicht so gemeint. Es wird relativiert, dass es die rassistischen Aussagen nur in homöopathischen Dosen in Steiners Werk gebe. Ich sehe die Gefahr durch die Anthroposophie in der Praxis heute nicht so sehr in den rassistischen Einstellungen, sondern in dem Trend dieser Gemeinde, Evidenz- und Wissenschaftsbasiertes abzulehnen. Zum Beispiel ist man skeptisch gegen »Schul«-Medizin oder gegen Impfungen. Aber es werden auf der anderen Seite Dinge wie Homöopathie oder anthroposophische Medizin, Esoterik oder Astrologie akzeptiert. Da sehe ich die Gefahr, dass Menschen aus rationalem Denken aussteigen.

**Wie führt man eine kritische Debatte mit Anthroposoph*innen, wenn deren Überzeugungen auf Irrationalismus basieren?**
Ich verfolge das Thema seit 10 Jahren und habe früher viel diskutiert. Wenn ich heute erkenne, dass mein Gegenüber ein streng gläubiger Anthroposoph ist, mache ich das nicht mehr, denn Glauben kann man nicht aus den Köpfen rausdiskutieren. Ich toleriere den Glauben. Aber wenn das die Grundlage für Pädagogik oder Medizin ist, dann hört die Toleranz auf. Nur wissen viele Nutzerinnen und Nutzer nichts über die Hintergründe. Sie wissen nicht, dass es bei der Waldorf-Pädagogik auch um Reinkarnation und Karma geht, dass es bei anthroposophischer Medizin auch darum geht, die Aura des Menschen zu heilen oder dass der demeter-Bauer alchemistische Rituale macht und Astrologie zu betreiben hat. Es ist in Ordnung, bewusst zu sagen, ich nehme die demeter-Esoterik in Kauf, weil ich zum Beispiel gute Tierhaltung will. Aber schwierig ist es, wenn man zum Beispiel aus esoterischen Gründen eine Impfung ablehnt.

**Welche Reaktionen erhältst Du auf Deinen Blog?**
Viele sind froh über den Blog, weil es zu wenig Informationen zum Thema gibt und ich dort gut belegte Fakten veröffentliche. Doch die Anthroposophen und Gläubigen sparen nicht mit Kritik. Die empfinden es als unerhörte Dreistigkeit, ihren Glauben zu kritisieren. Als Nicht-Eingeweihter, der die spirituelle Philosophie nicht verstehen kann, sei man gar nicht fähig, Kritik zu üben. Es gibt böse Briefe und Anzeigen gegen mich, Unterlassungsforderungen bis hin zu handfesten Drohungen gegen Leib und Leben. Doch bisher hat mir das aber nicht zum Nachteil gereicht.

**Bei den Querdenken-Demonstrationen laufen heute Anthroposoph*innen neben Neonazis und rechte Lehrer*innen arbeiten an Waldorf-Schulen. Sind das nur Einzelfälle oder gibt es eine systematische Nähe?**
Ich halte weite Teile der Anthroposophie oder der Waldorf-Bewegung nicht für rechts oder rassistisch – auch wenn man sich vom Rassismus Steiners nicht distanzieren kann. Trotzdem ist man offen für rechte Meinungen oder vom Mainstream abweichende Meinungen. Das geht bis dahin, wie ein »Querdenker« und Stuttgarter Waldorf-Funktionär offen sagt, dass viele die Rechtsextremen bei den Demos nicht stören. Die Esoterik und die Rechte eint eine ideologische Klammer, vor allem der Verschwörungsmythos, dass eine kleine Gruppe die Geschicke der Welt leitet. Das ist schnell der Einstieg in rechte und antisemitische Denkmuster. Die Vorstellung, dass eine kleine Elite im Hintergrund die Fäden zieht und dass das, was wir erleben, nur ein Schauspiel und nicht echt ist, dann sind das Merkmale von Verschwörungsmythen, die auch zum Kern der Anthroposophie gehören. Dieses verschwörungsmythische Mindset ist anschlussfähig an die radikale Rechte, die mit den gleichen Argumenten auf die Straße geht. Die Grenzen zwischen harmlosen Alternativgläubigen und gefährlichen Scharfmachern verschwimmen. Eigentlich ist da keine Grenze mehr existent.

**Anthroposophische Einrichtungen – Schulen oder Wohnheime – werden mit immensen Summen staatlich mitfinanziert. Warum gibt es darüber keine öffentliche Debatte?**
Die Gefahr ist, dass anthroposophische Einrichtungen weitgehend gefördert werden, ohne auch gefordert zu werden. Waldorf-Schulen werden im Schnitt zu 72 Prozent aus staatlichen Mitteln finanziert, regional sogar bis zu 90 Prozent. Wenn man sich überlegt, dass diese Pädagogik im Kern auf Hellseherei basiert, dass Karma und Reinkarnation sowie die Entwicklung von Äther- und Astralleiben der Kinder eine Rolle spielen und die Klasse als esoterische Schicksalsgemeinschaft geführt wird, dann birgt das Gefahren. Laut den Schulgesetzen müssen die Unterrichtsinhalte und Lernmethoden gleichwertig zum staatlichen Unterricht sein – das sehe ich aber nicht. Auch die wissenschaftliche Ausbildung der Lehrkräfte darf nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen – aber auch das ist nicht der Fall. Man sollte genau hinschauen, was Inhalte und Methoden an Waldorf-Schulen sind und die Förderung daran koppeln. Ein Beispiel: In einem Lehrerseminar der Waldorf-Schulen Bremen und Niedersachsen sollte ein Hellseher den Lehrerinnen und Lehrern beibringen, wie man den Äther- und Astralleib der Kinder erkennen könne. Ich habe beim Kultusministerium nachgefragt, ob das diese gleichwertigen Lehrmethoden und Ausbildungen seien. Das Ministerium hat darauf bestanden, dass die Waldorf-Schulen als Ersatzschulen nach eigener Fasson Unterricht und Lehrerbildung gestalten können. Also zahlen wir auch Hellseher-Seminare auf Staatskosten.

**Vielen Dank für das Interview!**

*#Ideologie*

# NSDAP und Landwirtschaft

# Blut &

von Onno Poppinga

Eine der frühesten und bis heute besten Untersuchungen zu »Landbevölkerung und Nationalsozialismus« wurde schon 1932 begonnen, konnte aber erst 1963 veröffentlicht werden; Verfasser ist Rudolf Heberle. Seine Studie bezog sich räumlich auf Schleswig-Holstein, kam aber zu Ergebnissen, die sich analog in zahlreichen anderen Landschaften als zutreffend erweisen sollten. Das Kapitel »Der Aufstieg der NSDAP« beginnt mit der Feststellung: »Wie fast überall nahm die NSDAP ihren Ausgang zunächst in den Städten.« Beginnend mit den Worten »Sozialismus« und »Arbeiterpartei« im Parteinamen bis zum Parteiprogramm von 1920, in dem Bauern nicht vorkamen, zeigt sich deutlich, dass sich die Agitation der frühen »Nationalsozialistischen Arbeiterpartei« an die städtische Bevölkerung richtete. Erst als sich 1928 auch in einigen ländlichen Wahlkreisen Erfolge einstellten, nahm Adolf Hitler das zum Anlass, dem Parteiprogramm die »sozialistischen Zähne« zu ziehen. Forderungen nach einer Bodenreform und unentgeltlicher Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke wurden gestrichen. Die NSDAP stehe »auf dem Boden des Privateigentums« und ihre Enteignungsprogrammatik richte sich »in erster Linie gegen jüdische Grundstücksspekulationsgesellschaften«.
Für den sich schließlich einstellenden starken Zulauf zur NSDAP unter den Bauern waren vor allem folgende Gegebenheiten von großer Bedeutung.

**Unterstützung durch den Adel**
Das politische Klima in der Weimarer Republik war stark durch nationalistische Agitation geprägt, wie die »Dolchstoßlegende« und die Ablehnung des Versailler Vertrags deutlich machten. Große Teile der Mittel- und Oberschicht – Beamte, Militärs und Angehörige der Justiz und Universitäten – lehnten die neuen demokratischen Institutionen ab und bekämpften sie. Es gab zahlreiche Morde an Repräsentanten der Republik, beispielsweise durch ehemalige Freikorpskämpfer und die »Organisation Consul«, die nicht gesühnt wurden. Antisemitische Hetze war allgegenwärtig, auch im Umfeld der evangelischen und der katholischen Kirchen. Nationalistische Organisationen wie der »Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten« und »Jungdeutscher Orden« breiteten sich in Städten sowie ländlichen Gemeinden aus.
Dagegen standen vor allem die Sozialdemokratie und Kommunist*innen, die Gewerkschaften und ebenso die »Deutsche Demokratische Partei«. Zwischen der SPD und den Bauern gab es nur wenige Verbindungen. Die Partei verfasste zwar ein Agrarprogramm, aber mit ihren Zielen von Produktivitätssteigerung und Förderung der Genossenschaften fand sie keinen Zugang zu den seit 1927 durch die Agrarkrise gebeutelten selbständigen Bauern.

Der erste Weltkrieg endete mit einer politischen Revolution; eine soziale Revolution blieb aus. So wurde 1926 die Enteignung der Fürsten abgelehnt. Das führte dazu, dass in weiten Bereichen der Landwirtschaft der Großgrundbesitz seine herrschende und führende Stellung gegenüber den Bauern behielt. Im Gegensatz dazu schufen die baltischen Länder durch Bodenreformen die Grundlage für eine demokratische Entwicklung auf dem Land. Zwar begegneten viele Großgrundbesitzer der NSDAP anfangs mit Skepsis, vor allem im katholischen Süden. Aber ab Ende der 1920er Jahre galt beispielsweise für Ostpreußen: »Unter den bekanntesten Namen des ostelbischen Adels läßt sich kaum eine Familie benennen, in der es keine aktive Unterstützung der NSDAP gegeben hat.«

**Agrarkrise bringt Zuspruch**
Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war für viele Bauernbetriebe eine wirtschaftlich erfolgreiche Zeit. Im Gegensatz zu marxistischen Theoretikern, die ihnen den baldigen Untergang vorhergesagt hatten, prosperierten ihre Betriebe. Dazu gehörten im nordwestlichen Deutschland und im Ruhrgebiet Importe von Futtermitteln aus Russland und Norwegen sowie Exporte von Rindern und Schweinen nach England. Viele Bauern waren politisch liberal und praktizierten den freien Handel.
Die Weimarer Republik brachte für die Landwirtschaft durch die Inflation zwar die Möglichkeit, die in Goldmark aufgenommenen Kredite der Vorkriegszeit durch wertloses Papiergeld abzulösen, sie vernichtete aber alle Barreserven. Da nach dem Krieg viele Höfe ihre Maschinen und Gebäude erst wieder instand setzen mussten, kam es schnell zu erheblichen Neuverschuldungen. Außerdem stieg das Zinsniveau gegenüber den Vorkriegsjahren um mehr als das Doppelte und die Belastung durch Einkommens- und Grundsteuer nahm zu. Das führte ab 1927 zur allgemeinen Krise, in der immer mehr Landwirte die Zins- und Steuerzahlungen nicht mehr leisten konnten. Es folgten Pfändungen mit anschließenden Zwangsversteigerungen von Vieh, Land und ganzen Betrieben. Dadurch nahm der Zuspruch unter den Bauern für die NSDAP erheblich zu.

**Vom Steuerboykott zu den Nazis**
Mit der »Landvolkbewegung« entstand Anfang 1928 eine Steuerboykottbewegung, an der sich Zehntausende beteiligten. Die Bauern weigerten sich »Steuern aus der Substanz« zu zahlen. Schwerpunkte lagen in Nord- und in Ostdeutschland. Als politische Proteste keine Wirkung zeigten, ging man dazu über, Zwangsversteigerungen aktiv zu verunmöglichen. Persönlicher Druck führte dazu, dass sich

# & Boden

bei Versteigerungen niemand mehr traute, ein Gebot abzugeben. Schließlich ging ein Trupp aus der Freikorpsszene im Umfeld des Bauernführers Claus Heim dazu über, Bomben in Finanzämter und am Reichstag zu legen. Die einsetzende Strafverfolgung läutete das Ende der »Landvolkbewegung« ein. Ein großer Teil der Anhänger suchte sein Heil jetzt bei der NSDAP. Zu dieser Rechtswende trug bei, dass die Reichsregierung den Bauernhöfen Entlastung verweigerte, während sie dann ausgerechnet für den Großgrundbesitz in Ostelbien mit dem »Osthilfe-Programm« umfangreiche Hilfen verabschiedete.

**Rückhalt bei selbstständigen Landwirten**

Im Gegensatz zur »Landvolkbewegung«, deren Anführer vor allem Großbauern waren, hatten die Nazis den stärksten Zulauf bei klein- und mittelbäuerlichen Höfen. Rudolf Heberle hat das sehr genau für Schleswig-Holstein herausgearbeitet. Beginnend mit der Reichstagswahl von 1930 verzeichnete die NSDAP vor allem in ländlich geprägten Wahlkreisen hohe Zunahmen. Dafür war auch wesentlich, dass es dem »Agrarpolitischen Apparat« der Partei unter dem späteren Landwirtschaftsminister Walther Darré schnell gelang, die Kontrolle über den mächtigen, von Großgrundbesitzern geführten »Reichslandbund« zu übernehmen. Zwischen ihm und der NSDAP gab es eine große ideologische Nähe. In Opposition dazu wehrten sich die dem katholischen Zentrum nahestehenden »Bauernvereine« lange gegen eine Unterwanderung.

Beim Blick auf die Parteimitgliedschaft fällt auf, dass landwirtschaftlich Erwerbstätige in der NSDAP weit unterdurchschnittlich repräsentiert waren. Vor allem Landarbeiter, Bauernkinder und Frauen aus Landwirtschaftsbetrieben fanden sich seltener in den Reihen der Nazis. Umgekehrt gab es mehr Anhänger unter »Erbhof«-Besitzern und der Anteil selbstständiger Landwirte nahm in der sogenannten »Kampfzeit« vor 1933 rapide zu.

**Verfolgung jüdischer Bauern**

In zahlreichen Dörfern, in der Regel in der Nähe industrieller Zentren, war längst eine gemischte Bevölkerung aus Bauern und Bäuerinnen, Landarbeiter*innen, Industriearbeiter*innen und Gewerbetreibenden entstanden. Hier konnten Gewerkschaften, SPD und auch die KPD einen gewissen Einfluss entwickeln, beispielsweise im ostfriesischen Moordorf oder im schwäbischen Mössingen. Auch die den beiden Parteien nahestehenden »Bauernvereinigungen« hatten in diesen Dörfern bisweilen eine gewisse Bedeutung, wenngleich sie sonst sehr schwach aufgestellt waren.

Sofort nach der Machtübergabe begann die Verfolgung von Oppositionellen, Jüdinnen und Juden. Die wenigen jüdischen Bauern und Bäuerinnen, die es in Deutschland gab, wurden gezwungen, ihre Höfe zu verkaufen. Manchen gelang die Auswanderung oder die Flucht. Besondere Schwierigkeiten hatte die NSDAP beim Versuch, die traditionell wichtigen Beziehungen zwischen Bauern und Bäuerinnen und jüdischen Viehhändlern zu zerstören. Es brauchte Jahre und drakonische Strafen, bis das Monopol für »arische« Viehhändler durchgesetzt war.

**Kontrolle des »Neuadel aus Blut und Boden«**

Für die NSDAP und ihre Bauerntumsideologie war das 1933 eingeführte »Reichserbhofgesetz« von zentraler ideologischer Bedeutung, sollte es doch helfen, den »Neuadel aus Blut und Boden« zu erschaffen. Um das »Reichserbhofgesetz« gab es von Anfang an Konflikte und zwar in den vielen Landschaften, in denen traditionell nicht das »Anerbenrecht« praktiziert wurde. Dieses begünstigte den alleinigen Erben, in der Regel den ältesten oder jüngsten Sohn, und benachteiligte alle anderen Kinder. Eine weitere zentrale agrarpolitische Maßnahme der Nazis war das Verbot von Zwangsversteigerungen, was die betroffenen Betriebe sehr entlastete und der NSDAP Zustimmung brachte.

Die Einführung eines »Reichsnährstandes«, bei dem es sich inhaltlich um eine »Agrarkartellierung« handelte, ermöglichte die totale Kontrolle der landwirtschaftlichen Erzeugung. Der »Reichsnährstand« umfasste von den Landarbeiter*innen und den Bauernhöfen bis zu Schlachthöfen und Molkereien alle Stufen der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Lebensmittelherstellung. Die Verkaufspreise waren fest vorgegeben und niedrig, aber nach den Preisturbulenzen zum Ende der Weimarer Republik wurde dies von vielen Landwirten trotzdem akzeptiert.

Die Zustimmung änderte sich aber vielfach, nachdem sie gezwungen wurden, zur Sicherung der vollständigen Kontrolle der Höfe durch die NSDAP ihre technische Ausstattung zur Weiterverarbeitung von Milch zu Butter und Käse abzuliefern. Das traf vor allem die Bäuerinnen, weil die Weiterverarbeitung von Lebensmitteln eine ihrer wichtigsten Einkommensquellen war. Als dann während des Krieges der Ablieferungszwang immer weiter verschärft wurde, gingen die Bauern verbreitet zu Boykottmaßnahmen, wie dem »Schwarzschlachten«, über. Weil das dem absoluten Kontrollanspruch der NSDAP widersprach, antwortete diese mit drakonischen Strafen. So wurden vom »Sondergericht Bielefeld« zwischen 1941 und 1945 in diesem Zusammenhang 60 Todesurteile ausgesprochen und davon 50 vollstreckt.

*#Einfluss*

# Bauernkampf oder Kampf um die Bauern

Seit Herbst 2019 gehen wiederholt tausende Bäuerinnen und Bauern in Deutschland auf die Straße, um gegen das Agrarpaket der Bundesregierung, die Verschärfung der Dünge-Verordnung und das geplante Mercosur-Freihandelsabkommen mit Südamerika zu protestieren. Die »Alternative für Deutschland« springt auf diesen Protestzug auf..

von Julia Amthor

Im Zuge des Protests gründete sich am 1. Oktober 2019 auf Facebook die Gruppe »Land schafft Verbindung« (LsV) von Bäuerinnen und Bauern, die sich vom Deutschen Bauernverband (DBV) nicht mehr vertreten sahen. Während der DBV bei allen großen Entscheidungsrunden als Interessenvertretung mit am Tisch saß, wollte »Land schafft Verbindung« als aktive Bewegung agieren. Im Januar 2021 hat die private Facebook-Gruppe rund 30.000 Mitglieder und allein im Januar über 300 neue Beiträge. Nach eigenen Aussagen sind in dazugehörigen WhatsApp-Gruppen rund 100.000 Landwirt*innen organisiert. Dem ersten Aufruf zur zentralen Kundgebung in Bonn sowie zeitgleichen Demonstrationen in rund 20 Städten am 22. Oktober 2019 folgten zehntausende Bäuerinnen und Bauern. Es waren die bis dahin größten Landwirtschaftsdemonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik.

**Im politischen Diskurs**

Konservative Einstellungen sind unter der Landbevölkerung messbar stärker vertreten als im urbanen Raum. Laut Forschungsgruppe Wahlen machten 74 Prozent der wählenden Bäuerinnen und Bauern bei der Bundestagswahl 2013 ihr Kreuz bei der Union. Während der Wert bei der CDU vier Jahre später um 13 Prozent sank, verdoppelte gleichzeitig die AfD ihren Anteil in dieser Wähler*innengruppe auf 8 Prozent. Später wurde bei der Landtagswahl 2019 in Sachsen die rechtsradikale Partei mit 34 Prozent stärkste Kraft unter den Landwirt*innen. Sie lag damit noch einen Prozentpunkt vor der CDU und schnitt ganze 6,5 Prozentpunkte besser ab als im Landeswahlergebnis.

Im 1948 gegründeten Deutschen Bauernverband sind heute noch rund 80 Prozent des Berufsstandes organisiert. Seit der Gründung steht er inhaltlich und personell der CDU/CSU nahe. Aufgrund dieser Nähe zum politischen System und dem wachsenden Gefühl kleinerer Unternehmen, der DBV vertrete nur die Belange der industriellen Großlandwirtschaft, ist er mittlerweile in vielen landwirtschaftlichen Betrieben umstritten. Die enge Verbindung zur Union wird nun zum Problem, da sie nicht nur im Bund, sondern auch in den Hauptagrarländern wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern die Landwirtschaftsminister*innen stellt. Für den neuen Zusammenschluss »Land schafft Verbindung« haben sich Bäuerinnen und Bauern zusammengetan, die sich eine engagiertere und entschlossenere Vertretung von unten wünschen, ohne Hinterzimmergespräche und Klüngeleien mit der Politik. Die dezentral organisierte Gruppe schlug einen neuen Weg ein, wollte parteipolitisch neutral sein und sich von keinen Parteien distanzieren. Der Umgang mit parteipolitischen Interessenvertretungen wird allerdings regional sehr unterschiedlich gehandhabt.

**Vereinnahmung**

Fünf Tage vor der Landtagswahl in Thüringen, am 22. Oktober 2019, fuhr die AfD mit eigenem Traktor und Anhänger, der mit mehreren großen Wahlplakaten verziert wurde, zur LsV-Großdemonstration. Der Traktor, auf dem als partei-prominentes Mitglied der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner saß, konnte mehrere Kilometer mitfahren, bevor er von anderen Traktoren abgedrängt wurde. Der Vorgang fand bundesweit Beachtung, auch weil es Stunden dauerte, bis sich Axel Horn, Pressesprecher der Demoanmeldung, von der AfD-Aktion distanzierte.

Am gleichen Tag in Hannover waren einige AfDler*innen wie die damalige Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende Dana Guth auf der Kundgebung vor Ort. Auch dort wurde fleißig Parteiwerbung betrieben. Neben einzelne Traktoren mit AfD-Fahnen, die nach der Demonstration gesichtet wurden, war AfD-Werbematerial auf grünen Holzkreuzen, ein beliebtes Symbol der bäuerlichen Proteste, befestigt worden.

In den meisten Regionen haben die Organisator*innen der Demonstrationen inzwischen verstanden, dass fehlende Distanzierung von der rechtsradikalen Partei ihren Anliegen und der Bewegung schadet. So zum Beispiel der örtliche Sprecher von LsV, als am Rande einer NRW-weiten Sternfahrt im November 2019 in Wesel einige Vertreter*innen der AfD ein Transparent entrollten: Man wolle »keinerlei politische Propaganda« bei den Protesten »und schon gar nicht von der AfD«.

Für den bundesweiten Demonstrationstermin im Januar 2020 hatte die AfD in Nürnberg ursprünglich direkt auf dem Versammlungsplatz einen Infostand angemeldet. Aufgrund von Sicherheitsbedenken wehrte sich LsV dagegen. Man wolle parteipolitisch neutral bleiben, sagte Anmelder und CSU-Mitglied Andreas Geistmann, und Sebastian Dickow richtete im Namen von »Land schafft Verbindung« klare Worte an die AfD: »Das ist keine Wahlkampfveranstaltung für euch.« Als später während der Kundgebung vereinzelt AfD-Fahnen auftauchten, schritten die Veranstalter*innen sofort ein.

In anderen Landesteilen ging man weniger engagiert gegen die Präsenz von Rechtsradikalen an diesem Tag vor. In Schwerin war Leif-Erik Holm, AfD-Bundestagsabgeordneter, mit vier weiteren AfDlern auf der dortigen Demonstration. In einem Video mit dem Titel »Wir unterstützen unsere Landwirte!« sitzt Holm lachend in einem vorbeifahrenden Traktor mit einem »Klagt nicht, kämpft«-Sticker am Kabinenhäuschen. In Dresden hingegen durfte der im Wahlkreis Sächsische Schweiz direkt gewählte AfD-Landtagsabgeordnete Ivo Teichmann selbst zum Mikro greifen und auf die »etablierte Politik« schimpfen.

**Einladung**

Es ist jedoch nicht nur so, dass sich die AfD ungefragt den Protesten anschließt. So lud »Land schafft Verbindung« im Dezember 2019 pressewirksam Bundestagsabgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern von CDU, FDP und der AfD zu einem Dialogtisch ins vorpommersche Zemmin ein – mit dem Ziel, »sich über die Sorgen der




*Mehrere hundert Bäuerinnen und Bauern demonstrierten am 26. Januar 2021 in Berlin mit ihren Traktoren gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung, mehrere mit Fahne der völkischen »Landvolkbewegung« von 1929.*

Landwirte zu informieren und konstruktive Gespräche zu führen«, wie top agrar online anschließend berichtete.

»Mir ist es egal, wer die Entscheidungen trifft, wenn sich der Entscheidungsträger für die Landwirtschaft ausspricht«, sagte die Sprecherin der Bewegung in Niedersachsen, Henriette Struß, im März 2020. Sie reagierte damit auf die Kritik, sie habe die AfD auf einer Demonstration in Hannover ausgegrenzt.

Die Frage nach Positionierung gegenüber der AfD begleitet LsV seit der Gründung. In der heterogenen Bewegung sind von Befürworter*innen einer strikten Abgrenzung bis hin zur Bereitschaft der Zusammenarbeit alle Positionen vertreten. Deutlich wird das auf sozialen Plattformen bei Diskussionen über die inhaltliche Ausrichtung der Bewegung; die mögliche Abgrenzung zur AfD wird eher pragmatisch unter den Aspekten »sinnvoll« oder »sachdienlich« diskutiert. Die Partei hingegen registriert, dass eine Vielzahl von Bäuerinnen und Bauern einer Ablehnung reserviert gegenüberstehen oder das Agieren der AfD sogar begrüßen. In Passau beispielsweise meldete im Herbst ein Landwirt und AfD-Mitglied die Demonstration an, in Bonn gehörte der AfDler Walter Peters sogar zum Orga-Stab. Peters war für die AfD in den Kreistag Düren gewählt worden und hatte damit die ersten Artikel über eine mögliche Unterwanderung der landwirtschaftlichen Proteste durch die AfD ausgelöst.

**Bauernversteherin AfD**

In einer Anbiederung an die Forderung von LsV versucht die AfD hier insbesondere CDU/CSU in Misskredit zu bringen. Als Stephan Proschka, agrarpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, im Oktober 2019 verkündete »Ich bin heute auf der Kundgebung in Bonn, weil die AfD-Fraktion fest an der Seite der deutschen Bauern steht«, hatte sich die AfD-Bundestagsfraktion bereits zuvor hinter die Proteste gestellt. Proschka erklärte: »Auf Druck der Umwelt- und Naturschutzverbände werden von der Bundesregierung seit Jahren neue Verbote und Auflagen verabschiedet, obwohl wir in Deutschland bereits die höchsten Umwelt-, Tierschutz- und Verbraucherschutzstandards der Welt haben.«

Die inhaltliche Zustimmung der AfD zu den Forderungen von LsV liegt bei nahezu hundert Prozent. Wohl auch, weil die AfD diese – »inklusive Reschtschreibfehler« –abgeschrieben haben könnte, wie es das CSU-Mitglied Geistmann nach der Demo in Nürnberg formulierte.

Ende 2019 diskutierte die AfD ein Strategiepapier, das den »Marsch durch die Institutionen« als Weg zur Volkspartei vorsah, bei dem insbesondere Organisationen mit hoher Mitgliederzahl und bundesweiter Reichweite sowie kleine Organisationen mit AfD-affinen Themen im Fokus stehen sollten. Es lag also auf der Hand, dass die AfD sich im Bereich der Landwirtschaft so positionieren wird, um Wähler*innenstimmen zu erschließen. Die aktuellen Proteste bieten – ohne großen eigenen Aufwand zu betreiben – dafür eine gute Gelegenheit. Das »Kaputtsparen« und »Überregulieren« der deutschen Landwirtschaft passt in die Positionen der AfD im täglichen Wettern gegen die EU und die Bundesregierung. Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass das »Unzufriedenheitsniveau« insbesondere mit der Politik der CDU unter den Landwirt*innen hoch ist. Wie in anderen Bereichen der Gesellschaft sind das die Bedingungen, die eine Vereinnahmung durch die AfD begünstigen – umso wichtiger ist es, dass diese Partei es bisher nicht geschafft hat, in den wichtigen Orga-Teams der Bauernproteste Fuß zu fassen.



#Artamanen

# Hüter der Scholle

von Andrea Röpke

Das hügelige Gelände liegt versteckt zwischen Waldstücken, von keiner Straße einsehbar – ein perfekter Ort. Nur die großen schwarzen Kohten und der meterhohe Feuerstoß mit dem Kranz an der Spitze geben einen Hinweis, dass hier ein verborgener Festplatz liegt. Das Holzhäuschen mit der provisorischen Toilette wurde mit dem Traktor angekarrt. Lange Tisch- und Holzbankreihen säumen die Wiese. Zur Sommersonnenwende 2020 versammelte sich hier im Nirgendwo zwischen Hoppenrade und Kuchelmiß eine Gruppe von Gästen, um mit den ansässigen »Neo-Artamanen« zu feiern. Deren völkisch-geprägte Familien leben vor allem in den mecklenburgischen Dörfern Koppelow und Klaber im Landkreis Rostock. Nur die A 19 trennt deren Hotspots rund um Lalendorf und Teterow. Über die Schleichwege durch die zahlreichen Waldstücke sind es nur wenige Kilometer von einem Anwesen zum anderen. In ihrer altmodischen und einfachen Kleidung, dem Hang zum uralten Handwerk und der Aufzucht von allerlei Kleinvieh wirken sie wie aus der Zeit gefallene Romantiker*innen. Doch die sich hier angesiedelt haben, vertreten eine Blut- und Boden-Ideologie, die ihr Leben in Theorie und Praxis bestimmt.

**Volksschutz**

Der Siedlungsaufruf der »Artamanen« reicht bis in die Weimarer Republik zurück. Die etwa 1924 aus der völkischen und bündischen Jugendbewegung entstandene Idee, dem als dekadent verhassten städtischen Leben ein ursprünglicheres Dasein auf dem Lande entgegen zu setzen, ist eine Weltanschauung, der sich auch Nationalsozialisten anschlossen. »Hüter der Scholle« nannte sich damals der agrarorientierte Teil der deutschen Jugendbewegung, der einen Gemeinschaftseinsatz in der Landwirtschaft anstrebte. Sie waren keine Widerständler – ganz im Gegenteil entsprach ihr Ansinnen einem weitverbreiteten völkischen Bewusstsein in der Weimarer Republik. Bei dieser Art Heimatschutz, verbunden mit Tier- und Naturschutz, ging es nur um eines: »Volksschutz«. Da ist es nicht verwunderlich, dass der Landdienst der »Hitlerjugend« (HJ) wesentliche Inhalte ihrer Lebenswelt übernahm. Die »Artamanen«-Gruppen waren klein, aber bis zu 25.000 Mitglieder sollen sich laut dem Autoren Peter Schmitz in »Die Artamanen – Landarbeit und Siedlung bündischer Jugend in Deutschland 1924-1935« angeschlossen haben.

**Artam-Revival**

Bemühungen, den Geist von Artam wieder aufleben zu lassen, hatte es nach 1945 in rechts-bündischen Kreisen mehrfach gegeben. 1991 griff der »Sturmbote«, die Zeitung des »Sturmvogel – Deutscher Jugendbund«, »Ritterschaft und Bauernstand« als »zentrale Begriffe« für die Jugendarbeit auf. Der Bauernstand sei nicht so abenteuerversprechend und schillernd wie die Ritterschaft, dafür gebe er »unserem Leben Ernsthaftigkeit und Wehrhaftigkeit«. Gesiedelt werden sollte »gezielt in ostdeutschen Grenzgebieten«. Entsprechend vorgestellt wurde das größte von »Artamanen« »aufgesiedelte Gut« in Koppelow/Augustenberg mit 582 Hektar Land. Die zumeist aus dem Bürgertum stammenden neuen Landarbeiter*innen verschrieben sich der »Volksgutpflege«. Weiter schildert der »Sturmbote« das Auf und Ab der »Artamanen«, ihren Zerfall in mehrere Bünde sowie 1934 dann die teilweise Eingliederung in den Landdienst der HJ.
Tatsächlich formierte sich die Anhänger*innenschaft 1966 als »Freundeskreis der Artamanen« neu. Den überwiegend Älteren ging es um Erinnerungen, Vorträge über Landwirtschaft und Umweltschutz sowie Liedgutpflege und Volkstanz. Viele der Höfe der »Arta-

*Bei einer sogenannten Eheleite 2017 bei Krevtsee*

manen« waren über Jahrzehnte im Familienbesitz verblieben. Längst lebt in rechts-bündischen Kreisen das Image einer »landverbundenen Jugend« auf, die ihren »Dienst« am Volk zu leisten habe. In »Na Klar!«, der Zeitschrift des rechten »Freibund«, ehemals »Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ), wurden die »Artamanen« 1994 als »freiwilliger Landarbeitsdienst und Siedlungsgemeinschaft« vorgestellt. Junge Angehörige von »Freibund« und auch dem »Sturmvogel« berichten später von Besuchen bei der ewiggestrigen Siedlergemeinschaft in Mecklenburg. 2005 suchte die dann selbst die Öffentlichkeit und stellte sich als Gruppe von Pionieren mit avantgardistischem Habitus in der neurechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) vor – berichtet wurde von einem ehemaligen Bänker aus Niedersachsen, einem Architekten, weiteren Männern, im Hintergrund die Frauen und zwölf Kinder. Mit dem Artikel sollten neue Mitstreiter*innen aus dem Umfeld der JF-Leser*innenschaft angeworben werden. Der Artikel schlug ungewollt Wellen, danach mied die Gruppe lange die Öffentlichkeit. Doch die Netzwerke stehen und die Ansiedlungen wachsen unbemerkt.

**Arbeitsbund statt Freizeitbund**

Ziel der »Artamanen« ist die Schaffung eigener Wirtschaftsräume, um eine »Gegengesellschaft« aufzubauen, warnt die Emil Julius Gumbel Forschungsstelle in Potsdam. Denn in deren Wahrnehmung stellen sie keinen Freizeit-, sondern einen Arbeitsbund dar. Vor allem in den Orten Koppelow und Klaber sollte durch die Neuankömmlinge seit den 1990er Jahren eine »organisch wachsende Siedlung kulturbewusster Menschen im Herzen Deutschlands« mit ganzheitlicher ökologischer Landwirtschaft als Grundlage heranwachsen, wie es in einem internen Schreiben hieß. Die Vermeidung von Fremdenergien, wie Öl oder Gas, stelle eine »weitgehendste Unabhängigkeit« sicher. Der Plan sah vor, dass »an der Erzeugergemeinschaft auch gleich eine Verarbeitungsgemeinschaft (Bäckerei, Käserei etc.) angeschlossen werden sollte, um die Direktvermarktung zu fördern«. Man wolle sich in sparsamer Lebensweise üben.

**»Die sehen ja aus wie Ökos«**

Die modernen »Artamanen« sehen aus wie alternative Aussteiger*innen, haben eigene kleine Wirtschaftskreisläufe aufgebaut und sich in die Dorfgemeinschaften eingebracht. Bei Aktionen wie »Kunst offen« stellen sie ihr Handwerk vor. Manche Bewohner*innen in der Nachbarschaft werden von ihnen eingeschüchtert, andere schauen einfach weg, wenn Kinder in Uniformen durch die Dörfer wandern oder sich Völkische zu Brauchtumsfeiern versammeln. Besonders eng verbandelt sind die »Sippen« Krauter, Fröhlich, Ernst und Hanke mit ihren Verwandten und Gleichgesinnten in der Lüneburger Heide. Der Nachwuchs wächst gemeinsam in diversen rechten »Wandervogel«-Bünden heran. Ihre politische Gesinnung leben die Kinder der Fröhlichs öffentlich aus. So nahmen sie 2017 am 30-jährigen Bestehen des »Sturmvogel – Deutscher Jugendbund« teil, engagieren sich bei der »Identitären Bewegung« oder gehen mit dem sogenannten »Volkslehrer« alias Nikolai Nerling wandern. Die Neo-»Artamanen« verfügen über breit gestrickte Netzwerke innerhalb der rechten Siedlungsstrukturen. Es gibt eine personelle Verbundenheit zu in der Nähe wohnenden Anhänger*innen der rassistischen »Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft« oder zum »Freibund«.

Es ist der eigene Nachwuchs, der auch die Siedlungen der Neo-»Artamanen« vergrößert, die mit ihren völkischen Jungfamilien in einen Nachbarort ziehen. Dort in der Region bemühen sie sich, Fuß zu fassen und unterstützen eine Bürgerinitiative gegen die Errichtung eines Funkmastes mitten im Ort. »Die sehen ja aus wie Ökos.«, dieser Satz ist im Zusammenhang mit den selbsternannten »Hütern der Scholle« immer wieder zu hören. »Artamane« und Biobauer Helmut Ernst war bereits vor Jahren in der Initiative Gentechnikfreie Region Nebel/Krakow am See aktiv. 2006 sagte er der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« im Interview, dass durch gentechnisch verändertes Saatgut die »Ernährungssouveränität der Völker schlichtweg gebrochen werden soll; im Sinne der Globalisierer kommt es zur Versklavung der Bauern weltweit«. Für die NPD-Fraktion im Schweriner Landtag trat der Artam-Anhänger als externer Agrar-Fachmann auf.

**Artgerechte Gattenwahl**

Man will unter »Gleichen« leben, aber dennoch ungestört nach außen wirken. »In unseren Festen ist trotz der Überfremdung die Weltanschauung des nordischen Menschen im Kern erhalten geblieben«, schrieb die NPD-Funktionärin Edda Schmidt 2010 in der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« (DS). Im Vordergrund dieser heidnischen Ritualfeiern stehen das Wachhalten gemeinsamer Sitten und Gebräuche sowie die Weitergabe von nationalistischem Liedgut, Volkstum und Heldenkult an die Kindeskinder. Dahinter verbirgt sich eine kulturelle Tradition rechtsgerichteten Denkens über viele Generationen. Angehörige der »Artamanen« aus Koppelow oder Klaber fehlen nicht bei derartigen Brauchtumstreffen der Szene, wie dem Maiball 2016 in Edendorf oder der Wilhelm-Tell-Aufführung in Bischofswerda in Sachsen. Bei einer »Eheleite« 2017 am abgelegenen Krevtsee setzte sich die Hochzeitsgesellschaft ebenfalls aus einer rechten Avantgarde zusammen – hinzu kamen: Anhänger*innen der AfD, »Ein Prozent für unser Land«, der »Identitären Bewegung« sowie der verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend«. Die heidnisch geprägte Hochzeit des junges Paares, nach altem Brauchtum zelebriert, ist Bestandteil eines politischen Gemeinschaftswillens, bei dem als wichtig gilt, dass die richtigen Partner zueinander geführt werden. Manche reden von »artgerechter Gattenwahl«, andere sagen einfach: »Sie ist eine von uns.«

Wieder häufiger beginnen die Neo-»Artamanen« sich unter rechte, öffentliche Veranstaltungen zu mischen. Sie marschieren mit ihren Kindern bei der AfD zur Parole »Zukunft Heimat« in Köthen oder tauchen bei derartigen Veranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern auf. Bei der Querdenken-Demonstration mit vielen tausenden Teilnehmer*innen Ende August 2020 in Berlin fehlten auch die völkischen Familien nicht. »Artamanen«-Familien verließen die heimische Scholle, um dabei zu sein, wenn der Sturm auf die Demokratie propagiert wird. Unter ihresgleichen zu leben, reicht ihnen keinesfalls.

Dennoch bleibt ein Großteil ihrer Aktivitäten im Verborgenen, im hügligen Gelände, versteckt zwischen zwei Waldstücken, von keiner Straße einsehbar. Bereits am frühen Sonntag nach dem großen Sonnenwendfeuer im Juni 2020 werden die Zelte in Koppelow wieder abgebaut, sichtbare Relikte der Brauchtumsfeier verschwinden wieder. Eine landwirtschaftlich genutzte Fläche gleicht wieder der anderen. Ein Singkreis beendet schließlich die zweitägige Feier und auch die Gäste aus Cuxhaven und Friedrichshafen am Bodensee reisen wieder ab.

*#Ludendorffer*

# Völkische in der Corona-Krise

Unablässig betont der völkische »Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.«, weder antisemitisch noch NS-verherrlichend zu sein. Nun stellt er der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationalisten« inmitten der Covid-19-Pandemie sein »Jugendheim Hohenlohe« für einen »Gemeinschaftstag« zur Verfügung.

von Timo Büchner

*»Jugendheim Hohenlohe«*

Abseits der im Rampenlicht stehenden, mittlerweile unzähligen Kundgebungen, Aufmärsche und Veranstaltungen beschäftigt die Covid-19-Pandemie Rechte jeglicher Couleur. So auch eine der ältesten existierenden völkischen Bewegungen – den zwischen 1965 und 1976 verbotenen »Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.« (BfG) mit Sitz in Tutzing im bayerischen Landkreis Starnberg (s. drr Nr. 165). Die Vereinszeitschrift »Mensch und Maß«, die seit 1960 erscheint, wird vom Verlag »Hohe Warte GmbH« mit Sitz in Pähl im Landkreis Weilheim-Schongau/Bayern herausgegeben. Mit Blick auf die Covid-19-Pandemie wird die Zeitschrift ihrem Untertitel gerecht: »Drängende Lebensfragen in neuer Sicht.« 2020 erschien ein 72-seitiges Sonderheft mit dem Titel »Corona-Krise. Eine kritische Betrachtung aus naturwissenschaftlicher, politischer und rechtlicher Sicht«; laut Eigenaussage sind inzwischen mehrere Auflagen erschienen. Auch auf der Homepage des Vereins finden sich etliche Artikel zu Covid-19.

Der »Bund« verfügt bundesweit über einige hundert Mitglieder und gibt sich betont harmlos. Allerdings wird seine Ideologie von den antisemitischen und rassistischen Lehren von Mathilde Ludendorff (1877-1966) bestimmt. In den 1920er Jahren begründete sie die »Deutsche Gotterkenntnis« und heiratete Erich Ludendorff, General des Ersten Weltkrieges und Mitinitiator des gescheiterten »Hitler-Ludendorff-Putsches« – auch »Marsch auf die Feldherrnhalle« – in München vom 9. November 1923. Das spätere Zerwürfnis zwischen NS-Staat und Ludendorff dient heute als Legende für die Opposition gegen den Nationalsozialismus.

**Das Sonderheft**

Das Sonderheft ist eine einzige Anklage der Befürworter*innen von Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie. Folgerichtig heißt es von Peter Sonntag: »Wir fordern einen Untersuchungsausschuß!« Auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie Bill und Melinda Gates stehen am Pranger. »Mensch und Maß« befinden sich voll und ganz im »Querdenken«-Mainstream.

In der Ausgabe »Corona-Krise« werden zunächst die Positionen bekannter »Corona-Kritiker« – wie Prof. Dr. Sucharit Bhakdi und Dr. Wolfgang Wodarg – vorgestellt. Weiter im Heft findet sich eine ganzseitige Anzeige des Vereins »Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e. V.« mit seinem Vorsitzenden Bhakdi. Es bleibt nicht bei »kontroversen« Meinungen; im Duktus völkischer Ideologie heißt es in dem Artikel »Ist die Corona-Krise nur ein Streit um Gesundheitsfragen, oder geht es um grundsätzliche Dinge?«, wir befänden uns »in einem Weltkrieg gegen die Völker, den die meisten als solchen gar nicht erkennen«. Corona sei die »neueste Waffe«, damit eine »Imperialisten-Clique« ihr Ziel »One World« erreichen könne. Als Mittel diene unter anderem die »ungehinderte Überflutung Europas und besonders Deutschlands mit Massen fremder (…) Männer«, sie sei für die »Vermischung der Völker und damit Vernichtung des Wesens der Völker Europas« verantwortlich. »Gewaltgierige Machthaber« würden die »Volksseelen verschütten«. Dieser Begriff bezieht sich auf das Buch von Mathilde Ludendorff »Die Volksseele und ihre Machtgestalter«.

Ein weiterer Mediziner und praktizierender Augenarzt im baden-württembergischen Künzelsau, Dr. Hartmut Klink, schreibt im Sonderheft über den Impfstoff. In der November- und Dezember-Ausgabe 2020 von »Mensch und Maß« nennt Klink in seinem zweiteiligen Beitrag »Über die Wirksamkeit von (Alltags)-Masken« das Tragen einer Maske ein »Knechtschaftssymbol«. Hartmut ist der Ehemann von Gudrun Klink, die seit 2010 die Bundesvorsitzende des BfG ist. Beide wohnen in Ingelfingen (Hohenlohekreis/Baden-Württemberg).

**Treffen**

In Anbetracht der Positionen des BfG und des Verlags »Hohe Warte« hinsichtlich der Covid-19-Pandemie ist es durchaus nachvollziehbar, dass der Verein seine Aktivitäten während der Pandemie nicht ruhen lassen möchte. Im April 2020 wurde das seit Mitte der 1970er Jahre alljährlich zu Ostern im niedersächsischen Dorfmark stattfindende Treffen vom dortigen Landkreis untersagt. Corona hatte den »Ludendorffern« einen Strich durch die Rechnung gemacht. Ob es möglich sein wird, zu Ostern 2021 wieder in der Gaststätte »Zur Post« ein völ-



kisches Treffen mit Beteiligung von Neonazis zu veranstalten, ist zum jetzigen Zeitpunkt fraglich. Dafür kamen am letzten Augustwochenende 2020 zwischen der ersten und zweiten Welle der Pandemie die Neonazis zu den Völkischen. An diesem Wochenende veranstaltete die NPD-Jugendorganisation »Junge Nationalisten« ihren »Gemeinschaftstag Süd« im »Jugendheim Hohenlohe« in Herboldshausen (Landkreis Schwäbisch Hall/Baden-Württemberg). Das mehrstöckige Bauernhaus, rund 35 Kilometer von Ingelfingen entfernt, ist seit 1972 im Besitz des BfG. Fotos der JN zeigen Frauen in alten Trachten und Männer in weißen Hemden und schwarzen Hosen. Sie stehen auf einer Wiese und singen im Halbkreis. Die übrigen Fotos zeigen sie auf einer Wanderung, beim Sport, im nächtlichen Fackelkreis. Obwohl die JN ein Dutzend Fotos veröffentlichte, sollte der Veranstaltungsort ein Geheimnis bleiben. Denn der BfG, der das Jugendheim für den »Gemeinschaftstag« zur Verfügung stellte, will möglichst wenig über die Nutzung der Immobilie preisgeben. Um Näheres zu erfahren, beantragte die baden-württembergische Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Jutta Niemann, eine Stellungnahme des Innenministeriums.

Die Antwort ergab, dass das Landesamt für Verfassungsschutz keinerlei Informationen über den »Gemeinschaftstag Süd« hat. Somit wussten Journalist*innen erneut mehr über lokale Aktivitäten und Netzwerke der extremen Rechten. Mehr noch: Die Behörde hat abseits der regelmäßigen Sonnenwendfeiern keinerlei »konkrete Erkenntnisse« über Veranstaltungen in der Immobilie. Sie ist überzeugt, dass der BfG keine Relevanz innerhalb der extremen Rechten besitzt, weil der Verein keine öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen durchführt und sich im Wesentlichen in seinen eigenen Strukturen bewegt. Nicht zuletzt der »Gemeinschaftstag« hat eindrücklich demonstriert, dass dies ein Trugschluss ist.

Die Gedankenwelt der »Ludendorffer« mag für viele eine krude Mischung sein. Allerdings hat das vergangene Jahr gezeigt, dass im Zuge von »Querdenken« keine Meinung abstrus genug sein kann. Die Kombination einer gewachsenen Struktur mit Ressourcen wie Immobilien und Medien ist für manche verlockend. Auf der anderen Seite ist der BfG durchaus anschlussfähig für die Verschwörungserzählungen rund um die Covid-19-Pandemie. Und: Der überalterte Verein kann Nachwuchs vermutlich gut gebrauchen.

*#Anastasia*

# Geheimes Wissen aus der Taiga

von Anna Rosga

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstand die sogenannte völkische Bewegung im deutschsprachigen Raum. Die »Blut und Boden«-Ideologie stellt ein Kernelement ihres Denkens dar, in dessen Rahmen das deutsche Volk und seine Umgebung als untrennbare Einheit betrachtet wurden. Seit den 1920er Jahren versuchte die völkische Bewegung mittels gezielter Ansiedlungen junger Menschen auf dem Land, die Gesellschaft in ihrem Sinne zu verändern – durch ein naturnahes Leben innerhalb ihrer eigenen Volksgemeinschaft mit dem Ziel, die »Arterhaltung der deutschen Rasse« zu sichern. Seitdem gehört Ökologie zum Agitationsfeld rechter Ideolog*innen, auch in der »Anastasia«-Bewegung.

**Aus Russland in die Welt**

Die Anastasia-Bewegung entstand in den 1990er Jahren im russischsprachigen Raum und basiert auf dem zehnbändigen Buch »Die klingenden Zedern Russlands« von Wladimir Megre. Zuerst in Russland und Osteuropa, später auch im deutschsprachigen Raum, entstand eine Bewegung, die Megres Ideen umzusetzen versucht. Laut Aussagen des Autors wurden weltweit bereits 11 Millionen Exemplare verkauft. Die Romane erschienen zwischen 1999 und 2011 in deutscher Übersetzung. Darin beschreibt Megre seine phantasierte Begegnung mit einer Figur namens Anastasia, die ihr geheimes Wissen mit ihm teilt. Anastasia wird als Botschafterin eines uralten Volkes, des Volksstamms der Wedrussen vorgestellt. Sie sei unbeeinflusst von der Zivilisation und im Besitz »paranormaler« Kräfte. Laut Megres eigener Geschichtsschreibung soll die Menschheit in einem angeblichen »Wedischen Zeitalter« 990.000 Jahre in direktem Kontakt zu Gott in einem Paradies auf Erden gelebt haben. Heute sei jedoch die Gesellschaftsordnung der Gegenwart völlig vom Bösen durchdrungen – es herrsche das »Zeitalter der Dunkelmächte«. Der einzige Ausweg: die Lehre Anastasias.
Im Kern der »Anastasia«-Bewegung stehen die sogenannten Familienlandsitze, auf denen Vater, Mutter und Kinder in Verbindung mit ihrer Scholle autark und unabhängig leben sollen. Das naturnahe ländliche Leben in ethnisch homogenen Gemeinschaften stellt das Ideal völkischer Siedlungsprojekte dar. In Deutschland soll es bisher siebzehn solcher Familienlandsitze geben.

**Landwirtschaft von Rechts**

Einer davon liegt im Dorf Grabow bei Blumenthal in Brandenburg, 100 Kilometer nordwestlich von Berlin. Seit 2014 wohnen Iris und Markus Krause hier mit weiteren Familien und bauen derzeit eine 84 Hektar große völkische Siedlung auf. Das Paar gehört zu den Ersten, welche die »Anastasia«-Ideologie in Deutschland verbreiteten. 2014 organisierten sie das erste bundesweite »Anastasia-Festival« auf der »Jugendburg Ludwigstein« bei Witzenhausen und im folgenden Jahr ein weiteres in Grabow. Ihr Grundstück stellten sie auch dem extrem rechten »Deutschen Jugendbund Sturmvogel« für ein Ferienlager zur Verfügung. Dabei wurden die Kinder von NPD-Funktionär*innen, Angehörigen der verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« und Mitgliedern der rassistischen »Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft« offensichtlich im völkischen Sinne indoktriniert.
Markus Krause betreibt zudem einen Land- und Gartenbau. Auf seiner Webseite betont er, auf den »Dieselmaschineneinsatz« zu verzichten und nur per Hand und mit Pferden zu arbeiten. Außerdem würde nur Dünger verwendet, der »für den Ökolandbau« zugelassen sei. Das Ergebnis seien Kartoffeln »völlig rückstandsfrei von konventionellen Anbaumethoden«. Die Ernte verkauft er auf Märkten in der Region. Auch vor Ort sind die Krauses aktiv, laden die Bevölkerung des kleinen Dorfes in das örtliche Gasthaus zu Vorträgen ein, in denen sie gegen Geflüchtete hetzen und mit der Gründung einer Dorfwehr drohen, damit ihr Dorf »frei von illegalen Einwanderern« bleibe.

**Rassenlehre und Permakultur**

Im Oderbruch, am anderen Ende von Brandenburg, wohnt Frank Willy Ludwig auf seinem Familienlandsitz in Liepe. Er ist Begründer des »Urahnenerbe Germania«, einer rechts-esoterischen Organisation, deren Ziel er wie folgt beschreibt: »Die Förderung und der Aufbau natürlicher Stammeslandsitze in Siedlungen mit Wirtschaft (Mutterhof) und Schulen, durch das Erforschen und Praktizieren der Lebensweisen unserer Urahnen, der wedischen Hochkultur von Slawen und Ariern.« Der Name der Organisation bezieht sich auf die 1935 von dem Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, und dem niederländischen Nazi Herman Wirth gegründete »Deutsches Ahnenerbe – Studiengesellschaft für Geistesurgeschichte e. V.«. Die Studiengesellschaft stand dem »Reichsbauernführer« Richard Walther Darré nah und sollte die »rassische Überlegenheit« des »arischen Menschen« wissenschaftlich nachweisen. Sie war auch für medizinische Versuche an Menschen in Konzentrationslagern verantwortlich. Ludwig hält deutschlandweit Vorträge, in denen er über die »Gesetze der Reinheit des Blutes« und die »arische Rasse« referiert. Er rät seinen Zuhörern: »Kümmert euch um eure Frau. Zeugt Kinder. Schafft euch einen Garten an, fertig. Das ist es doch, was der Führer auch gesagt hat. Blut und Boden. Kraft durch Freude.« Ein enger Vertrauter Ludwigs ist der Allgäuer Landwirt Robert Briechle, der als Betreiber des Bio-Mutterhofs in Unterthingau weitreichenden Einfluss auf die Ökoszene im Allgäu hat. Sein Wissen über Permakultur, Biodiversität und Nachhaltigkeit teilt er in seinem Kursangebot für Schulen und Universitäten. In einem Interview mit dem rechten Verschwörungsideologen und Permakultur-Aktivisten Markus Rüegg 2019 benennt Briechle die »Anastasia«-Buchreihe als Grundlage seines Aktivismus.

Heute sei jedoch die Gesellschaftsordnung der Gegenwart völlig vom Bösen durchdrungen – es herrsche das »Zeitalter der Dunkelmächte«. Der einzige Ausweg: die Lehre Anastasias.

**Ehre, Heimat, Selbstversorgung**

Ein weiteres Siedlungsprojekt befindet sich in Wienrode im Ostharz. Unter dem Namen »Weda Elysia« (Wissen um das Paradies) bauen Maik und Aruna Schulz die ehemalige Dorfschänke zum Kulturzentrum »Haus Lindenquell« um, teils mit handgefertigten Lehmziegeln. Weitere Gelände sollen nach eigenen Angaben folgen, um hier mit 50 Menschen zu leben. Als sich 2018 die völkische und rechte Szene zu einer Aufführung von Schillers Drama »Wilhelm Tell« im sächsischen Bischofswerda traf, sollen auch die Schulzes vor Ort gewesen sein. Ihr Projekt richte sich an jene »Menschen, für die Werte wie Familie, naturnahe Lebensweise, Ahnen, Selbstversorgung, Gewissen, Ehre, Heimat, deutsche Kultur und Gemeinschaft noch eine Bedeutung haben«. Ziel sei es, »die Kräfte und den Willen jener zu bündeln, die erkannt haben, dass die derzeitige Konsumgesellschaft die Deutschen betäubt und entfremdet«. In einem Gruppenchat verweist Maik Schulz auch auf die »Identitäre Bewegung« oder die »Gedächtnisstätte Guthmannshausen« in Thüringen.

**Im Zeitalter der Dunkelmächte**

Das sind keine Zufälle. Megres Bücher strotzen vor nationalistischen, emanzipationsfeindlichen, antisemitischen und verschwörungsmythischen Inhalten. Sie bilden die Grundlage für die Verbindungen zwischen »Anastasia«-Bewegung und völkischen Rechten. »Anastasia«-Anhänger*innen lehnen alles ab, was ihrer Meinung nach »von dunklen Mächten durchdrungen« sei und die Menschen daran hindere, wieder »souverän« zu sein: Für sie zählen hierzu die westliche Demokratie und Medizin, das Schulsystem und die Wissenschaft. Im deutschsprachigen Raum ziehen diese Theorien neben Öko-Romantiker*innen und Menschen aus dem Alternativmilieu vor allem rechte Verschwörungsideolog*innen und »Reichsbürger« an. Sie glauben, Deutschland sei ein besetztes Land, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs eine Lüge, und die Flüchtlinge würden von finsteren Mächten nach Deutschland getrieben, um das deutsche Volk zu zerstören. Hierbei fällt eine Affinität für die russische Regierung auf, bei der Wladimir Putin als starker Herrscher gefeiert und die Kultur und Demokratie des Westens als dekadent und korrupt betrachtet werden.

**Reinheitswahn**

Das »Anastasia«-Weltbild ist stark von einer ethnopluralistischen Vorstellung geprägt, die sich in der Idee der »Telegonie« wiederfindet. Laut dieser These wird eine Frau durch den ersten sexuellen Kontakt geprägt, sodass ein späteres Kind von einem anderen Mann sowohl den Genotyp als auch den Phänotyp des ersten Mannes in sich trage. Die Erbinformationen sollen demnach über Generationen übertragen werden. Die Idee der »Telegonie« findet sich in den nationalsozialistischen »Blutschutz-Gesetzen« (»Rassenschande«) von 1935 wieder. Damals wurde argumentiert, eine Frau, die eine sexuelle Beziehung zu einem »Nichtarier« unterhielt, würde in ihrem Leben nie einen »Arier« gebären können. Um die Prägung früherer Partner zu neutralisieren, empfiehlt Megre ein Ritual, das junge Paare durchführen sollten.

**Anschlussfähigkeit ins Alternativmilieu**

Die »Anastasia«-Bewegung lässt sich in die Tradition völkischer Siedler*innen in Deutschland einordnen und ist eine Schnittstelle für Ökologie, Esoterik und die extreme Rechte. Innerhalb dieser Lehre hat das Leben auf dem Land, die Verbundenheit zum Boden und der Natur einen zentralen Stellenwert und fungiert als Chiffre für eine verloren geglaubte Reinheit oder Ursprünglichkeit, die zum gesellschaftlichen Imperativ erklärt wird. Die Bücher von Megre vermitteln konkrete Handlungsempfehlungen, um dem politischen System zu entfliehen. Dabei werden vereinfachte Weltbilder entworfen – abseits von einer realen, politischen Auseinandersetzung mit den komplexen Krisen und Konflikten in der Gesellschaft.

Durch das Aufgreifen ökologischer Themen versuchen völkische Akteur*innen an das auch in alternativen Milieus vorhandene Bedürfnis nach einem Ausstieg aus dem gegenwärtigen System und naturnahen Leben anzuknüpfen und ihre Propaganda verklausuliert zu verbreiten. Daher ist es einmal mehr notwendig, über deren Bestrebungen aufzuklären und gemeinsam Gegenstrategien zu entwickeln.

*#KeineErkenntnisse*

# Weihnachtsgrüße vom »Ku Klux Klan«

von David Janzen



Es waren keine netten Weihnachtsgrüße, die ich kurz vor Heiligabend 2020 im Briefkasten fand: In dem von der Post zugestellten Umschlag lag ein Zettel, auf dem in bluttriefender Schrift »Frrohe Weihnachten« stand, dazu war ein Kapuzenmann des »Ku-Klux-Klan« (KKK) abgebildet. In der Nacht zuvor waren in Braunschweig bei den Grünen, der Linkspartei und der Jugendorganisation Die Falken ähnliche Zettel aufgetaucht. Schon ein paar Wochen vorher wurden Aufkleber mit der Aufschrift »Ku Klux Klan White Power Section Germany« an der Synagoge in Braunschweig und direkt an meinem Wohnhaus verklebt. Zuvor wurde mir ein Zettel mit einem gezeichneten Galgenstrick in den Briefkasten gelegt – eine Drohung, die ebenfalls an den »Klan« erinnert.

Für Betroffene solcher Drohungen stellt sich nicht nur die Frage, ob diese tatsächlich von einem Ableger des »Ku-Klux-Klan« stammen – oder »nur« die entsprechende Symbolik verwendet wurde, um in besonderem Maße einzuschüchtern und zu verunsichern – sondern auch, wie gefährlich die Anhänger*innen des »Klans« tatsächlich sind.

Die Bundesregierung spricht von einer nur »abstrakten Gefährdung« durch die vier bekannten Ableger des rassistischen Geheimbundes in Deutschland, wie aus der Antwort auf eine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner von Die Linke hervorgeht. Demnach beschränken sich die »Klan«-Gruppierungen hier »auf die interne Kontaktpflege und die Durchführung von KKK-spezifischen Riten«. Die meisten Mitglieder lehnten »Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele« ab. Eine »valide Aussage zum Gefährdungspotenzial« sei bei der »derzeitigen Erkenntnislage« allerdings nicht möglich. Seit 2018 gab es mindestens 60 Straftaten mit einem möglichen Bezug zum »Klan« – ganz genau kann dies die Bundesregierung allerdings nicht mitteilen, da diese nicht gesondert erfasst werden. Auch die Zahl der »Klan«-Mitglieder ist den Sicherheitsbehörden nicht bekannt.

Zu den KKK-Ablegern gehören die »National Socialist Knights of the Ku-Klux-Klan Deutschland«. Gegen rund 40 ihrer mutmaßlichen Angehörigen ermittelt die Stuttgarter Staatsanwaltschaft bundesweit wegen der Gründung einer »kriminellen Vereinigung«. Ausgangspunkt waren 2018 Hausdurchsuchungen bei 17 Verdächtigen aus acht Bundesländern, bei denen mehr als 100 teils verbotene Waffen gefunden worden waren. Teile der Gruppierung zeigen, so die Staatsanwaltschaft, »zumindest verbale Gewaltbereitschaft, planen sich zu bewaffnen und hegen Gewaltfantasien«.

Einer der Köpfe der »National Socialist Knights of the Ku-Klux-Klan Deutschland« soll nach Presseinformationen ein 1974 geborener Mann aus Sachsen-Anhalt sein, der vor einigen Jahren für die NPD kandidiert hatte.

In der Region Braunschweig sind es vor allem Anhänger*innen und Funktionär*innen der Partei »Die Rechte«, die deutliche Sympathien für den KKK zeigen: Auf einem Foto zeigt sich der Kreisvorsitzende Johannes Welge maskiert in einem Kapuzenpullover mit Symbolen des »Ku-Klux-Klan«. Regelmäßig verbreitet er Videos, in denen ein Plakat zum Song »Klansmen« der Band »Kraftschlag» zu sehen ist. Abgebildet ist auf dem Poster eine Südstaaten-Flagge, ein »Klansman«, dazu ein Galgenstrick und Textteile des Songs. Ein anderer Anhänger der Partei zeigt sich bei Facebook ebenfalls im Outfit des »Klans« und wünscht »Guten rutscht ins neue Kampfjahr '21. Rassenrein« (Fehler im Original). Und dem stellvertretenden Kreisvorsitzenden der Partei »Die Rechte«, dem 51-jährigen Martin Kiese, bescheinigten Autor*innen des Buches »Braunschweig ganz rechts« bereits 2000 Kontakte zum KKK. Er war schon Ende der 1980er Jahre als Jugendlicher in der »Wiking-Jugend«, wurde dann unter anderem »Ortsgruppenleiter« der später verbotenen »Freiheitlichen Arbeiterpartei Deutschlands« (FAP) und war für die »Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener« (HNG) tätig. Seine damalige Frau Michaela gründete 1995 zusammen mit Sylvia Endres die »Interessengemeinschaft zur Unterstützung nationaler Gefangener«. Endres stand damals in Briefkontakt zu Uwe Mundlos, bevor dieser mit Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt untertauchte.

Die in Braunschweig verklebten Aufkleber sind, ebenso wie die Kapuzenpullover mit KKK-Symbolik, ganz offen im »Druck18«-Versand des Neonazis Tommy Frenck erhältlich. Beworben werden die Kapuzenpullover mit »Premium Kapuzenpullover KKK mit Maskenfunktion« und dem Warnhinweis: »Informiert euch über die aktuelle Rechtslage, ob das Tragen einer Maske im öffentlichen Raum erlaubt ist – Nicht Demo geeignet.«

Der Staatsschutz in Braunschweig ermittelt zwar wegen der KKK-Drohbriefe und Aufkleber; ob dabei auch wirklich nach möglichen »Klan«-Strukturen geschaut wird, ist fraglich. Für die Bundestagsabgeordnete Renner steht jedenfalls fest: »Die Bundesregierung ignoriert das Gefährdungspotential dieser Gruppen, wenn sie diese als quasi Kostüm-Rassisten beschreibt, von denen keine Gewalt zu erwarten sei.« Und so lautet ein Großteil der Antworten der Bundesregierung auf Renners detaillierte Fragen zu Strukturen, Aktivitäten und Vernetzungen der »Klan«-Ableger in Deutschland auch schlicht: »Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor.«

## »Corona-Proteste«

Österreich. In der österreichischen Hauptstadt Wien versammelten sich am 16. Januar 2021 10.000 Menschen, um gegen die Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu protestieren. Der Ablauf ähnelte dem Aufmarsch von »Querdenken« am 20. November 2020 in Leipzig. Eine überraschte und überforderte Polizei konnte Auflagen, wie Abstand und Mund-Nasen-Bedeckung, nicht durchsetzen. An dem Aufmarsch teilgenommen haben die verschiedenen Fraktionen des extrem rechten und neonazistischen Spektrums: Gottfried Küssel von der ehemaligen »VAPO« (»Volkstreue außerparlamentarische Opposition«), »Identitäre« und Neonazi-Hooligans verschiedener Fußballclubs. Auch Vertreter*innen von Parlamentsparteien, zum Beispiel Heinz-Christian Strache, waren anwesend. Aus Deutschland war der Bundestagsabgeordnete der »Alternative für Deutschland«, Hansjörg Müller, angereist. Am 31. Januar 2021 wiederholte sich das Szenario auf Wiens Straßen. Die abermals überforderte Polizei war nicht in der Lage, Übergriffe aus Reihen der 5.000 Protestierenden auf Journalist*innen und eine antifaschistische Blockade zu unterbinden. Am 13. Februar 2021 zogen dann – trotz Verbot – abermals etwa 5.000 Menschen gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie durch die Wiener Innenstadt. Dieses Mal wurde der Aufmarsch zeitweise von Neonazis angeführt. Die Polizei versuchte, einzelne Gruppen einzukesseln, konnte sich aber nicht durchsetzen. Teilweise konnten die Marschierenden Polizeiketten durchbrechen. Als Erfolg konnte die Polizei die Aufnahme von etwa 1.200 Anzeigen wegen Missachtung des Mindestabstandes und Verstoßes gegen die Maskenpflicht verbuchen. Am 6. März gingen erneut tausende Menschen auf die Straße, es kam im Zuge der Aufmärsche erneut zu Gewalthandlungen aus dem rechten Spektrum. Beim Eindringen in die Tiefgarage der Wiener Städtischen-Versicherung wurden zwei Wachleute und vier Polizisten verletzt. Zuvor hatte der ehemalige Innenminister von der »Freiheitlichen Partei Österreichs«, Herbert Kickl, mit einer Rede die Stimmung angeheizt. Die Polizei berichtete von 42 Festnahmen, 60 Strafanzeigen und 3.000 Anzeigen wegen Missachtung des Mindestabstandes und Verstoßes gegen die Maskenpflicht.
Am 6. Februar 2021 gab es an der Saalach-Brücke beim Grenzübergang zwischen Salzburg und Freilassing eine gemeinsame Protestaktion gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Auf deutscher Seite fanden sich etwa 1.500, auf österreichischer 500 Menschen ein, abermals unter Beteiligung der extremen Rechten.

Niederlande. Die niederländische Regierung hatte zur Eindämmung der Corona-Pandemie ab dem 23. Januar 2021 eine Ausgangssperre von 21 bis 4.30 Uhr verfügt. Die in den Parlamenten vertretenen Rechten, wie zum Beispiel Geert Wilders und seine »Partij voor de Vrijheid« (»Freiheitspartei«, PVV), hatten gemeinsam mit dem rechten »Forum für Demokratie« dazu aufgerufen, die Beschränkung nicht zu akzeptieren. Tags darauf kam es zu ersten Protesten einer – wie im benachbarten Deutschland – heterogenen Gruppe. Beteiligt waren auch Verschwörungsmystiker*innen, rechte Gruppen und Hooligans. Der Versuch der Polizei, Versammlungsverbote durchzusetzen, mündete in mehreren Städten in gewaltsame Auseinandersetzungen, die Ausschreitungen dauerten drei Tage.
Deutschland. In Deutschland gab es seit Beginn des Jahres 2021 weiterhin Proteste gegen die Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie. In zahlreichen Städten versammelte sich das bekannte heterogene Spektrum aus Impfgegner*innen, Esoteriker*innen, rechtsradikalen Gruppen, »Wutbürgern« und Verschwörungsgläubigen. Beliebte Protestaktion war der Autokorso, wie in Berlin, Hamburg, Hannover und München.

## Prozess »Europäische Aktion«

Wien. Am 15. Februar 2021 begann der Prozess gegen fünf Aktivisten der Neonazi-Gruppe »Europäische Aktion« (EA) in Österreich. Die vom Schweizer Holocaustleugner und Neonazi Bernhard Schaub gegründete EA hatte sich 2017 für aufgelöst erklärt. Die Anklage bezieht sich auf Paragraph 3a des österreichischen Verbotsgesetzes (Wiederbetätigungsverbot), der eine Strafandrohung von zehn bis zwanzig Jahren, bei besonderer Gefährlichkeit auch lebenslange Freiheitsstrafe beinhaltet. Dazu kommt der Verdacht der Vorbereitung eines Hochverrats nach Paragraph 244 des Strafgesetzbuchs mit einer Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren. Der Prozess endete am 22. Februar 2021. Vier der Angeklagten wurden einstimmig schuldig im Sinne des Verbotsgesetzes, also der besonders gefährlichen Unterstützungshandlungen für eine Organisation, die sich im nationalsozialistischen Sinne betätigte, schuldig gesprochen. Vom Vorwurf der Vorbereitung eines Hochverrats wurden alle fünf Angeklagten freigesprochen. Ein Angeklagter wurde gänzlich freigesprochen. Zwei Angeklagte, Thomas G. und Peter K., wurden zu jeweils fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, vier davon werden bedingt nachgesehen – das bedeutet, diese vier Jahre müssen nicht angetreten werden. Norbert C. wurde zu vier Jahren bedingt verurteilt. Patrick V., er war im Tatzeitraum teilweise noch unter 21 Jahre alt, wurde zu drei Jahren bedingt verurteilt. Es ist noch nicht bekannt, ob die Verteidigung in Revision gehen wird.




#Liebich

# Svens Welt

Sven Liebich ist einer der schrillsten Aktivisten, der lautesten Provokateure und vulgärsten Hetzer im rechten Milieu. Nahezu manisch steigert er sich in seine Aktivitäten hinein und bleibt dabei trotz allem berechnend. »Svens Welt« ist das Jonglieren mit Widersprüchen, ist Hetze als Geschäft und sind gesellschaftliche Instanzen, die keine Grenzen setzen.

von Stephanie Heide

Mai 2020: Seit wenigen Wochen finden überall im Land Kundgebungen der Pandemie-Leugner*innen statt, so auch auf dem Marktplatz in Halle an der Saale. Es ist die Stadt, in der wenige Monate zuvor ein fanatischer Antisemit einen Massenmord in der örtlichen Synagoge begehen wollte und eine Passantin und den Kunden eines naheliegenden Döner-Imbiss erschoss. Hier steht Sven Liebich auf dem Dach seines alten VW-Kastenwagens und trägt ein Shirt aus eigener Produktion mit der Aufschrift: »Anne Frank wäre bei uns. Weg mit den Ausgangssperren!« Über seine Lautsprecheranlage spottet er: »Das Mädchen hatte Erfahrung im Eingeschlossensein. (…) Der Grund ist egal, aber sie würde am ehesten nachempfinden können, was Einschluss für eine Familie bedeutet.« Es ist nicht das erste Mal, dass er antifaschistische Symbolfiguren für seine Zwecke benutzt. Mit dem Foto von Anne Frank machte er 2018 Stimmung gegen die »Islamisierung«, während er mit Sophie und Hans Scholl und Rosa Luxemburg für die »Alternative für Deutschland« (AfD) warb. Routiniert spult er weitere Provokationen ab, wie: »Der Mundschutz ist die Hakenkreuzbinde der Corona-Diktatur.« Teilnehmer tragen währenddessen von ihm vertriebene Shirts mit der Aufschrift »Ungeimpft« in einem gelben Stern.

Nach dem Ende der Kundgebung belästigt er einen jüdischen Lokalpolitiker und feixt in seine Kamera: »Ich habe etwas gegen elendige SPD-Läuse, aber nicht gegen Juden.« Das Video verbreitet er, wie die Livestreams seiner Kundgebungen, auf seinen zahlreichen Social-Media-Kanälen. »Läuse, Maden, Ratten, Parasiten«, das sind die Begriffe, mit denen Liebich auf seine Gegner*innen losgeht. Er entmenschlicht sie, markiert sie als Ziele für Hass und Gewalt und ist doch schwer zur Verantwortung zu ziehen. Seine Formulierungen sind oft bewusst scharf an der Grenze des Strafbaren. Nicht selten gehen sie jedoch auch darüber hinaus – ohne dass es Konsequenzen hat.

Im Juli 2020 findet auf dem Markt parallel zu Liebichs Versammlung eine Black-Lives-Matter-Kundgebung statt. Liebich provoziert mit schwarzer Lockenperücke, braun angemaltem Gesicht und rot umrandetem Mund wenige Meter entfernt. Eine der Auflagen, die er zu Beginn seiner Versammlungen verlesen muss: »Die Menschenwürde anderer darf nicht verletzt werden, indem Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden.« Die zuständige Versammlungsbehörde kann jedoch weder in diesem noch in anderen seiner Auftritte eine Verächtlichmachung erkennen.

**No-Go-Area Marktplatz**

Passant*innen, die ihren Unmut äußern, werden von Liebich mit Anzeigen überzogen – mehr als 20 allein zwischen Juli und November 2020 wegen des Zeigens des Mittelfingers. Regelmäßig unterbricht er dafür seine Reden und fordert über Lautsprecher die Polizei und seine Anhänger*innen auf, diese Personen – »den Mann mit dem Koffer« oder »das kleine Mädchen dort« – festzuhalten. Von seinem Fahrzeug herab erstattet er unter dem Applaus seiner Anhänger*innen Anzeige und verspottet die Betroffenen. Im August kollabierte ein Schwarzer Passant, als er von der Polizei festgehalten wurde. Während er im Rettungswagen abtransportiert wurde, höhnte Liebich: »Ab zum Flughafen mit ihm, zur Küste und dann ab ins Schlauchboot!«

Über Monate versammelte sich die Gruppe um Liebich jeden Samstag gegen die Corona-Maßnahmen. Derselbe Kreis trifft sich bereits seit Jahren zweiwöchentlich auch zu den halleschen »Montagsdemos«. Und im vergangenen Sommer hat Liebich mehrmals ganze Demonstrationswochen auf dem Marktplatz eingeschoben. Wenn auch die Versammlungen zumeist zahlenmäßig nicht bedeutend scheinen, schaffen sie für nicht wenige Menschen dort eine No-Go-Area. Für seine 20 bis 30 Anhänger*innen sind die Versammlungen soziales Event und Machtdemonstration im öffentlichen Raum. Werden politische Gegner*innen erkannt, so werden sie lauthals vorgeführt, beleidigt, verleumdet und, wenn sich die Gelegenheit bietet, auch körperlich bedrängt. Oft ist Alkohol im Spiel. Im Internet fahndet Liebich dann nach Namen und Adressen und ruft zu Hausbesuchen auf. Im Netz ist er auch Vorbild für alle, die sich an provokantem Aktivismus und der Bloßstellung Anderer erfreuen.

**Neonazi und T-Shirt-Unternehmer**

Seit den 1990er Jahren gehörte der heute 50-Jährige zu den führenden Neonazis in Sachsen-Anhalt. Neben seinem früheren Job als Angestellter des Finanzamts war er Straßenaktivist, Versandhändler, Ladenbetreiber und galt als treibende Kraft hinter der »Blood-&-Honour«-Sektion Sachsen-Anhalt. Bereits Anfang der 2000er Jahre provozierte er, unter anderem mit Che Guevara-Shirt und Palituch, in alle Richtungen. Als 2003 während des Irak-Kriegs Neonazis in größerem Stil Friedensdemonstrationen kaperten, war Liebich in Halle ganz vorn dabei. Kurz darauf verschwand er jedoch für mehrere Jahre aus der Stadt und von der politischen Bildfläche. In dieser Zeit hielt er sich unter anderem in England auf und betrieb weiterhin seinen Szeneversand.

Zurück in Halle agierte er ab 2011 öffentlich als Geschäftsführer des im gleichen Jahr gegründeten Textildruck-Unternehmens »L&H Shirtzshop GmbH«. Mit offen rechten Motiven hielt er sich zunächst zurück, auch wenn Anti-Merkel-Shirts sowie EU- und USA-feindliche und 9/11-Motive sein Sortiment aus Sauf- und Funshirts von Beginn an ergänzten. Mit aggressivem Marketing und zahllosen Gratis-Aktionen stattete er lokale Sportvereine, Unternehmen, Kitas und Kneipenkollektive aus, suchte die Bühne bei Studierendenprotesten und dem Saale-Hochwasser 2013. Mit der Stadt Halle lieferte er sich medienwirksam, aber erfolglos, einen Rechtsstreit um das Stadtwappen. 2013 inszenierte er sich mit Hilfe der Lokalzeitung großformatig und unhinterfragt als Aussteiger aus der rechten Szene.

**Dauerdemonstrant und Blogger**

Gern stellt sich Liebich in die Tradition der 1989er Bürgerbewegung. So bot er 2012 ein T-Shirt mit der Aufschrift »Wir sind das Volk« an und wünschte, »es mögen bald wieder Montagsdemonstrationen in dem Ausmaße von 1989 beginnen und diese Marionetten [gemeint ist die Regierung, A.d.R.] hinwegfegen«. Im Frühjahr 2014 begannen anlässlich des Ukraine-Konfliktes auch in Halle die rechten »Friedensmahnwachen«. Zunächst unterstützte Liebich diese »Montagsdemos« nur im Hintergrund und mit kurzen spontanen Beiträgen. Ab 2015 drängte er sich wieder mehr und mehr nach vorn und polemisierte zunehmend gegen Geflüchtete und die »Vereinsmafia«. Seit dem Rückzug der ursprünglichen Organisator*innen ist er bis heute die treibende Kraft hinter diesen komplett auf seine Person zugeschnittenen Versammlungen und wird dabei von zahlreichen Anhänger*innen unterstützt.

2014 trat Liebich in den sächsischen Landesverband der Partei Die Linke ein, für ihn kein Widerspruch, sondern eine weitere Möglichkeit zu provozieren und umzudeuten. Obwohl sich die Partei von ihm distanzierte, inszeniert er sich bis heute bei Bedarf als deren Mitglied. 2016 startete er seinen Politblog »Halle Leaks«. Bis vor einem Jahr kommentierte er hier, häufig in verächtlich machendem Ton, aktuelles und oft überregionales politisches Geschehen. Nach einem ähnlichen Muster betreibt Liebich seit 2018 einen weiteren Blog auf seiner Plattform »Politaufkleber«. In hoher Frequenz veröffentlicht er hier tagesaktuelle Meldungen, die er mit entstellenden Überschriften und Schlagwörtern versieht und auf diversen Telegram-Kanälen weiterverbreitet. Hier geht es kaum noch um die Inhalte, sondern vor allem um Aufmerksamkeit für seinen Internet-Shop »Politaufkleber«. Nachdem er 2020 die Verantwortung für den »Shirtzshop« an seine Schwester abgegeben hat, betreibt er ein weiteres Unternehmen, das Shirts und Utensilien für den politischen Aktivismus bedruckt und über seine Plattform vertreibt. Dieses Sortiment zeichnet sich durch die unverhohlene Zurschaustellung seines Vulgär-Rassismus aus, durch unangemessene NS-Vergleiche und die Verhöhnung der Opfer.

**Kaum juristische Konsequenzen**

Die Liste derer, die namentlich von Liebich angegriffen wurden, ist lang: Politiker*innen verschiedener Parteien, Mitglieder von Vereinen und Initiativen gegen Rechts und Journalist*innen. Nach verleumderischen Beiträgen über Renate Künast (B90/Die Grünen) und Martin Schulz (SPD) 2016 auf »Halle Leaks« musste sich Liebich im August 2020 vor dem Amtsgericht Halle verantworten. Für diese und weitere Delikte, darunter Volksverhetzung, Beleidigung und Beschimpfung von religiösen Bekenntnissen, wurde er zu einer elfmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt, hat jedoch Berufung gegen dieses Urteil eingelegt. Immer wieder berief er sich auf die Kunst- und Meinungsfreiheit und nutzte die Gerichtsverhandlung als Bühne für weitere Provokationen. Dass es überhaupt zu einer Verhandlung gegen ihn kam, ist bisher die Ausnahme geblieben.

Der Umgang mit Liebichs Umtriebigkeit gestaltet sich schwierig. Anzeigen gegen ihn werden von der zuständigen Staatsanwaltschaft regelmäßig, mit teils haarsträubenden Begründungen, eingestellt. Politik und Stadtgesellschaft reagieren mit hilflosen, teils fragwürdigen Methoden. So scheiterte die Stadt Halle ein ums andere Mal vor Gericht, als sie ihn mit städtischen Veranstaltungen vom Markt verdrängen wollte. Die Landes-CDU plante die Verschärfung des Versammlungsgesetzes, stellte die Pläne nun jedoch zurück, nachdem Landtagsjuristen und Koalitionspartner den Entwurf als untauglich abgelehnt hatten. Und zivilgesellschaftliche und antifaschistische Proteste sind in dieser hohen Frequenz und über den langen Zeitraum nicht aufrechtzuerhalten. Bis 2067 hat Liebich seine »Montagsdemos« angeblich bereits angemeldet, ein Alptraum für alle, die das Stadtzentrum passieren müssen und dabei Gefahr laufen, Ziel seiner Attacken zu werden.

#Terror

# Von der Bürgerwehr zum Rechtsterror – die »Gruppe S«

von Klaus Maler
und Martina Renner




*»Freikorps Heimatschutz«*

Im Februar letzten Jahres bremsten die Behörden ein Terrornetz aus, das durch wiederholte massive Anschläge und Attentate und dadurch ausgelöste Gegenreaktionen eine Bürgerkriegssituation schaffen wollte, die schließlich in eine Militärdiktatur münden sollte. Mit ihrem zentralen Vorhaben, Massaker in Moscheen anzurichten, lag die »Gruppe S« auf einer Linie mit aktuellen Rechtsterrorbestrebungen. Im Unterschied zum Attentäter von Halle waren deren Mitglieder aber in organisierte faschistische Strukturen quer durch die Republik eingebunden. Die Generalbundesanwaltschaft übernahm die Ermittlungen.

Der Prozess beginnt voraussichtlich am 13. April 2021 vor dem Oberlandesgericht Stuttgart. Angeklagt sind elf Angehörige und ein Unterstützer der rechtsterroristischen Vereinigung »Gruppe S«. Neben dem Namensgeber Werner Somogyi aus Mickhausen bei Augsburg richten sich die Anschuldigungen ausnahmslos gegen Personen, gegen die am 14. Februar 2020 eine bundesweite Durchsuchungswelle mit anschließenden Festnahmen rollte. Ein V-Mann, der das LKA Baden-Württemberg stets auf dem Laufenden gehalten und durchaus als treibende Kraft fungiert haben soll, befindet sich auf freiem Fuß. Offensichtlich wird er im Verfahren als Kronzeuge auftreten und scheint sich in einem Zeugenschutzprogramm zu befinden. Wohl nicht grundlos, denn Somogyi soll aus der Haft versucht haben, einen Mafiakiller anzuheuern, um ihn aus dem Weg zu räumen. Der V-Mann soll auf beiden Gruppentreffen gewesen sein und eng mit dem Anführer zusammengearbeitet haben. Lediglich einer, der durchsucht wurde, wird nicht auf der Anklagebank Platz nehmen: Der »Reichsbürger« Ulf Rösener aus Porta Westfalica wurde in der U-Haft tot aufgefunden. Über die Todesursache schweigt sich die Bundesregierung bisher aus.

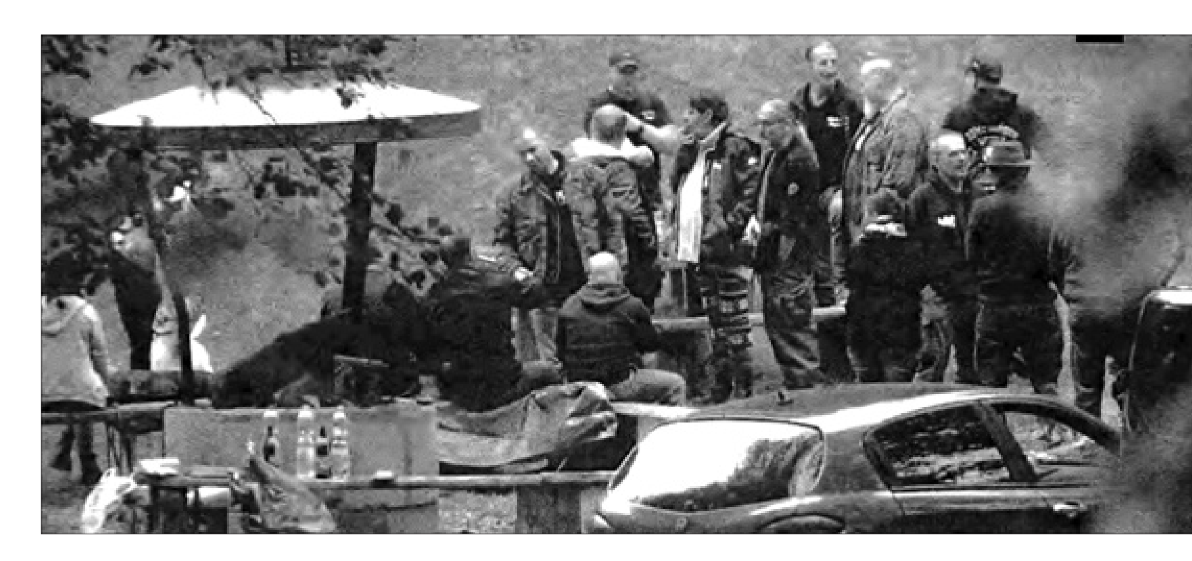
Die Ermittlungen liefen seit September 2019, in diesem Monat hatte sich während der Formierungsphase der Gruppierung erstmalig ein größerer, zu Gewalttaten bereiter Kreis von rund 20 Personen persönlich im baden-württembergischen Alfdorf-Hummelgautsche getroffen. Das zweite Treffen, auf dem es konkret werden sollte, musste zwei Mal verschoben werden und brachte am 8. Februar 2020 in Minden nur 13 Personen an einen Tisch, trotz mutmaßlich zahlreicher Versuche vor allem seitens Somogyis, mehr Interessenten zu gewinnen. Konkret wurde es dennoch: Für die Zielsumme von 50.000 Euro gaben die Teilnehmer zahlreiche Zusagen, um davon Waffen zu kaufen. Nur 10.000 fehlten noch. Diese Lücke würde, nach Somogyis Idee, der damals nicht anwesende Düsseldorfer Ralf N. mit seiner »Bruderschaft Deutschland« füllen – wenn nicht, springe er selber ein. Auch welche Waffentypen beschafft werden sollten, wurde bereits besprochen.

Der Gründer der Bürgerwehr »Viking Security Germania – Division Sachsen-Anhalt« wollte die gewünschten Kurz- und Langwaffen wohl über seinen Waffenhändlerkontakt besorgen. Er habe zudem angeboten, Gruppenmitglieder billig mit sogenannten Slam-Guns, wie sie der Halle-Attentäter eingesetzt hatte, zu versorgen. Während der Durchsuchung bei ihm stießen die Ermittler auf solch ein selbstgefertigtes Gewehr. Der zeitweilige Präsident der Bürgerwehr »Wodans Erben Germanien« aus München habe die Aufgabe übernommen, Pistolen in Tschechien zu kaufen.

Die Polizei schlug nur eine knappe Woche nach dem zweiten Treffen zu. Denn gegen den Informanten war Misstrauen aufgekommen, seine Nerven lagen blank und die Sicherheitsbehörden mussten ein vorverlegtes Losschlagen der Rechtsterroristen befürchten – was dann zu einem noch größeren Desaster als dem in Halle hätte führen können.

**Freikorps Revival – erwächst ein neuer Terrortypus?**

Werner Somogyi, Hirn und Treiber der »Gruppe S«, war sehr rührig, sich Zugang zu verschiedenen faschistischen Strukturen zu verschaffen und deren Führungspersonen in seine Terrorgruppe einzubinden. Das gelang ihm mit dem »Viking«-Gründer und dem Präsidenten von »Wodans Erben« sowie mit Tony Ebel aus dem Landkreis Uelzen. Dieser gilt der Bundesanwaltschaft neben Somogyi als zweiter Rädelsführer und ist eine mutmaßliche Führungsperson beim »Freikorps Heimatschutz – Landesgruppe Niedersachsen«, ein Ableger der »Bruderschaft Deutschland«. Besonderes Augenmerk legte Somogyi auf den bereits erwähnten Ralf N., dessen Organisation über eine regionale Gliederung in Bayern verfügte, die »Bruderschaft Deutschland Sektion Süd« (BDSS), in der der LKA-Informant bereits Fuß gefasst hatte.



*Erstes Treffen der »Gruppe S«*

In der »Gruppe S« haben von den 13 Verhafteten vom Februar 2020 acht einen Bezug zu Bürgerwehren und Bruderschaften. Somogyi selbst soll bereits früher bei dem ursprünglich aus Finnland stammenden Format der »Soldiers of Odin« aktiv gewesen sein. Die Aktionen sollten vor allem Angst verbreiten und einschüchtern: So drangen »Wodans Erben« im Februar 2019 in eine Münchner Flüchtlingsunterkunft ein und marschierten im Juli desselben Jahres in der Landeshauptstadt vor einer Synagoge auf.

Diese »Heimatschutz«-Gruppierungen mit ihren rassistischen Patrouillen sehen sich in der historischen Tradition der Freikorps Anfang des 20. Jahrhunderts, zu deren Wesenskern auch die Ermordung politischer Gegner*innen zählte. Deren heutiges Pendant rekrutiert sich aus Neonazis, Hooligans und Germanentümler*innen, allseits mit hoher Gewaltbereitschaft. Dieses Spektrum finden wir zugleich als radikalisierenden Faktor unter Corona-Leugner*innen, wo sie an eine breitere Bewegung anschließen können.

In der »Gruppe S« wirkten mit dem verstorbenen Ulf Rösener und einem Mann aus Minden zudem zwei »Reichsbürger« mit. Der als Terrorunterstützer geführte Polizeiverwaltungsangestellte Thorsten W. aus Hamm sei indes auf Events zu nordischer Mystik und Germanentum zu sehen gewesen. Außerdem habe er dem »Freundeskreis der Truppenkameradschaft der 3. SS-Panzer-Division ›Totenkopf‹« angehört. Bei der Polizei in Hamm war er zeitweise sogar für Fragen der Waffenregistrierung zuständig. Nahe dran an den »Reichsbürgern« ist auch ein Vollzeit-Prepper aus Kirchheim unter Teck. Somogyi habe ihn als Knallharten, Hundertprozentigen geschätzt – und wohl auch, weil er eine Firma besaß, in der sicherlich genug Maschinen vorhanden waren, um unbrauchbare Dekowaffen wieder schussfähig zu machen.

Auffällig ist die Altersstruktur der Beteiligten. Alle waren jenseits der 30, meist deutlich älter. Fast alle standen im Berufsleben und waren finanziell in der Lage, schnell Zusagen zum gemeinsamen Waffenankauf abzugeben. Umgekehrt gab es Spannungen, weil einige der mutmaßlichen Rechtsterroristen sich sorgten, ihre Familien und Jobs zu gefährden. So wollten der »Reichsbürger« Rösener und der Polizeimitarbeiter W. ihren Beitrag allein auf die Terrorfinanzierung begrenzen.

**Lücken der Anklage**

Seine Gruppe hatte Somogyi sich in einem weit größeren Umfang vorgestellt und sah sich fortlaufend nach weiteren geeigneten Kandidaten für sein Unterfangen um. Besonders im Auge hatte er die »Die Hamburger«, deren körperliche Kampfstärke ihn wohl beeindruckte. Somogyi und seine rechte Hand Ebel standen in Kontakt mit Thorsten K. und wollten außer ihm noch eine einstige Hamburger Türstehergröße anwerben, die schon vor Jahrzehnten im Umfeld einschlägiger Neonazi-Parteien auftauchte. Außerdem sei es um einen AfD-Kommunalpolitiker und Personenschützer aus dem Hamburger Umland gegangen, der ebenfalls bei diesen Demonstrationen in Erscheinung trat. Des Weiteren war wohl von einem Offizier der französischen Fremdenlegion im Ausstieg die Rede; Somogyi soll darauf spekuliert haben, dass er für Waffentransporte von Nutzen sein könnte. Die geplanten Anwerbungsversuche endeten jedoch mit den plötzlichen Razzien und Verhaftungen.

Schon wie beim weit verzweigten Terrornetz von »Nordkreuz« liegt der Verdacht nahe, dass nicht alle Personen und Einrichtungen, gegen die die »Gruppe S« konkrete Anschlagsplanungen hegte oder Daten sammelte, durch die Sicherheitsbehörden hinsichtlich der Gefährdungslage informiert wurden. Das wäre dringend nötig gewesen, denn es steht der Verdacht im Raum, dass die BDSS einen Angriff auf die »Antifa Freiburg« plante und Feindeslisten geführt wurden. Wahrscheinlich sind zudem illegale Datenabfragen durch den Polizeiangehörigen aus Hamm, wie es in der Vergangenheit bereits bei rechten Netzwerken in der Polizei der Fall war.

Eine weitere Schwachstelle der Ermittlungen und der Anklage ist die Einengung des Beschuldigtenkreises auf Teilnehmer des zweiten Treffens in Minden. Ein solches Vorgehen des Generalbundesanwalts kennt man bereits aus den Ermittlungen zur Gruppe »Nordkreuz«. Es vereinfacht zwar die Beweisführung, ist aber verwunderlich. Denn andere eng in die Planungen eingebundene Männer waren damals offensichtlich nur aus Zeitgründen nicht erschienen. Sie könnten straffrei davonkommen.

## Waffen aus Kroatien

Berlin/München. Die Recherchen und Ermittlungen um die Festnahme des 48-jährigen Alexander R. im Juli 2020 haben sich ausgeweitet. Nach Recherchen der Tageszeitung taz soll R. mit zahlreichen extrem rechten Organisationen vernetzt sein und eine führende Funktion in dem enttarnten Waffendealerring gehabt haben. Die Erlöse aus dem Handel mit Waffen aus Kroatien sollten zur Finanzierung der »Patriotischen Alternative« dienen. Diese war in Hessen zur Unterstützung von Björn Höcke und der AfD-internen Strömung »Der Flügel« entstanden. Unter den 16 Beschuldigten, die in den Fokus der Ermittlungen der Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) in München gerückt waren, befindet sich auch eine Mitarbeiterin des Münchner Bundestagsabgeordneten der »Alternative für Deutschland«, Petr Bystron. Die 49-Jährige wird beschuldigt, zeitweise eine Waffe in ihrer Wohnung aufbewahrt zu haben. Bei den Hausdurchsuchungen im Juli 2020 wurden dort allerdings keine Waffen gefunden. Angestoßen wurden die Ermittlungen 2018 in Kroatien. Dort hatte der Geheimdienst eine Gruppierung der organisierten Kriminalität ermittelt, die mit Waffen aus dem jugoslawischen Bürgerkrieg handelt. Bei den anschließenden Hausdurchsuchungen in Deutschland und in Kroatien wurden 17 mutmaßliche Bandenmitglieder in Gewahrsam genommen sowie zahlreiche Waffen – unter anderem ein Raketenwerfer – und Bargeld im Wert von über 100.000 Euro sichergestellt.

## Prozess »Feuerkrieg Division«

Nürnberg. Am 4. Dezember 2020 hat das Landgericht Nürnberg-Fürth den 23-jährigen Fabian D. aus dem Landkreis Cham zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. Trotz der psychischen Erkrankung des Mannes sei eine Bewährungsstrafe nicht in Betracht gekommen, urteilte das Gericht. Unter den Pseudonymen »Heydrich« und »reinhard070304« habe D. in Internet-Foren nach Orten für einen Anschlag – einer Moschee oder Synagoge – gesucht. Es ist das erste Mal, dass ein mutmaßliches Mitglied der international vernetzten Gruppe »Feuerkrieg Division« in Deutschland vor Gericht stand und verurteilt wurde. Ob der Mann gegen das Urteil Berufung eingelegt hat, ist nicht bekannt.

## »Dresden-Gedenken«

Dresden. Am 13. Februar 2021 wurde in der sächsischen Landeshauptstadt der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten im Februar 1945 gedacht – von Stadt, Land und Neonazis. Auch in diesem Jahr hatte Maik Müller (JN) zum »Dresden-Gedenken« aufgerufen. Aufgrund der Corona-Pandemie war aber nur eine Kundgebung und kein Aufmarsch durch die Stadt möglich. Am Gedenken vor einer Tabledance-Bar nahe dem Hauptbahnhof beteiligten sich etwa 500 Neonazis; unter anderem von den Parteien »Die Rechte« und »Der III. Weg« sowie der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationalisten« (JN). Die »Alternative für Deutschland« versammelte sich mit 75 Teilnehmer*innen am Abend zu einer Kundgebung auf dem Altmarkt, darunter deren Bundessprecher Tino Chrupalla, der sächsische Landeschef Jörg Urban sowie der Bundestagsabgeordnete Jens Maier. Auch die AfD-Bundestagsfraktion legte einen Kranz nieder mit der Aufschrift: »Den zivilen Opfern des alliierten Bombenterrors – In stillem Gedenken.« Die AfD war bereits mit ihrer Stadtratsfraktion und dem Kreisverband am Morgen bei einer Gedenkveranstaltung auf dem Dresdner Heidefriedhof präsent.

## »Hayek-Gesellschaft«

Berlin. Am 1. Februar 2021 gab die Vorsitzende der Bundestagsfraktion der »Alternative für Deutschland«, Alice Weidel, ihren Rückzug aus der »Hayek-Gesellschaft« bekannt. Dem war ein Streit zwischen der »Hayek-Gesellschaft« und der »Hayek-Stiftung« vorausgegangen. Die Stiftung, welche die Arbeit der Gesellschaft finanziert, hatte vor dem Hintergrund der drohenden Einstufung der AfD als Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz eine Unvereinbarkeitserklärung verfasst. Die »Hayek-Gesellschaft« hatte diese jedoch nicht akzeptiert. Der Fall zeigt exemplarisch das schwierige Verhältnis der sich als liberal und konservativ verstehenden Eliten zu der extrem rechten AfD. In und um die »Gesellschaft« traten und treten weitere Mitglieder der AfD, wie zum Beispiel Beatrix von Storch und Peter Boehringer, auf. Die Weigerung, die Unvereinbarkeitserklärung anzuerkennen, hatte auch zum Austritt der FDP-Politker*innen Linda Teuteberg und Frank Schäffler geführt. Bereits 2015 konnten sich die Anhänger*innen einer klaren Abgrenzung gegenüber der AfD nicht durchsetzen. In der Folge verließ die damalige Vorsitzende Karen Horn zusammen mit 60 weiteren Mitgliedern aus Protest die Gesellschaft.

## Prozess »Fretterode«

Mühlhausen. Am 12. Februar 2021 hat das Landgericht Mühlhausen die für März anberaumten Hauptverhandlungstermine gegen zwei Neonazis aufgehoben und in den September und Oktober 2021 verlegt. Hintergrund sei das coronabedingte hohe Ansteckungsrisiko und die daraus resultierenden häufigen Unterbrechungen zum Lüften des Gerichtssaals. Das war bereits die zweite Terminverschiebung, ursprünglich sollte der Prozess am 26. Januar 2021 beginnen. Verhandelt wird die Anklage gegen Gianluca Bruno und Nordulf Heise wegen schweren Raubes und gefährlicher Körperverletzung. Damit bleibt die Anklage hinter der Forderung der Nebenklage zurück, die Männer wegen versuchten Totschlags anzuklagen. Ihnen wird vorgeworfen, am 29. April 2018 in Hohengandern (Thüringen) an der Grenze zu Niedersachsen zwei Journalisten nach einer Verfolgungsjagd in ihrem Fahrzeug angegriffen und Teile der Ausrüstung entwendet zu haben. Ausgangspunkt der Attacke war Fretterode, der Wohnort des Neonazis und NPD-Mitglieds Thorsten Heise. Der 27-jährige Bruno war ehemaliger Vorsitzender der NPD in Niedersachsen und Vorsitzender des Göttinger Kreisverbands. Thorsten Heises Sohn – der 20-jährige Nordulf – war schon als Teenager bei Neonazi-Veranstaltungen dabei.

*#Nachruf*

# Wolfgang Wippermann – Ein streitbarer Historiker

von Fabian Virchow

Am 3. Januar 2021 ist Wolfgang Wippermann in Berlin gestorben: Ein begeisterter und begeisternder Lehrender, ein vielseitig Forschender. Viele Jahre lehrte und forschte er als Professor für Neuere Geschichte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin.

1945 im heutigen Bremerhaven geboren und durch seinen Vater geprägt, der SS-Hauptsturmführer war, ging er nach dem Studium in Göttingen und Marburg 1973 nach Berlin, um bei Ernst Nolte mit einer Untersuchung zur Ideologisierung des Deutschen Ordens in Geschichtsschreibung und Politik zu promovieren. Noch vor Veröffentlichung dieser Arbeit erschien der von Wolfgang Wippermann verfasste Band »Faschismustheorien – zum Stand der gegenwärtigen Diskussion«, den er als Lehrbuch in mehreren Auflagen überarbeitete und aktualisierte. Das Thema sollte ihn in den folgenden Jahrzehnten weiter begleiten: 1978 habilitierte er – erneut bei Ernst Nolte – mit einer Arbeit zur Bonapartismustheorie von Marx und Engels, die er für die Analyse des Faschismus fruchtbar machte. Wippermann gehörte zu der kleinen Zahl von deutschsprachigen Historiker*innen, die den Terminus des Faschismus als Gattungsbegriff auch für Entwicklungen nach 1945 für anwendbar erklärten. In einer 2002 mit Werner Loh herausgegebenen Publikation stellte er sich seinen Kritiker*innen in einem dialogischen Modus.

Von Ernst Nolte, der im sogenannten Historikerstreit 1986 die Singularität des Holocaust bestritt, distanzierte er sich umso deutlicher, je weiter Nolte in Richtung Holocaustleugnung driftete. Die Shoah bezeichnete Wolfgang Wippermann als einzigartig – hinsichtlich der systematischen Entrechtung und Verfolgung des Judentums, des noch im Krieg ungebrochenen Vernichtungswillens, der umfassenden welterklärenden Rolle des Antisemitismus für die Weltanschauung des Nationalsozialismus, der industriellen Vernichtung sowie der Zahl von sechs Millionen Opfern. Zugleich forschte Wolfgang Wippermann früh zum Antiziganismus und zum Genozid der Nazis an über einer halben Million europäischen Roma (Porajmos). In den 1980er Jahren legte er Studien zur lokalen Verfolgungspraxis von Sinti und Roma vor; der Zentralrat der Sinti und Roma wertschätzte daher nicht zufällig seinen Beitrag als profilierte Stimme gegen antiziganistisches Denken und Handeln.

Das gemeinsam mit dem britischen Historiker Michael Burleigh verfasste Werk »The Racial State. Germany 1933-1945« trug nochmals zu seiner internationalen Anerkennung bei; es erschien rasch in italienischer und japanischer Übersetzung. Auch außerhalb der Universität war sein Fachwissen gefragt: Mehr als 20 Jahre lang begleitete er die Neukonzeption der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora in Thüringen. Als scharfer Kritiker einer unzutreffenden Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Stalinismus setzte er sich dafür ein, die zweifache Geschichte der Lager Buchenwald zu erforschen und im Gedenkort sichtbar zu machen, ohne die Unterschiede in den Dimensionen der Verfolgung zu leugnen.

Wolfgang Wippermann gehörte dem Corps Hildeso-Guestphalia Göttingen (1964) und dem Corps Vandalia Rostock (1971) an; er blieb als »Alter Herr« den Studentenverbindungen bis zu seinem Tod verbunden. In einer seiner letzten Publikationen mit dem Titel »Männer, Mythen und Mensuren« nahm er das auch zum Anlass einer kritischen (Selbst-)Reflexion.

Im Laufe seiner Karriere publizierte er über 30 Monographien und rund 200 Aufsätze, darunter auch Beiträge für Handbücher und Lexika. Vielfach griff er für seine Arbeiten zur Ideologie-, Ideen-, Sozial-, Personen- und Ereignisgeschichte auch auf Erkenntnisse anderer wissenschaftlicher Disziplinen zurück.

Dass Wolfgang Wippermann gelegentlich zu polemischen Zuspitzungen neigte, erinnern wohl viele, die ihn bei Diskussionsveranstaltungen live erleben konnten. In der Sache stützten sich seine Bewertungen jedoch auf eine umfangreiche Kenntnis der Quellen einer Vielzahl von Themenfeldern. Wolfgang Wippermann wurde 75 Jahre alt. Seine Schriften bleiben lesenswert.




## Kein Vergessen!

von Sascha Schmidt

Die Zahl der Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland ist seit langem ein umstrittenes Thema. Auffällig ist vor allem die große Differenz zwischen den von Opferverbänden, großen Tageszeitungen und zivilgesellschaftlichen Gruppierungen oder Stiftungen dokumentierten Todeszahlen und jenen der Bundesregierung. Während beispielsweise in der bundesweit beachteten Ausstellung »Todesopfer rechter Gewalt« aktuell 183 Opfer seit 1990 aufgeführt werden, geht die Amadeu Antonio Stiftung derzeit von 213 Getöteten sowie 13 weiteren Verdachtsfällen aus. Das Ministerium des Inneren, für Bau und Heimat kommt demgegenüber in seiner jüngsten Darstellung (vom Mai 2020) auf nur 106 Todesopfer, die damit als offiziell staatlich anerkannt gelten. Gerade die hier zu Tage tretende Differenz zu den Zahlen zivilgesellschaftlicher Initiativen offenbart die Notwendigkeit unabhängiger Recherchen und Dokumentationen.
Mit der Dokumentation »kein vergessen« von Thomas Billstein, liegt eine solche nun erstmals auch in Buchform vor. Billsteins zeitlicher Dokumentationsrahmen beginnt nicht 1990, sondern 1945. Für den gesamten Zeitraum, seit dem Ende des Nationalsozialismus bis heute, kommt Billstein auf insgesamt 315 Opfer, zu denen er auch die von ihm erfassten 41 Verdachtsfälle zählt. Auf rund 300 Seiten rekonstruiert der Autor lexikonartig und chronologisch die erfassten Taten mit Verweis auf Quellenangaben. Billstein geht auf die hinter den Taten stehenden Motive, den Tatort und die staatliche Bewertung der Fälle – als anerkannt oder nicht – ein. Den Opfern widmet sich Billstein – soweit es möglich war – mittels illustrierter Portraits, in denen er sowohl biographische Daten wie auch den lebensweltlichen Hintergrund der Menschen skizziert.
Auf Basis seiner Rechercheergebnisse hat Billstein Statistiken und Grafiken über die Verteilung der Todesopfer in den einzelnen Jahr(zehnt)en, in den Bundesländern, sowie über die ideologischen Motive der Täter*innen, die Verteilung der an den Taten beteiligten Geschlechter und die verhängten Haftstrafen erstellt.
Das Buch führt eindrücklich das Ausmaß tödlicher Gewalt von rechts vor Augen und bewahrt die Opfer vor dem Vergessen. Zugleich bietet es die Möglichkeit, auf Grundlage der Quellen vor Ort weiter zu recherchieren, um an die getöteten Menschen in ihren Wohnorten zu erinnern und zu gedenken.

*Thomas Billstein: kein vergessen – Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland nach 1945. Münster 2020, 344 Seiten, 19,80 Euro*




## Bibliothek des Konservatismus

von Margarete Schlüter

»[E]ine konservative Denkfabrik mit verschiedenen Veranstaltungsformaten, vielleicht sogar hin zu einer Akademie oder einem hochschulähnlichem Zweig« ist das erklärte Ziel der 2012 in Berlin-Charlottenburg eröffneten »Bibliothek des Konservatismus« (BdK). Es handelt sich mitnichten um einen neutralen Ort der Wissensarchivierung. Stattdessen ist die BdK als Teil eines rechten Netzwerkes zu verstehen, welche einen zentralen Ort der Vernetzung darstellt.
In den Räumlichkeiten finden regelmäßig Veranstaltungen statt, die »ein breites, (extrem) rechtes Themenspektrum umfassen und somit auch diversen (extrem) rechten Denker:innen und solchen, die sich dafür halten, ein Podium bieten«. Exemplarisch wird im vorliegenden Buch »Wenn Rechte reden« die ideologische und thematische Verortung einzelner Referent*innen analysiert. Deutlich wird, dass durch die vertretenen Spektren, deren ideologische Klammer im weitesten Sinne der Konservatismus ist, ein heterogenes Publikum angesprochen wird.
Inwiefern durch die Veranstaltungen versucht wird, Diskurse zu verschieben, wird exemplarisch anhand von drei Themenbereichen untersucht: Antifeminismus, (antimuslimischer) Rassismus und Antisemitismus. Die durch die BdK veröffentlichten Videos zu einzelnen Veranstaltungen werden analysiert, um neben der textlichen Ebene die Körpersprache wie auch die Interaktion zwischen Publikum und Referent*innen einzubeziehen. Für die Interpretation werden verschiedene diskursive Strategien erläutert, die in den Veranstaltungen zum Tragen kommen. Die Ergebnisse zusammenführend wird unter anderem festgehalten, dass der Bezugspunkt Konservatismus als »Sammelbecken verschiedener (extrem) rechter Bewegungen« fungiert sowie in der BdK »(extrem) rechte Weltanschauungen hergestellt und verfestigt« werden. Zudem ist die BdK als ein Resonanzraum zu begreifen, wonach eine Verdichtung nach innen und eine Öffnung nach außen vollzogen wird. Hümmler weist zu recht mit Nachdruck darauf hin, dass es eine geschlechter- und machtkritische Perspektive braucht, um die mitunter erfolgreichen diskursiven Interventionen von rechts zurückzudrängen.
Mit diesem Buch liegt eine erste Darstellung zur »Bibliothek des Konservatismus« vor, die in Zukunft hoffentlich erweitert wird.

*Lilian Hümmler: Wenn Rechte reden. Die Bibliothek des Konservatismus als (extrem) rechter Thinktank. Hamburg 2021, Marta Press, 141 Seiten, 16 Euro.*




## Arbeiter*innen und die radikale Rechte

von Margarete Schlüter

Bei der Bundestagswahl 2017 wählten 19 Prozent der Arbeiter*innen und 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder die »Alternative für Deutschland« (AfD) und verhalfen dieser Partei überdurchschnittlich zu einem Wahlerfolg – insgesamt entfielen 12,6 Prozent aller Stimmen auf die AfD.
Was motiviert Arbeiter*innen dazu, Sympathien für die radikale Rechte zu entwickeln? Dieser Frage geht der Jenaer Soziologieprofessor Klaus Dörre in seinem Buch »In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte« nach. Dieses versammelt Texte aus über 30 Jahren Forschung zur rechtspopulistischen und extrem Rechten unter Lohnabhängigen. Dabei werden in der Vergangenheit erschienene Texte durch noch nicht publizierte ergänzt. Chronologisch wird die Tiefengeschichte einer zunehmenden Radikalisierung nachgezeichnet. Dabei werden auch die wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklungen einbezogen.
Differenziert analysiert Dörre, dass Arbeiter*innen den »Kampf um Statuserhalt oder Statusverbesserungen mit dem Mittel des Ressentiments« austragen. Darüber hinaus sehen sie ihre Leistungen seitens der Gesellschaft nicht gebührend gewürdigt. Laut Dörre könne der verbreiteten »Fiktion homogener Volksgemeinschaften« unter anderem dadurch begegnet werden, »Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse wieder öffentlich zu thematisieren« wie auch soziale Verteilungskonflikte auszutragen. Zudem sei eine verstärkte und offene Auseinandersetzung mit rechten Entwicklungen sowohl unter den Arbeitenden als auch Gewerkschafter*innen notwendig. Werde diese nicht geführt, »kann Sympathie für die extreme Rechte weiter im Verborgenen gedeihen. Zerstörerische Folgen für die Fundamente gewerkschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Solidarität sind dann absehbar«.
Mit dem hier vorgelegten Buch liegt ein Standardwerk vor, dass insbesondere jenen zu empfehlen ist, die in Betrieben und/oder Gewerkschaften tätig sind. Denn neben einer differenzierten Analyse werden auch Handlungsmöglichkeiten gegen rechte Tendenzen in der Arbeiter*innenschaft angeboten.

*Klaus Dörre: In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte. Münster 2020, Verlag Westfälisches Dampfboot, 355 Seiten, 30 Euro.*



Im Abo erhältlich
6 x im Jahr

## Magazin von und für Antifaschist*innen

Twitter: @derrechterand
Facebook: facebook.com/derrechterand

**www.der-rechte-rand.de**

## Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 5, 11, 15, 18)
Silvia Gralla (Seite 8)
Roland Geisheimer (Seite 12)
Oliver Rautenberg (Seiten 16, 26)
Archiv @derrechterand (Seite 20)
Wikipedia © Navicore CC BY 3.0, (Bild unverändert)(Seite 24)
Christian Ditsch (Seite 31)
Michael Natz (Seite 32)
Timo Büchner (Seite 35)
David Janzen (Seite 38)
Stephanie Heide (Seite 40)
Wikimedia @dielinke_sachsen CC BY 2.0 (Seite 45)

## Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN 1619-1404